



Bericht über die Menschenrechtsarbeit 2012

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Geiststraße 7
37073 Göttingen
Tel. 0551 499 060 – Fax 0551 58020
E-Mail: info@gfbv.de – www.gfbv.de

Redaktion: Inse Geismar
Veröffentlicht zur Jahreshauptversammlung am 12./13. Oktober 2013 in Göttingen

INHALTSVERZEICHNIS

Geleitwort	5
Europa	6
Bosnien-Herzegowina – Flüchtlinge – GUS – Ukraine und Aserbaidschan – Indigene Völker Russlands	
Nahost	12
Syrien – Israel – Libanon – Irak – Türkei Iran	
Afrika	16
Ägypten – Libyen – Algerien – Marokko/Westsahara – Mauretanien – Mali – Nigeria – Somalia – Äthiopien - Sudan	
Asien	23
China – Indonesien – Papua-Neuguinea – Philippinen – Thailand – Vietnam – Indien – Afghanistan – Pakistan- Burma (Myanmar) – Kabodscha	
Indigene Völker	32
Freiwillig isoliert lebende Völker in der Amazonasregion - Brasilien – Peru – Mapuche in Chile - Leonard Peltier	
Arbeit bei den Vereinten Nationen	35
Länderprüfberichte - mündliche und schriftliche Stellungnahmen – Aide Mémoires	
Aktionen	37
Regionalgruppen	39
Homepage	40
Presse und Medienecho	41
GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom	49
GfbV in Berlin	50
Geschäftsführung und Finanzen	51
So funktioniert die GfbV - Organigramm – Einnahmen – Ertrag und Aufwand - Bilanz	
Das GfbV-Team	59
Vorstand - Kassenprüfer- Schiedskommission – Mitarbeiter – Praktikanten – Mitglieder – Förderer- Abonnenten	
Sektionen	61
Bosnien-Herzegowina – Schweiz – Österreich – Südtirol – Kurdistan/Irak	

„Ich halte die Gesellschaft für bedrohte Völker für sehr wichtig. Am Ende des 20. Jahrhunderts, wo Tausende Menschen durch Nationalismus und Chauvinismus bedroht sind, wo Tod und Hunger Tausende vernichten, drängen Ihre Aktivitäten die Öffentlichkeit, aktiv zu werden und Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Deshalb meine ich, dass jeder die Verpflichtung hat, Ihre Tätigkeit moralisch und auch finanziell zu unterstützen.“

Marek Edelman, 2009 verstorbener Kommandeur des jüdischen Widerstandes im Warschauer Ghetto.

Geleitwort

Am 22. März 2013 starb Afrikas bedeutendster Schriftsteller Chinua Achebe. Sein Werk wurde in mehr als 50 Sprachen übersetzt. Allein sein Roman „Things fall apart“ erlebte eine Auflage von vielen Millionen Exemplaren. Das Buch „There was a country – A personal history of Biafra“ erinnert an den Völkermord an zwei Millionen Ibo – die meisten von ihnen Kinder - und nennt noch einmal die Verantwortlichen: die damaligen Regierungschefs Großbritanniens und der UdSSR. Im Januar 1969 wurde ich vor Ort, in dem „Hungerkessel“ Augenzeuge des Schreckens. Diese Bilder begleiten mich bis heute.

Damals im Juni 1968, vor 45 Jahren, informierten deutsche und europäische Medien nahezu täglich über diesen Genozid. Berichte über 10.000 bis 20.000 Tote pro Tag empörten auch die deutsche Öffentlichkeit. Die allgegenwärtige Studentenbewegung blieb jedoch stumm. So handelten wir, zwei Studenten der Volkswirtschaft und Medizin. Es entstanden Biafra- Komitees überall im Lande. Wir koordinierten ihre Arbeit, verbanden sie bald mit Gruppen in Nordamerika und vielen europäischen Ländern.

Das Land Biafra verschwand, von dem Völkermord ist kaum noch die Rede - wie fast von allen Genoziden der vergangenen Jahrzehnte. Gerade deshalb wurden wir gedrängt, aufgefordert und schließlich bestärkt, dieses Schweigen zu brechen und uns auch für andere Opfergruppen einzusetzen: für Papuas und Südsudanesen, für Kurden und assyrische Christen. Und sehr bald wurden wir auch an das schreckliche Schicksal der „Zigeuner“ erinnert, deren Leid im Unterschied zu dem anderer Opfergruppen des Nazi-Regimes keine Öffentlichkeit fand. Wir setzten ihre Namen „Sinti und Roma“ durch, erreichten die Anerkennung des Völkermordes durch Bundeskanzler und Bundespräsidenten erkämpften die Wiedereinbürgerung der deutschen Sinti und Durchsetzung ihrer NS-Verfolgtenrenten.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker wuchs und wurde zur größten Bewegung für ethnische und religiöse Minderheiten, die sich bis heute gegen Verfolgung, Vertreibung, Massenvergewaltigung und Genozid wendet. Dass immer mehr Minderheitenangehörige, Flüchtlinge und Vertriebene unter uns sind, beflügelt und ermutigt uns.

Deutschland ist 68 Jahre nach dem Holocaust und trotz Bombenkrieg und Massenvertreibung zum weltweit drittgrößten Rüstungsexporteur geworden, ermöglicht Kriegsverbrechen und Genozid in der Dritten Welt. Darüber hinaus deportiert dieses unser „Flüchtlingsland“ heute hier geborene Flüchtlingskinder zu Hunderten ins Herkunftsland ihrer Eltern und damit ins Ungewisse, nimmt Teil an der Aussperrung von Bootsflüchtlingen im Mittelmeer.

Tilman Zülch
Gründer der Gesellschaft für bedrohte Völker

EUROPA

Bosnien und Herzegowina

Ausstellung: Vergessene Flüchtlingslager in Bosnien–Herzegowina

Die GfbV unterstützte 2012 die bosnische Hilfsorganisation „Merhamet“ bei der Erarbeitung einer beeindruckenden Wanderausstellung über vergessene Flüchtlingslager in Bosnien. Sie war erstmals in der Frankfurter Paulskirche vom 4. bis 11. Oktober 2012 zu sehen. Danach folgten Berlin, Bonn, Dresden, Leipzig und Karlsruhe. Die Ausstellung ist den rund 7.000 bosnischen Flüchtlingen gewidmet, die auch 20 Jahre nach Beginn des Bosnienkrieges im Jahr 1992 noch immer in Baracken und Notunterkünften ohne Kanalisation und katastrophaler Stromversorgung hausen müssen. Unter ihnen befinden sich Überlebende des Srebrenica-Massakers, ältere Menschen, Frauen und Kinder. Unsere Südosteuropareferentin Jasna Causevic stellte das Hintergrundmaterial zur Geschichte des Völkermordes und zur aktuellen Lage in Bosnien-Herzegowina zusammen, beteiligte sich an der Fotoauswahl und schrieb Texte für einige Ausstellungstafeln.

Menschenrechtsaktion zu Beginn des Prozesses gegen Ratko Mladić in Den Haag

Zu Beginn des Prozesses gegen den früheren bosnisch-serbischen Militärführer und mutmaßlichen Kriegsverbrecher Ratko Mladic organisierte die GfbV in Den Haag am 16. Mai 2012 eine Mahnwache. Mladić werden Völkermord sowie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Bosnienkrieges (1992-1995) zur Last gelegt. Insgesamt liegen elf Anklagepunkte gegen ihn vor. Unser Team wurde von 27 Frauen aus Bosnien und Engagierten aus den Niederlanden unterstützt. Der Ex-General wird vor allem für das Massaker von Srebrenica verantwortlich gemacht, bei dem 1995 rund 8.000 muslimische Jungen und Männer ermordet wurden. Zudem wird er beschuldigt, Sarajevo 44 Monate belagert zu haben. Damals wurden mehr als 11.500 Zivilisten getötet. Er muss sich außerdem für die Gefangenenlager und die Geiselnahme von UN-Friedenssoldaten verantworten, die zum Schutz gegen mögliche NATO-Angriffe von serbischen Truppen als "menschliche Schutzschilder" missbraucht wurden.

GfbV gemeinsam mit den „Müttern von Srebrenica“ in Straßburg

Die GfbV unterstützte am 11. Oktober 2012 die „Mütter von Srebrenica“ bei der Übergabe einer Beschwerde gegen die Niederlande und die UNO an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg mit einer Mahnwache. Die Beschwerde bezieht sich auf die Entscheidung des höchsten niederländischen Zivilgerichts (Hoge Raad) vom 13. April 2012, mit der den Vereinten Nationen absolute Immunität gewährt wird. Unter den aus Sarajevo, Tuzla und Srebrenica angereisten 170 Frauen befand sich auch Hatidža Mehmedović, Vorsitzende des Vereins der Mütter von Srebrenica und Repräsentantin der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Proteste gegen Freispruch von serbischem Kriegsverbrecher

Die GfbV protestierte gegen ein Urteil der Strafkammer des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), in dem der frühere Serbenführer Radovan Karadžić am 28. Juni 2012 vom Vorwurf des Völkermordes in sieben bosnischen Gemeinden im Bosnienkrieg freigesprochen worden ist. Wir appellierten stellvertretend für viele Organisationen der Bosniaken in der Diaspora und der Opferverbände aus Bosnien-Herzegowina an den Präsidenten des ICTY, Theodor Meron, dieses Urteil zu revidieren. Ehemalige Häftlinge aus den früheren Konzentrationslagern Omarska, Trnopolje und Keraterm in der Region von Prijedor, Satko Mujagić und Fikret Alić, sowie etwa 100 Verbände der Überlebenden des Genozids in Sarajevo schlossen sich im August 2012 diesem Protest an. Die Opfer forderten zudem – unterstützt von der GfbV und den Verbänden der Überlebenden von Sarajevo –, dass ihnen der Status „Amicus Curiae“ (lat. „Freund des Gerichts“) gewährt werde. Mit diesem Status könnten sie im Prozess gegen Karadžić angehört werden, ohne direkt als Zeugen oder Kläger in dem Gerichtsverfahren beteiligt zu sein, sozusagen als „Äußerung Dritter“.

17. Jahrestag des Völkermords von Srebrenica

Mit einer Kranzniederlegung in der Neuen Wache, der Gedenkstätte für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft in Berlin, haben wir in Anwesenheit von mehr als 100 Bosniern am 11. Juli 2012 der 8.372 Opfer von Srebrenica, unter ihnen mehr als 1.000 Jugendliche und 510 Frauen, gedacht. Wir erinnerten auch daran, dass das Massaker von Srebrenica am 11. Juli 1995 Teil eines furchtbaren Genozids war, den serbische Truppen und Milizen von 1992 bis 1995 in ganz Bosnien verübten. In der Gedenkstätte von Potočari bei Srebrenica wurden am 17. Jahrestag des Völkermords die sterblichen Überreste von 520 Ermordeten bestattet. Mehr als 7.000 Opfer aus Srebrenica wurden inzwischen aus Massengräbern exhumiert, 6.600 mittels DNA-Analyse identifiziert.

Einsatz für Gedenkstätte für Überlebende des Völkermordes in Bosnien

2012 unterstützten wir die Forderungen der Überlebenden aus dem Konzentrationslager Omarska nahe der Gemeinde Prijedor in Nordbosnien, die sich schon seit Jahren ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer auf dem ehemaligen Gelände des Lagers in der Republika Srpska wünschen. Illegale serbische Milizen haben mit der Unterstützung der Jugoslawischen Volksarmee das Lager errichtet. Es existierte vom 25. Mai bis zum 30. August 1992. Bis zu 7.000 Bosniaken und Kroaten wurden dort gefangengehalten, tausende systematisch getötet. 2004 kaufte der Stahlkonzern ArcelorMittal die Eisenmine Omarska. Unter dem Einfluss der serbischen Behörden, die den Genozid an den bosnischen Muslimen (Bosniaken) leugnen, hat das Unternehmen das Projekt für ein Gedenkzentrum jedoch auf Eis gelegt.

Die GfbV, die Menschenrechtsorganisation Jews Against Genocide (New York) und andere Nichtregierungsorganisationen aus Bosnien und Europa appellierten im Juni 2012 an den Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, den Präsidenten des Europaparlaments Martin Schulz, den EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle, an Abgeordnete des Europaparlaments sowie an Vertreter der Internationalen Gemeinschaft in Bosnien, Druck auf ArcelorMittal auszuüben. Sie sollten das Unternehmen auffordern, sein Versprechen einzuhalten und eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer von Prijedor zu errichten.

Leipziger Buchmesse

Die GfbV organisierte am 16. März 2013 eine Veranstaltung im Rahmenprogramm der Leipziger Buchmesse, „Leipzig liest“, um auf die Situation von Minderheiten in der Ukraine, Weißrussland und Polen aufmerksam zu machen. Thematisiert wurden die Krimtataren in der Ukraine, Deutsche in Polen, Polen in Weißrussland, jüdische Gemeinschaften sowie die Lage der Roma in diesen Ländern.

Genozid-Leugner als Gastredner eingeladen

Michael Parenti, der Leiter der US-amerikanischen Sektion des Internationalen Komitees zur Verteidigung von Slobodan Milošević, wurde im Mai 2012 als Gastredner vom San Jose Peace and Justice Center in Kalifornien eingeladen. Wir konnten mit Unterstützung von Owen Beith (Repräsentant der GfbV in London), Aamir Qureshi (USA) und anderen Menschenrechtsaktivisten und -organisationen das Gremium überzeugen, Parenti, der den Genozid an den Bosniaken (bosnischen Muslimen) zwischen 1992 und 1995 leugnet, wieder auszuladen.

Flüchtlinge

Wir fordern für Menschen auf der Flucht ein humanes Bleiberecht, das den Werten unseres Grundgesetzes entspricht. Wir haben für deutsche Gerichte Gutachten zur Lage der Roma im Kosovo und Südserbien erstellt sowie Stellungnahmen zur Lage der Sinti und Roma in Deutschland für die Stiftungs- und Fördergemeinschaft Modellprojekte (SFGM) geschrieben.

Unsere Referentin Jasna Causevic berät Flüchtlinge und leistet Hilfestellung in Notsituationen. Immer wieder gehen wir gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Abschiebung vor und informieren Politik und Öffentlichkeit.

Wir nehmen an Konferenzen und Podiumsdiskussionen zum Thema Flüchtlingspolitik teil, informieren deutsche Politiker über die Lage der Minderheiten und vermitteln ihnen Kontakte in den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Wir unterstützen politische Initiativen für die neue Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge und diskutieren diese auf Landes- und Bundesebene mit Vertretern der Flüchtlingsräte, Wohlfahrtsverbände, Migranten- und Flüchtlingsorganisationen sowie mit Anwälten für Asyl- und Flüchtlingsrecht.

2012 protestierten wir gegen Abschiebungen der Roma, Aschkali und Ägypter in den Kosovo und appellierten auch an Baroness Catherine Ashton, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, EU-Justizministerin Viviane Reding – unterstützt von Kosovo Medical Emergency Group (KMEG); Kosovo Roma Refugee Foundation (KRRF); United Kingdom Association of Gypsy Women (UKAGW) und Hope and Aid Direct (H&AD).

Im Januar 2012 veranstaltete die GfbV eine Mahnwache auf dem Campus der Georg-August-Universität Göttingen anlässlich einer Veranstaltung mit dem niedersächsischen Innenminister Uwe Schönemann (CDU). Wir baten Schönemann, „Flüchtlingskinder zu schützen und keine Deportationen bei Nacht und Nebel durchzuführen“.

Die GfbV-Referentin Jasna Causevic repräsentiert unsere Menschenrechtsorganisation seit 2012 gemeinsam mit Kajo Schukalla, dem Bundesregionalgruppensprecher der GfbV, im Forum Menschenrechte, einem Netzwerk von 51 Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Jasna Causevic vertritt die GfbV seit 2008 bei der Niedersächsischen Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen, unterstützt Opferverbände in Bosnien wie die Frauensektion des Dachverbandes der ehemaligen Lagerinsassen des Kantons Sarajevo (SULKS), koordiniert die Arbeit des GfbV-Repräsentanten im Kosovo, Džafer Buzoli, und leistet Lobbyarbeit für Roma-Rückkehrer im Kosovo.

GUS

2012 widmete sich unser GUS-Referat mehreren inhaltlichen Schwerpunkten. Um die nach wie vor schlechte Menschenrechtsslage im Nordkaukasus zuverlässig dokumentieren und richtig beurteilen zu können, war es ganz wichtig, dass unsere Referentin für die GUS, Sarah Reinke, ständig Verbindung zu russischen und nordkaukasischen Menschenrechtsverteidigern und ihren Organisationen hielt. Wir setzten uns für die indigene Bevölkerung der Russischen Föderation ein und machten auf die berechtigt kritische Stimmung in der Volksgruppe der Tscherkessen aufmerksam. Viele Tscherkessen sind empört darüber, dass die Winterolympiade 2014 in Sotschi stattfinden wird, ohne an das Völkermordverbrechen an ihren Vorfahren 1864 zu erinnern. Wir arbeiteten auch zur Menschenrechtsslage von Minderheiten und Flüchtlingen in der Ukraine und Polen, zu Aserbaidschan und den zentralasiatischen Staaten.

Unterstützung für russische Menschen- und Bürgerrechtler

Zur sich immer weiter verschlechternden Menschen- und Bürgerrechtsslage in Russland entstanden in unserem GUS-Referat mehrere Berichte unter anderem an die Teilnehmer des Petersburger Dialogs. Wir machten die deutschen Delegierten darauf aufmerksam, dass sie das System des russischen Präsidenten Wladimir Putin nur unterstützen, wenn sie kritiklos an diesen regelmäßigen Treffen zwischen Vertretern der deutschen und der russischen Zivilgesellschaft und Politik teilnehmen und die schweren Menschenrechtsverletzungen nicht ansprechen. Die NGOs, die Projektgelder aus dem Ausland beziehen, müssen sich als „ausländische Agenten“ neu registrieren lassen, so die Bestimmungen des „Ausländische-Agenten-Gesetzes.“ Sie werden dadurch massiv verunglimpft, mit Gerichts- und Verbotsverfahren überzogen - müssten gestärkt und geschützt werden, forderte die GfbV. In der Folge dieser Korrespondenz ergaben sich für unsere GUS-Referentin etliche Gespräche mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und mehreren Bundestagsabgeordneten.

Unsere Recherchen zur Lage der kaukasischen Volksgruppen fassten wir im Report Nr. 68 „Menschenrechtssituation im Nordkaukasus – Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan“ zusammen, den wir an viele Adressaten schickten und der bis heute Grundlage z.B. auch für die Einschätzung der Menschenrechtssituation im Nordkaukasus in vielen Flüchtlingsfällen ist.

Kampagne gegen Folter im Gefängnis

Darüber hinaus widmete sich Sarah Reinke 2012 einer Kampagne gegen Folter in russischen Haftanstalten. Auslöser war der Tod eines Untersuchungshäftlings in der Wolgastadt Kasan nach schwerer Folter. Durch sein Schicksal wurde die weit verbreitete Folter in Russland selbst zum Thema. Wir dokumentierten besonders Fälle von Folter nordkaukasischer Häftlinge und die miserablen Zustände in den russischen Haftanstalten. Zwei Einzelfälle begleiteten wir hier intensiv. Bei dem einen handelte es sich um die Tschetschenen Zubair Zubairaeu, der nach fünf Jahren in russischer Haft schwer krank und invalide ist. Es gelang uns in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einzelpersonen, Herrn Zubairaeu, der gleich nach seiner Entlassung aus der Haft wieder bedroht wurde, nach Deutschland zu holen. Hier bekam er die so dringend notwendige intensive ärztliche Behandlung. Nun werden jedoch seine Verwandten, die noch in Tschetschenien leben, massiv unter Druck gesetzt und verfolgt. Auch sie unterstützten wir im Berichtszeitraum.

Auch die junge Tschetschenin Zara Murtazaliewa, die auf Grundlage gefälschter Beweise für 8,5 Jahre in Haft war, kam nach dem Abbüßen ihrer Strafe frei. Wir standen in regelmäßigem Kontakt mit ihr und ihren Helfern und berichteten über ihre Haftbedingungen auch im Zusammenhang mit der Punkband Pussy Riot, deren Mitglieder in derselben Haftanstalt festgehalten wurden wie Zara Murtazaliewa. Über die Haftbedingungen besonders der muslimischen Gefangenen aus dem Nordkaukasus informierten wir das Antifolterkomitee des Europarates, die deutsch-russische Parlamentariergruppe, die zuständigen UN-Stellen wie auch den UN-Sonderberichterstatter über Folter und andere erniedrigende Behandlung.

Winterolympiade in Sotschi - Tscherkessen erinnern an blutige Vergangenheit

Im November 2012 veröffentlichten wir einen Report über die Tscherkessen. Seit mehreren Jahren halten Vertreter der Tscherkessen in Deutschland Kontakt zu unserer Menschenrechtsorganisation. Auslöser war die Entscheidung, dass die Winterspiele 2014 in der Schwarzmeerstadt Sotschi stattfinden sollen. Sotschi war im 19. Jahrhundert Schauplatz des blutigen letzten Kampfes der Tscherkessen gegen die russische Vorherrschaft. Nach dem russischen Sieg wurden die Tscherkessen kollektiv über das Schwarze Meer vertrieben. Dabei kamen schätzungsweise eine Million Menschen ums Leben. Die Nachfahren der Überlebenden sind heute über die ganze Welt verstreut. Eine politische Aufarbeitung dieser Kolonialverbrechen hat bisher nicht stattgefunden. Aus tscherkessischer Sicht stellt die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Sotschi daher einen weiteren Akt der Provokation, der Verleugnung ihrer Geschichte und Kultur dar. Im Jahr 2012 kamen zu diesem Thema noch weitere Aspekte dazu: Tscherkessische Flüchtlinge aus Syrien wollten in den Nordkaukasus zurückkehren und Russland schob dem mit restriktiver Visapolitik einen Riegel vor. Die GfbV beantwortete in diesem Zusammenhang etliche Anfragen von Journalisten, die wegen der Vorabberichterstattung nach Sotschi und in den Nordkaukasus fahren. Wir vermittelten gemeinsam mit den Tscherkessen in Deutschland Kontakte vor Ort und wandten uns auch in Briefen an die Verantwortlichen im Olympischen Komitee, um auf die Forderungen der Tscherkessen aufmerksam zu machen.

Asyl für Flüchtlinge – Zusammenarbeit mit Rechtsanwälten und Gerichten

Auch 2012 war unsere GUS-Referentin Ansprechpartnerin für Rechtsanwälte und Gerichte, die von uns Stellungnahmen und Gutachten über die Menschenrechtssituation in Russland, im Nordkaukasus und die Lage in Polen erbaten. Dorthin werden auf Grundlage der Dublin-II-Regelung viele Flüchtlinge aus der Russischen Föderation abgeschoben.

Indigene Völker Russlands

In einem Memorandum zeigten wir, dass „Landgrabbing“ (**Landraub**) auch in der Russischen Föderation für die indigene Bevölkerung ein großes Problem darstellt. Die Pläne zur Entwicklung des teils spärlich besiedelten Fernen Ostens der Russischen Föderation, in dem aber etliche indigene Völker zu Hause sind, sieht vor, dass hier die Rohstoffe ausgebeutet und über neu zu bauende Straßen und Pipelines in Richtung China transportiert werden sollen. Der Pipelinebau über das Ukok-Hochplateau, UNESCO-Welterbe und heilige Stätte der Telengiten, zeigt, dass es der russischen Regierung um die wirtschaftliche Ausbeutung der Gebiete geht und es keinerlei Interesse an der Situation der indigenen Bevölkerung gibt. In einem E-Mail-Newsletter prangerten wir das an und forderten, das Pipelineprojekt zu stoppen. Auch die Schoren, die in ihren Dörfern im Altai massiv unter dem Eisenerzabbau leiden, unterstützten wir durch Briefe an UN, die zuständigen russischen Stellen und den Europarat. Die Sprecher der indigenen Gruppen fühlen sich ohnmächtig angesichts der Entwicklung, über die sie nicht informiert werden. Ihr angestammtes Land wird von Firmen oder dem Staat aufgekauft und ausgebeutet, ohne dass sie dafür einen Ersatz bekämen.

Im November hatte das russische Justizministerium die Tätigkeit des Dachverbandes der indigenen Völker Russlands, RAIPON, für sechs Monate verboten. Ein Präsidiumsmitglied von RAIPON, Pavel Suljandziga, besuchte uns in unserem Berliner Büro, um über die Situation und ihre Hintergründe zu informieren. Wir starteten daraufhin gemeinsam mit anderen Organisationen eine breit angelegte Appellaktion für RAIPON. In unserer Zeitschrift pogrom-bedrohte Völker veröffentlichten wir ein längeres Interview mit einem weiteren Mitglied von RAIPON. Wir informierten den UN-Sonderberichterstatter für indigene Belange, James Anaya, den Arktischen Rat und den russischen Menschenrechtsrat über das RAIPON-Verbot. Der internationale Druck half: RAIPON konnte seinen Jahreskongress im März 2013 abhalten. Die Unterdrückung und Diskriminierung der indigenen Bevölkerung dauert jedoch an. Ein weiteres Beispiel dafür war 2012 der Übergriff des russischen Geheimdienstes FSB auf die indigene Genossenschaft Dylatscha in Burjatien: Unter dem Vorwurf der Korruption wurden drei Geschäftsführer von Dylatscha verschleppt. Zwei wurden wieder auf freien Fuß gesetzt, der eine jedoch ist weiter in Gewahrsam. In Burjatien wird seit Jahren erfolgreich Nephrit gefördert. Die GfbV wandte sich an den zuständigen Staatsanwalt in Burjatien und unterstützte Dylatscha auch durch Schreiben an den Europarat sowie die ständige Arbeitsgruppe für indigene Belange der UN.

In der Hauptstadt Aserdaischans Baku trat beim Eurovisions-Wettbewerb auch eine Musikgruppe aus der russischen Teilrepublik Udmurtien auf, deren Lied teils auf Udmurtisch vorgetragen wurde. Dies nahmen wir zum Anlass um über die Situation der indigenen Bevölkerung in Russland zu informieren und besonders auch darzustellen, dass viele der indigenen Sprachen Russlands vom Aussterben bedroht sind. Ein erfolgreiches Projekt gegen diese Gefahr führte unsere Koordinatorin für die indigene Bevölkerung Russlands, Tjan Zaotschnaja, auf Kamtschatka bei den Itelmenen durch. Dort wurde ein Schulbuch für den Sprachunterricht veröffentlicht und ein Lehrer ausgebildet, der 2012 Kurse in Itelmenisch anbot. Gemeinsam mit Tjan Zaotschnaja hielten wir einen Vortrag im Völkerkundemuseum in München zum Thema der indigenen Völker in Russland.

Ukraine und Aserbaidshon

Die Großveranstaltungen der Fußball EM 2012 in der Ukraine und Polen sowie den Gesangswettbewerb Eurovision in Baku in Aserbaidshon boten uns Anlass dafür, die dortige Menschenrechtsslage verstärkt in den Fokus zu rücken. Im Falle der Ukraine machten wir besonders auf die miserable Lage der Roma und anderer Minderheiten, auf die andauernde Diskriminierung der Krimtataren und die unrechtmäßige Haft der ehemaligen Regierungschefin Julja Timoschenko aufmerksam. Wir führten dazu auch eine gut besuchte Veranstaltung auf der Leipziger Buchmesse durch. In unserem Brief an alle EU Parlamentarier und die EU-Kommission baten wir auch um Unterstützung der jüdischen Gemeinschaft in der Ukraine.

Im Vorfeld des Eurovisions-Wettbewerbs informierten wir über die schlechte Menschenrechtslage in Aserbaidshan und legten auch hier einen Schwerpunkt auf die Situation der ethnischen und religiösen Minderheiten sowie der Flüchtlinge. In Presseinterviews konnte Sarah Reinke die Lage vor Ort darstellen und darum werben, dass das Interesse an der Entwicklung in Aserbaidshan nachhaltig sein muss.

Naher Osten

Syrien

Die GfbV war aufgrund der Verschärfung des syrischen Bürgerkriegs im Dauereinsatz. Unser Nahostreferent Dr. Kamal Sido hielt deutschlandweit Vorträge und nahm an Diskussionsveranstaltungen über die aktuelle Lage in Syrien teil - mit besonderem Fokus auf die angespannte Situation der ethnischen und religiösen Minderheiten. Aufgrund der Brisanz des Konflikts zeigte das Publikum bei den Präsentationen, Filmvorführungen und Diskussionen stets starkes Interesse. Dementsprechend anregend und vielseitig waren die Gespräche während und im Anschluss dieser Veranstaltungen.

Wir organisierten wiederholt Aktionen und Demonstrationen zum Thema „Menschenrechtsverletzung und Minderheitenschutz in Syrien“ in Hannover, Bonn und weiteren Großstädten, in denen unsere Mitarbeiter die Öffentlichkeit für die Menschenrechtssituation in Syrien sensibilisierten. Dabei stand vor allem die Lage der bedrohten und verfolgten Kurden und Christen im Vordergrund. Wir forderten zudem in Pressemitteilungen, in Radio- und Fernsehinterviews und in den Sozialen Medien auf Deutsch, Englisch, Arabisch, Türkisch, Persisch und in anderen Sprachen ein Ende der Gewalt und eine Stärkung der Demokratiebewegung in Syrien.

Ein Höhepunkt des Engagements für Syrien war ein Treffen der GfbV und des Kurdischen Nationalrates Syrien (KNCS) mit dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags. Während eines Gesprächs der Delegation mit Mitgliedern des Ausschusses – unter ihnen auch der Vorsitzende des Ausschusses Ruprecht Polenz (CDU) - wurde die Rolle des KNCS bei der syrischen Revolution diskutiert: Der KNCS steht dem Syrischen Nationalrat (SNC) kritisch gegenüber. Der KNCS setzt sich für ein demokratisches, dezentrales, politisches System ein, bei dem die Kurden uneingeschränkte kulturelle Rechte genießen – sollte Assad gestürzt werden.

Während dieses Aufenthalts ins Berlin besuchten wir zudem mit Mitgliedern der „Hannoverschen Initiative“, in der Kurden, Yeziden, Armenier, Assyrer/Aramäer und Alawiten aus Syrien organisiert sind, den Ausschuss für Menschenrechte im Deutschen Bundestag. Wir sprachen mit Angelika Graf, der stellvertretenden Sprecherin für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion, über die humanitäre Lage der syrischen Flüchtlinge. Dabei wurde deutlich, dass die Spaltung der syrischen Opposition eine der Hauptursachen für die prekäre humanitäre Situation ist. Wir betonten, dass Saudi-Arabien mit der Unterstützung islamistischer Gruppen den Konflikt verschärfe. Deshalb müsste die EU gezielt die demokratischen Kräfte innerhalb der Opposition unterstützen und eine internationale Konferenz initiieren, an der alle in den Bürgerkrieg involvierten Gruppen teilnehmen. Die Kündigung des Rücknahmeabkommens von 2008 und der Ausbau der humanitären Hilfe seien zudem dringend nötig.

Israel

Im Sommer reiste Nahostreferent Kamal Sido für sechs Tage nach Israel. Dort traf er sich mit verschiedenen Vertretern von ethnischen und religiösen Minderheiten. Er besuchte Drusen, Aramäer, Armenier und Palästinenser und sprach mit ihnen über ihre aktuelle Situation in Israel. In Tel Aviv nahm Kamal Sido an einer Veranstaltung teil, die von Dr. Mordachai Zaken, Prof. Dr. Ofra Bengio und dem Moshe Dayan Zentrum der Universität von Tel Aviv organisiert worden war. Dort referierte er über „die syrische Revolte und Kurden“.

Im Zentrum unserer Aufmerksamkeit blieb im Jahr 2012 auch die Lage der arabischen Beduinen in Israel. In Pressemitteilungen und mit Onlinekampagnen protestierten wir gegen einen Gesetzentwurf der israelischen Regierung vom 6. Mai 2012, der vorsieht, etwa 40.000 Beduinen in staatlich geplante Siedlungen umzusiedeln.

Das halb-nomadische Beduinenvolk in der Wüste Negev wird seit Jahren systematisch vertrieben. Rund 80.000 der etwa 150.000 in Israel ansässigen Beduinen leben bereits in offiziellen israelischen Siedlungen; 70.000 wohnen in 46 Dörfern im südlichen Teil der Negev-Wüste, die der Staat Israel jedoch nicht anerkennt.

Die GfbV forderte bereits im Februar 2010 ein Ende der Zerstörung der „illegalen“ Beduinendörfer. Den Beduinen muss eine Fortführung ihrer traditionellen Lebensweise ohne Diskriminierung weiter ermöglicht werden.

Libanon

Auf Einladung des Nahostbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung, nahm Kamal Sido an einem zweitägigen MENA-Seminar (MENA: Middle East & North Africa, Nahost und Nordafrika) in Beirut teil. Die internationalen Teilnehmer setzten sich aus Vertretern von Jugendorganisationen, Länderexperten sowie dem nahezu vollständigen Vorstand der Jungen Union zusammen. Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU), wohnte der Veranstaltung bei. Das Thema des Seminars lautete „Aufbau von Strukturen politischer und demokratischer Nachwuchsorganisationen in den MENA-Staaten“. Kamal Sido hielt dort einen Vortrag mit dem Titel: „Der sogenannte arabische Frühling. Soziale Medien und die Auswirkungen auf die Lage der Menschen- und Minderheitenrechte“. Er kam in Beirut auch mit Parlamentariern aus dem Libanon, Marokko und Tunesien sowie Vertretern verschiedener ethnischer Minderheiten in Kontakt.

Irak

Anfang 2012 reiste Kamal Sido in die Autonome Region Kurdistan im Irak. Dort besuchte er in Begleitung von Nazdar Asaad, Vorsitzende des Opfervereins „Vejin“, das Dorf Barzan, in dem der Kurdenführer Mullah Mustafa Barzani begraben liegt. Der Ort hat für die irakischen Kurden eine tragische Bedeutung: 1983 wurden dort auf Befehl von Saddam Hussein etwa 8.000 Menschen hingerichtet. Der GfbV-Nahostreferent besuchte Überlebende dieses Genozids und machte sich ein Bild von der Arbeit von „Vejin“. So unterhält der Verein eine Werkstatt, in der weibliche Angehörige der Opfer traditionelle Kleidung fertigen, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Tätigkeit ist eine Art Therapie. Die Frauen können so langsam wieder in ein stabiles Leben zurückfinden. Kamal Sido stattete auch der christlichen Minderheit, die nach dem Krieg 2003 in die Ninive-Ebene geflohen ist, einen Besuch ab und nahm an der Beerdigung von Bischof Ishak Sako teil. In Bartalla traf er sich mit Christen, die eine Initiative zum Schutz des kulturellen Erbes der Stadt ins Leben gerufen haben, und führte Gespräche mit Angehörigen der religiösen Minderheit der Yeziden. In Erbil referiert er auf der Konferenz der syrischen Kurden über „Maßnahmen im Fall eines administrativen Vakuums in den kurdischen Gebieten Syriens“.

Über den Besuch im Irak hinaus organisierte die GfbV deutschlandweit mehrere Veranstaltungen, Aktionen und Vorträge über die ethnischen und religiösen Minderheiten im Irak. Dazu zählte auch ein Treffen von Mandäern mit dem evangelischen Bischof Martin Schindehütte und seinen Mitarbeitern Martin Affolderbuch und Thorsten Leißer in Hannover. Die mandäische Delegation wurde angeführt von Priester Khaled Nasret Jasmin. Die Gespräche konzentrierten sich auf die Lage der Mandäer in Deutschland: Sie fordern mehr Möglichkeiten, ihre Religion frei ausüben zu können. Vor allem der Bau eines eigenen Kulthauses sowie eine Reform des Asylbewerbergesetzes, sodass Mandäer auch entfernte Gemeinden in Deutschland besuchen können, standen im Zentrum der Gespräche. Die Vertreter der Evangelischen Kirche sagten ihre Unterstützung bei der Suche eines Kulthauses zu und schlugen den Kauf eines alten Gemeindehauses einer Landeskirche vor.

Türkei

Die GfbV koordiniert ihren Einsatz stets mit Verbänden in Deutschland, die sich ebenfalls für Minderheiten einsetzen. So arbeiteten wir 2012 eng mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der

Immigrantenverbände e.V. (BAGIV) zusammen. Mit der BAGIV führten wir Gespräche mit der hessischen Landesregierung, die 2010 eine Partnerschaft mit der türkischen Provinz Bursa geschlossen hat. Kamal Sido und Mehmet Tanriverdi von der BAGIV trafen sich mit Uwe Hahn (FDP), dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Justizminister von Hessen. Wir sprachen über die Menschenrechts- und Minderheitenlage in der türkischen Provinz Bursa. Auch wurde der Umgang mit Fethullah Gülen – einer islamistischen Bewegung in der Türkei – analysiert sowie über die Möglichkeit einer Einführung von Unterricht in der Muttersprache für türkisch-kurdische Schulkinder in Hessen diskutiert.

Wir forderten die Bundesregierung immer wieder auf, bei einer friedlichen Lösung des „vergessenen Konflikts“ in Türkisch-Kurdistan zu helfen. In Pressemitteilungen übten wir zudem scharfe Kritik an der Rechtfertigung von deutschen Waffenexporten in die Türkei. „Die Türkei, der strategische Partner Deutschlands“, darf für Menschenrechtsverletzungen nicht mit Rüstungsgütern belohnt werden.

Die Lage der religiösen Minderheiten wie der Armenier, der christlichen Assyrer/Aramäer, der Aleviten und der Yeziden, war ein weiterer Schwerpunkt in unserem Nahostreferat. In Pressemitteilungen, Appellen, auf Informationsveranstaltungen, Mahnwachen und Demonstrationen forderten wir uneingeschränkte Glaubensfreiheit. Unsere gemeinsamen Bemühungen mit Vertretern der Assyrer/Aramäer in Deutschland haben schließlich dazu geführt, dass am 13. Juni 2012 im Deutschen Bundestag über den Konflikt um das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel diskutiert wurde – mit dem Ergebnis, dass die deutsche Bundesregierung und alle Bundestagsfraktionen die Entwicklung aufmerksam beobachten und sich für den Erhalt des Klosters einsetzen sollen. Mor Gabriel fürchtet um seine Existenz: Drei muslimisch-kurdische Dörfer versuchen sich mit Unterstützung der AKP-Regierung unter Recep Tayyip Erdogan, das Land anzueignen.

Zur Erinnerung an den ermordeten armenischen Bürgerrechtler und Journalisten Hrant Dink, der am 19. Januar 2007 in Istanbul von türkischen Nationalisten getötet wurde, veranstaltete die GfbV in Kooperation mit armenischen Gemeinden deutschlandweit mehrere Gedenkveranstaltungen. Wir informierten mit Vorträgen und Filmen über die Lage der Armenier in der Türkei. So waren wir auch in der St. Ulrici-Brüder-Kirche in Braunschweig zu Gast. Die GfbV forderte die türkische Regierung dazu auf, einen Prozess der Versöhnung mit den Armeniern zu beginnen und den Völkermord an den Armeniern sowie an christlichen Assyro/Aramäern, Aleviten und Yeziden im Osmanischen Reich anzuerkennen.

Wir arbeiten eng mit den meist aus der Türkei geflohenen und zwischenzeitlich in Deutschland gut integrierten Yeziden zusammen. Mit dem „Zentralrat der Yeziden in Deutschland“ organisierten wir zahlreiche Informationsveranstaltungen. So nahm unser Vorstandsmitglied Irina Wießner mit unserem Nahostreferenten an einer internationalen Tagung zur Lage der Yeziden in der Türkei und anderen Ländern in Nahost in Oldenburg teil. Auch in Husum und in Bremen fanden Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit yezidischen Organisationen statt. In Bremen waren hochrangige Regionalpolitiker wie die Bremer Integrationsbeauftragte Silke Harth anwesend. So konnten die in Bremen lebenden Yeziden ihre Anliegen direkt führenden Politikern vortragen.

Iran

2012 fand der 20. Jahrestag der „Berliner Kurdenmorde“ statt. Die GfbV organisierte und unterstützte zwei Gedenkveranstaltungen in Köln und Berlin, um an die Ermordung eines kurdischen Politikers 1992 im Berliner Restaurant „Mykonos“ zu erinnern. Bei dem damaligen Anschlag, der unter iranischer Federführung zustande kam, starben der Politiker Dr. Sharafkandi von der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran (DKPI) sowie drei seiner Begleiter.

Im Jahr 2012 initiierten wir eine groß angelegte Kampagne für die Freilassung aller Bahá'í-Gefangenen im Iran. Stellvertretend für hunderte von Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft, die unter menschenunwürdigen Umständen seit Jahren in Haft sitzen, konzentrierten wir uns auf das Schicksal von Fariba Kamalabadi (51). Sie ist seit fünf quälend langen Jahren inhaftiert. Wir schrieben nationale und internationale Medien und Politiker in Europa, Nord- und Südamerika, Afrika, Australien und Asien an. Diese Kampagne werden wir so lange fortsetzen, bis die dreifache Mutter Fariba Kamalabadi und andere Bahá'í freikommen. Hierbei koordinieren wir unsere Arbeit mit dem Geistigen Nationalrat der Bahá'í in Deutschland und in vielen anderen Ländern.

AFRIKA

Ägypten

Ein Jahr nach dem Sturz des ägyptischen Diktators Hosni Mubarak ziehen wir Ende Januar 2012 eine für die religiösen Minderheiten kritische Bilanz des Machtwechsels. Denn Ägyptens christliche Kopten sind tief verunsichert und blicken mit Sorgen in die Zukunft. So stellen wir in einer Presseerklärung fest, dass die Gewalt gegen die Minderheit zugenommen hat und die versprochene Liberalisierung der ägyptischen Gesellschaft ausgeblieben ist. Stattdessen mobilisieren muslimische Extremisten ihre Anhänger zu Demonstrationen gegen Renovierung oder Neubauten von Kirchen und versuchen sich auf Kosten der Kopten politisch zu profilieren. Auch werden **Gewaltakte gegen Christen** noch immer nicht angemessen von den Justizbehörden verfolgt und die Täter nicht vor Gericht zur Rechenschaft gezogen. So protestieren wir auch gegen die Einseitigkeit der Gerichte, als im Mai zwölf Kopten nach einem Streit mit Muslimen zu lebenslanger Haft verurteilt werden. Die ebenfalls wegen des Streits angeklagten Muslime werden freigesprochen. Es ist nicht das erste Mal, dass Christen von den Justizbehörden gezielt kriminalisiert werden. So sprach im April 2012 ein Sondergericht alle wegen des Maspero-Massakers an 27 Christen Angeklagten frei.

Als Außenminister Westerwelle im Juli nach Ägypten reist, bitten wir ihn, sich für die Rechte von Kopten und Beduinen einzusetzen. Führende CDU-Politiker, wie Fraktionsgeschäftsführer Volker Kauder und Bundestagspräsident Norbert Lammert, sprechen auf unsere Bitten hin immer wieder auch öffentlich die dramatische Lage der Kopten an. Nach der Veröffentlichung eines islamfeindlichen Mohamed-Videos nimmt die Zahl der gegen Christen in Ägypten eingeleiteten **Blasphemie-Verfahren** deutlich zu. So warnen wir im Oktober, dass innerhalb nur weniger Wochen 17 neue Verfahren eingeleitet wurden. Selbst neun Jahre alte Kinder sind davon betroffen. Wir protestieren bei den ägyptischen Behörden gegen Blasphemie-Verfahren gegen zwei neun und zehn Jahre alte Jungen. Angesichts der vielen internationalen Proteste werden wenigstens die Verfahren gegen Kinder bald eingestellt. Doch nicht nur koptische Kinder leiden unter dem Klima der Gewalt. Auch die Zahl der Übergriffe auf unverschleiert in der Öffentlichkeit auftretende Christinnen nimmt deutlich zu, müssen wir im November der Presse mitteilen. So berichten wir von einem Zwischenfall in der Kairoer U-Bahn, bei dem einer 28 Jahre alten Koptin von zwei verschleierten Frauen gewaltsam die Haare abgeschnitten werden. Bei den ägyptischen Behörden protestieren wir gegen die zunehmende sexuelle Gewalt sowie gegen öffentliche Demütigungen von demonstrierenden Christinnen. Die gezielt verübten Übergriffe auf Demonstrantinnen verunsichern viele Koptinnen und schüren den Exodus der Christen aus dem Land.

Nicht nur Kopten und gemäßigte muslimische Sufis leiden unter Übergriffen von Extremisten in Ägypten. Mehrfach machen wir in Presseerklärungen und Interviews auf die dramatische Lage der Beduinen vor allem im Norden der Sinai-Halbinsel aufmerksam. Auf Fachtagungen von Terrorismus-Experten warnen wir vor einem neuen Krisenherd. Denn die Gewalt auf der Nordhälfte der strategisch für die Sicherheit Israels bedeutsamen Sinai-Halbinsel nimmt stetig zu. Mehrfach berichten wir über Entführungen und Anschläge auf Pipelines. Wir warnen davor, die Verarmung und Kriminalisierung der Beduinen noch länger zu ignorieren. Denn ihre Heimat wird immer mehr zum Operationsgebiet ausländischer Terroristen. Nachdrücklich fordern wir von der ägyptischen Regierung ein Ende von Rechtlosigkeit und Gewalt auf dem Sinai, die Freilassung inhaftierter Beduinen sowie mehr Entwicklungshilfe und Rechte für die verarmten Ureinwohner des Sinai. Denn dort gibt es keinen Frieden ohne die Beduinen. Die Regierung Mursi geht auf diese Appelle auch ein und bemüht sich um mehr wirtschaftliche Unterstützung der Beduinen. Denn nur wenn sich die katastrophale wirtschaftliche Lage der Beduinen bessert, wir der Sinai zur Ruhe kommen und Schmuggel sowie Terrorismus können eingedämmt werden.

Libyen

Ein Jahr nach Beginn der Revolte gegen Libyens Diktator Gaddafi steht es schlecht um die Rechte nicht-arabischer Minderheiten im Land, müssen wir Mitte Februar 2012 Bilanz ziehen. **Berber, Tuareg und Toubou** verlangen eine angemessene Vertretung in der Verfassung gebenden Versammlung. Sie klagen über Vorurteile und Diskriminierung aufgrund ihrer Hautfarbe oder ethnischen Abstammung. Die Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen bitten wir, Menschenrechtsbeobachter in den Südosten Libyens zu entsenden. Denn bei schweren Kämpfen zwischen Arabern und Toubou werden im Februar mindestens 17 Menschen getötet. Nachdrücklich appellieren wir an die EU-Staaten, sich engagierter für die Menschenrechte der nicht-arabischen Minderheiten einzusetzen. Als im April erneut Kämpfe zwischen Toubou und Arabern ausbrechen, fordern wir die Vereinten Nationen auf, Menschenrechtsbeobachter in den Südosten Libyens zu entsenden, um die Hintergründe der Auseinandersetzungen zu untersuchen. Ohne mehr Rechte für die Toubou und Tuareg wird es keine Sicherheit im Süden Libyens geben, erklären wir im Dezember 2012. Um ihre Forderungen zu unterstreichen, besetzen Toubou und Tuareg Ölfelder im Süden des Landes.

Algerien

50 Jahre nach der Unabhängigkeit Algeriens steht es noch immer schlecht um die Menschenrechte der nicht-arabischen Minderheiten in dem nordafrikanischen Staat. In einem 15-seitigen Memorandum, das wir anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags von Evian am 18. März veröffentlichen, dokumentieren wir die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen an **Kabylen** sowie die Verweigerung jeder Demokratisierung des Landes. Außerdem kritisieren wir die Straflosigkeit sowie die Amnestie für alle Straftaten, die während des Bürgerkriegs in den 90er-Jahren verübt wurden. Den algerischen Behörden werfen wir eine Politik der Arabisierung vor, die systematisch die Kultur und Sprache der nicht-arabischen Minderheiten zerstört. Auch beklagen wir, dass **Tuareg**, die Opfer der französischen Atomtests in der Sahara wurden, bis heute kaum Unterstützung bei ihren Bemühungen um Schadensersatz bekommen. Auch in algerischen Medien wird über unsere Kritik berichtet. Der Botschafter Algeriens lädt uns daraufhin zu einem Gespräch ein, um uns die Sicht seiner Regierung zu erläutern.

Zum 16. Jahrestag der mysteriösen Entführung und Ermordung von sieben französischen **Trappisten-Mönchen** in Algerien im März fordern wir Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy auf, endlich alle Geheimdokumente zu veröffentlichen, um die genauen Umstände der Gewalttaten zu klären. Der Präsident sichert uns schriftlich zu, alles zu tun, um die Hintergründe der Morde aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Mehrfach kritisieren wir **Rüstungsexporte** Deutschlands nach Algerien. Eine autoritäre Regierung, die systematisch jede Demokratisierung ihres Landes verhindert und sich mit dem verfeindeten Nachbarland Marokko einen Rüstungswettlauf liefert, sollte nicht hochgerüstet werden. Deutschland genehmigt den Verkauf von Radpanzern und Fregatten nach Algerien und gewährt für diese umstrittenen Rüstungsgeschäfte auch Hermes-Kredite.

Marokko / Westsahara

Scharf kritisieren wir mehrfach im November / Dezember den geplanten Verkauf eines in Deutschland hergestellten U-Boots an Marokko. Damit werde ein **Rüstungswettlauf** in Nordafrika weiter geschürt, warnen wir in Presseerklärungen sowie in Schreiben an die Bundeskanzlerin und an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien.

Mehrfach schreiben wir die im Weltsicherheitsrat vertretenen Staaten wegen der anhaltenden marokkanischen Besetzung der **Westsahara** an und bitten sie, das Mandat der UN-Friedenstruppe MINURSO um den Schutz der Menschenrechte zu erweitern. Tatsächlich bewegen sich auch einige Staaten und sprechen sich angesichts zunehmender Menschenrechtsverletzungen und einer politisch

verfahrenen Situation für eine Erweiterung des Mandats aus. Doch im letzten Moment gelingt es Marokko, eine Änderung des Mandats für die UN-Friedenstruppen zu verhindern. Die Europäische Union fordert auf, mehr Druck auf Marokko auszuüben, damit das Königreich endlich der seit mehr als 20 Jahren geplanten Volksabstimmung über die Zukunft der Westsahara zustimmt. Auch die Regierungen Frankreichs und Spaniens bekräftigen der GfbV gegenüber, für eine konstruktive Lösung des Westsahara-Konflikts einzutreten. Doch tatsächlich behindern beide Staaten ein entschiedeneres Auftreten der EU gegenüber der Besatzungsmacht Marokko.

Mauretanien

Wie gefährlich Menschenrechtsarbeit für ein **Ende der Sklaverei** auch heute noch sein kann, erleben unsere mauretanischen Partner von der Menschenrechtsorganisation IRA im Jahr 2012. So wird ein Mordanschlag auf den Träger des Weimarer Menschenrechtspreises Biram Dah Abeid verübt, schlagen wir in einer Presseerklärung Anfang Januar 2012 Alarm. Auch vor dem UN-Menschenrechtsrat informieren wir über die Bedrohung der Sicherheit der mauretanischen Menschenrechtler und appellieren an die mauretanischen Behörden, die IRA endlich offiziell anzuerkennen. Seit mehr als zwei Jahren bemüht sich die Organisation um eine offizielle Registrierung, die ihr aus fadenscheinigen Gründen verweigert wird.

Als Biram Dah Abeid und sechs seiner Unterstützer Ende April bei einer Menschenrechtsaktion verhaftet werden, engagieren wir uns während Monaten für die Freilassung der Festgenommenen. Wir starten E-Mail- und Fax-Proteste, um die Freilassung zu erwirken, und machen die Verhaftungen weltweit bekannt. Wir bekommen viel Unterstützung von mehreren europäischen Botschaften in Mauretanien. Angesichts der vielen Proteste kommen die wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ angeklagten Menschenrechtler schließlich im September 2012 frei. Mehrfach prangern wir auch im UN-Menschenrechtsrat die Kriminalisierung der Menschenrechtler an. Mit Veranstaltungen, Seminaren und Filmvorführungen machen wir in zahlreichen Städten auf das ungelöste Problem der Sklaverei aufmerksam. Große Bedeutung kommt dabei der Arbeit unseres Mauretanien-Koordinators Abidine Ould Merzough zu, der sich unermüdlich für die Rechte der diskriminierten und unterdrückten schwarzafrikanischen Bevölkerungsmehrheit einsetzt. Auf einer Konferenz zu Sklaverei im Europaparlament in Brüssel informieren wir über die Hintergründe des Fortbestehens der Sklaverei. Verschiedene Abgeordnete greifen das Thema auf. Wir laden einen Vertreter der IRA ein, damit er authentisch auf einer internationalen Journalisten-Konferenz der Deutschen Welle in Bonn über Bildung und rassistische Vorurteile gegenüber ehemaligen Sklaven in Mauretanien berichtet. Das Thema weckt auch in vielen Redaktionen der Deutschen Welle großes Interesse und Diskussionen.

Ende Juni nehmen wir an einem Runden Tisch europäischer Menschenrechtsorganisationen mit der UN-Sonderbeauftragten zur Bekämpfung der Sklaverei im Europaparlament teil und besprechen neue Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit. Das Forum führt dazu, dass wir in Zukunft gemeinsam mit Anti-Slavery International in London und der Unrepresented Nations and Peoples Organisation (UNPO, Organisation der nicht in den Vereinten Nationen vertretenen Völker) Menschenrechtsberichte zur Lage von Sklaven in Mauretanien veröffentlichen.

Auch setzen wir uns für eine würdige Rückkehr von zehntausenden Schwarzafrikanern ein, die 1989 aus Mauretanien vertrieben wurden und im benachbarten Senegal Aufnahme fanden. Der UNHCR kümmert sich zwar um eine **Rückkehr der Flüchtlinge**, doch viele Betroffene wagen dies nicht, da sie neue Diskriminierungen befürchten und auch um ihre Sicherheit besorgt sind. In ungezählten Briefen und Faxen drängen wir die mauretanischen Behörden zu mehr Entgegenkommen gegenüber den Rückkehrern und machen Botschaften in Mauretanien auf das Schicksal der Vertriebenen aufmerksam.

Mali

Nach dem Ausbruch einer neuen **Tuareg-Revolte** im Norden des Landes im Januar 2012 warnen wir vor einem Zusammenbruch des Tourismus in der Region, der wirtschaftlich für die Tuareg von besonderer Bedeutung ist. Leider bestätigen sich später unsere Befürchtungen. Da ihre Lebensgrundlage zerstört wird, lassen sich junge Tuareg von Islamisten als gut bezahlte Kämpfer anwerben und so bestimmen Krieg und Flucht immer mehr das Leben der Menschen im Norden Malis. Mit 14 Presseerklärungen machen wir während des Jahres 2012 auf die Hintergründe und das Schicksal der Zivilbevölkerung aufmerksam. Anfangs finden unsere Warnungen vor einer **Massenflucht** nur wenig Gehör, aber dies ändert sich, je mehr Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Hilfsorganisationen reagieren alarmiert, als wir im März feststellen, dass bereits 217.000 Menschen auf der Flucht sind. Viele Geflohene sind Tuareg, die aus Angst vor pogromartigen Übergriffen Dörfer und Städte verlassen. Nachdrücklich fordern wir immer wieder Regierungen und Hilfsorganisationen auf, mehr humanitäre Unterstützung zur Verfügung zu stellen und die Grenzen für die Aufnahme von Schutz Suchenden offen zu halten. Dringend appellieren wir auch an die Regierungen der EU-Staaten, Friedensinitiativen zur Beilegung des Tuareg-Konflikts zu entwickeln. Die französische Regierung, die in der EU in Sicherheit in der Sachen Sahara die Leitrolle hat, reagiert und hebt in ihrer Mali-Politik immer wieder die Bedeutung einer friedlichen Lösung der Tuareg-Frage hervor.

Als im März die Militärs in Mali einen Staatsstreich organisieren, verurteilen wir den Putsch und warnen, dass dies die Suche nach einer friedlichen Lösung des Tuareg-Konflikts massiv beeinträchtigen wird. Unsere Befürchtung wird sich später bestätigen, da der Militärputsch dazu führt, dass aufständische Islamisten militärisch immer mehr Einfluss gewinnen und letztlich sogar die Tuareg-Rebellen niederringen. Wir warnen vor der von den Islamisten geforderten Einführung des Scharia-Rechts und weisen auf die starke Zunahme von Auspeitschungen und Amputationen von Gliedmaßen durch Islamisten in Nord-Mali hin. In vielen Interviews und Gastbeiträgen in Zeitungen (wie der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“) und Zeitschriften erläutern wir die Hintergründe der von islamistischen Rebellen betriebenen **Islamisierung** Nord-Malis. Auch warnen wir vor neuen Entführungen von Ausländern und der Zahlung von Lösegeld für die Verschleppten. Nachdrücklich weisen wir darauf hin, dass Europa mit seinen Lösegeldzahlungen in mehrstelliger Millionenhöhe entscheidend zur Stärkung islamistischer Extremisten im Norden des Landes beigetragen hat. Diesen Fehler darf Europa nicht erneut begehen, fordern wir in viel beachteten Interviews und Presseerklärungen. Auch erinnern wir an den negativen Einfluss von den in Saudi-Arabien regierenden Wahhabiten auf die Sicherheit in Nord-Mali. Der deutschen Bundesregierung werfen wir vor, Saudi-Arabien Panzer zu liefern, während das Königreich in Mali seit Jahren muslimische Extremisten fördert. So säen Saudi-Arabien Wahhabiten Terror in Nord-Mali.

Immer wieder wiederholen wir unsere Forderung nach einem politischen Dialog zwischen der Regierung Malis und den Tuareg. Auch äußern wir massive Zweifel am Sinn einer EU-Ausbildungsmission für Malis Armee, wenn nicht zugleich eine grundlegende Reform der Streitkräfte in Angriff genommen wird. Denn verschiedene Armeeteile sind untereinander verfeindet und bekämpfen sich zum Teil auch offen. Statt sich um den Schutz der Zivilbevölkerung zu kümmern, ist Malis Armee weitgehend mit sich selbst beschäftigt. Auch darf Deutschland Ausbildungshilfe für ausländische Armeen nur leisten, wenn deren Soldaten auch die Menschenrechte beachten, fordern wir im November. Malis Armee verletzt aber massiv Menschenrechte, so dass sie auch im Antiterror-Kampf nicht glaubwürdig ist, erklären wir.

Nigeria

Auch im benachbarten Nigeria erschüttern Terrorüberfälle muslimischer Extremisten der Boko-Haram-Sekte die Weltöffentlichkeit. Nach schrecklichen **Terroranschlägen auf christliche Kirchen** Nord-Nigeria warnen wir Anfang Januar vor einer Massenflucht von Christen aus Nord-Nigeria, die den Graben zwischen dem überwiegend muslimisch geprägten Norden und dem christlichen Süden

noch weiter vertiefen würde. Nachdrücklich fordern wir in mehreren Presseerklärungen und Fax-Nachrichten an die nigerianische Regierung einen besseren Schutz christlicher Einrichtungen vor Übergriffen. Auch machen wir einen Brandbrief führender nigerianischer Intellektueller bekannt, die davor warnen, dass sich die Gewalt wie ein Buschfeuer ausbreiten könnte. Dringend fordern die Schriftsteller eine gemeinsame Initiative der Führer religiöser und ethnischer Gemeinschaften, um eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern. In zahlreichen Presseerklärungen berichten wir über gewaltsame Übergriffe auf Christen oder Muslime. Doch wir heben auch immer wieder hervor, dass der Terror keine religiösen Wurzeln hat, sondern dass die Extremisten nur gezielt Christen und ihre Kirchen angreifen, um international Aufmerksamkeit zu erregen und um der Regierung Nigerias größtmöglichen Schaden zuzufügen. Wir fordern ein konsequentes Vorgehen der Behörden gegen die Terroranschläge und gegen die Hintermänner der Gewalt. Auch müssten die Ursachen der Gewalt, insbesondere die weit verbreitete Korruption, glaubwürdiger bekämpft werden, um den Einfluss der Extremisten einzudämmen.

Als Ende Oktober 104 Biafra-Aktiven in Nigeria festgenommen werden, fordern wir ihre sofortige Freilassung. Statt die Aktivisten zu kriminalisieren und als „Terroristen“ zu behandeln, sollte Nigeria endlich den **Völkermord in Biafra** (1969-70) enttabuisieren und aufarbeiten, verlangen wir. Mehrfach schreiben wir an die nigerianischen Behörden und fordern sie auf, das Schicksal verschwundener Menschenrechtler aufzuklären.

Somalia

Vier Monate nach der schweren **Hungerkatastrophe** in Somalia, bei der rund 250.000 Menschen ihr Leben verloren, fordern wir im Januar 2012 in Schreiben an die europäischen Regierungen und an die EU-Kommission mehr Hilfen für die mehr als zwei Millionen Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge. Auch warnen wir vor der Rekrutierung neuer Kämpfer durch die terroristische Al Shabab-Miliz in den Flüchtlingslagern. Dringend müssten vor allem Jugendliche in den Camps mehr Förderung und Perspektive bekommen, um ihre Rekrutierung durch Al Shabab zu verhindern.

In mehreren Presseerklärungen und Interviews verlangen wir ein Umdenken in der Somalia-Politik. Statt nur auf die Piraten-Bekämpfung und auf eine militärische Zerschlagung der Al Shabab zu setzen, müsse die internationale Gemeinschaft auch die Übergangsregierung Somalias drängen, endlich grundlegende Menschenrechte zu beachten. Geflohene Nomaden beklagen, dass sie in ihren Flüchtlingslagern sowohl von Al-Shabab-Kämpfern als auch von regulären Soldaten bedrängt werden. Auch häufen sich Übergriffe auf Journalisten, die kritisch über die Lage in Somalia berichten. Korruption und Machtmissbrauch verhindern, dass ein Großteil der Somalia-Hilfen auch tatsächlich die Notleidenden erreicht. In Fax-Schreiben an die Regierung Somalias protestieren wir gegen die willkürliche Verhaftung von mehr als 3.000 jungen Menschen, die verdächtigt werden, die Al-Shabab-Miliz unterstützt zu haben. Wir fordern mehr Respekt der Menschenrechte auch im Antiterror-Kampf und dass jede Verhaftung individuell von einem Gericht überprüft wird. Willkürliche Massenverhaftungen und pauschale Verdächtigungen schüren nur den Extremismus und treiben die jungen Leute in die Arme der Terrorbewegung Al Shabab, warnen wir in Schreiben an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte sowie an die USA und andere in der Somalia-Frage besonders engagierte Staaten.

Äthiopien

Mit E-Mail- und Fax-Kampagnen protestieren wir 2012 mehrfach gegen den anhaltenden **Landraub** in Äthiopien, der das Überleben vieler indigener Völker und kleiner ethnischer Gemeinschaften in dem Vielvölkerstaat akut bedroht. So machen wir oft aufmerksam auf das Schicksal der 60.000 Anuak, die aus ihren Siedlungsgebieten im Südwesten des Landes zwangsumgesiedelt werden sollen, weil ihr Land von den Behörden an Großinvestoren verpachtet wurde. Als in Köln die erste Deutsch-Äthiopische Wirtschaftskonferenz im Juni stattfindet, auf der für Investitionen in der Landwirtschaft geworben werden soll, protestieren wir mit einer Menschenrechtsaktion. Gemeinsam mit Äthiopiern

bieten wir den Konferenzteilnehmern symbolisch Kuchenstücke vom großen Land-Kuchen an. Auf Transparenten und Schildern preisen wird den Landverkauf mit Slogans von Discountern publikumswirksam. Wir kritisieren, dass das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) die Konferenz finanziell fördert, obwohl sie den Leitsätzen der Welternährungsorganisation FAO gegen Landraub widerspricht. Der Afrika-Beauftragte der Bundesregierung Günter Nooke bekräftigt vor den Teilnehmern der Menschenrechtsaktion, er werde auf der Konferenz das Thema Landraub ansprechen. Auch Äthiopiens Botschafter stellt sich dem Dialog mit den Demonstranten.

Gemeinsam mit einem Anuak-Menschenrechtler besuchen wir im September 2012 das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ und fordern ein Umdenken in Deutschlands Äthiopien-Politik. Insbesondere regen wir mehr Untersuchungen der Folgen des Landraubs für Äthiopiens Kleinbauern und Volksgruppen an. Auf einer Konferenz des Klimahauses in Bremerhaven zu den Folgen des Klimawandels in Afrika berichtete der Anuak-Menschenrechtler über die Lage in seiner Heimat.

Als Äthiopiens Machthaber Meles Zenawi im Mai 2012 wegen seines Engagements im Kampf gegen den Hunger zum G-8-Gipfel der reichsten Industrieländer in die USA eingeladen wird, protestieren wir und werfen dem äthiopischen Staatspräsidenten vor, mit staatlich gefördertem Landraub die Nahrungsgrundlage der Kleinbauern zu gefährden. Der Protest wird auch in Äthiopien viel beachtet. Auch fordern wir in Appellen an die Regierung Äthiopiens **Religionsfreiheit** für Muslime. Nach Versuchen der Bevormundung von Muslimen verlangen wir mehr Zurückhaltung von Äthiopiens Behörden und die Freilassung von Demonstranten, die die Behörden nach Protesten gegen die Einschränkung der Glaubensfreiheit im Sommer 2012 verhaften ließ.

Als Äthiopiens Staatspräsident im August 2012 nach langer Krankheit stirbt, fordern wir von der neuen Führung und der internationalen Staatengemeinschaft ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik. Kleinbauern müssten gezielt gefördert werden, statt ihnen das Land zu nehmen und sie zu Almosen-Empfängern zu machen. Wir begrüßen eine Amnestie für Gefangene, in deren Rahmen auch politische Häftlinge freigelassen werden. Doch in Interviews weist der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius darauf hin, dass noch immer viele Regierungskritiker aus politischen Gründen in Haft gehalten werden. Insbesondere verweist er auf viele inhaftierte Angehörige der Oromo-Bevölkerungsgruppe, die allein aufgrund ihrer ethnischen Abstammung beschuldigt werden, die Sicherheit des Staates zu untergraben. Angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen fliehen immer mehr Menschen aus Äthiopien. Viele wählen den gefährlichen Weg einer Flucht über den Golf von Aden in den Jemen. In Presseerklärungen und Interviews berichten wir vom wenig bekannten Schicksal dieser Flüchtlinge, die oft Opfer von skrupellosen **Menschenhändlern** werden, die sie auf dem Meer über Bord werfen oder bei ihrer Ankunft im Jemen vergewaltigen oder erpressen. Nachdrücklich fordern wir ein entschiedeneres Vorgehen der Behörden. Nach Protesten aus aller Welt verstärkt schließlich der Jemen seinen Kampf gegen die Menschenhändler.

Sudan

Der anhaltende **Krieg in den Provinzen Süd-Kordofan und Blauer Nil sowie in Darfur** im Westen des Sudan bildet auch im Jahr 2012 einen Schwerpunkt unserer Afrika-Arbeit. In E-Mail- und Fax-Protestaktionen fordern wir mehr Engagement der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, die Bombardierung der Zivilbevölkerung durch die sudanesishe Luftwaffe zu stoppen. Auch verlangen wir in Gesprächen mit dem Afrika-Beauftragten der Bundesregierung, dem Auswärtigen Amt und der Staatsministerin Cornelia Pieper einen freien Zugang von Helfern zu den Hilfsbedürftigen in Süd-Kordofan. Mehrfach wenden wir uns in dieser Frage auch an den Weltsicherheitsrat und fordern ihn auf, den Sudan zu drängen, endlich Grundstandards des humanitären Völkerrechts zu berücksichtigen. In vielen Presseerklärungen, Interviews, Veranstaltungen und Konferenzen machen wir auf die Leiden der Zivilbevölkerung in den

umkämpften Nuba-Bergen aufmerksam. Als sich der Sudan im November 2012 in den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen wählen lässt, dem auch die Menschenrechtsarbeit untersteht, protestieren wir, da die sudanesisische Regierung Hunger als Kriegswaffe missbraucht. Auch verlangen wir die Einschaltung des Internationalen Strafgerichtshofes, da der Sudan systematisch die humanitäre Versorgung von zehntausenden Menschen behindert. Dies ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die dafür Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Regelmäßig machen wir mit Presseerklärungen auf die dramatische Lage **zehntausender neuer Binnenflüchtlinge in Darfur** aufmerksam. Immer wieder fordern wir mehr humanitäre Hilfe für die Not leidenden Zivilisten und prangern Einschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten von internationalen Helfern durch die sudanesischen Behörden öffentlich an. Viele Hilfsorganisationen verfolgen die sich stetig verschlechternde Lage in vielen Flüchtlingscamps in Darfur mit großer Sorge, können sich öffentlich dazu nicht äußern, da sie fürchten, dann des Landes verwiesen zu werden. Auch wenden wir uns gegen eine überstürzte Rückkehr der Flüchtlinge in ihre vom Krieg zerstörten Dörfer, solange ihre Sicherheit dort noch nicht garantiert ist. Selbst in unmittelbarer Umgebung der Lager nimmt die Zahl der Vergewaltigungen sprunghaft zu, da Frauen und Mädchen auch dort keinen Schutz genießen. Vor vielen Politiklehrern aus Niedersachsen, die schwerpunktmäßig in ihrem Unterricht den Darfur-Konflikt behandeln, berichtet Ulrich Delius über die Folgen des Völkermords und zeigen Lösungsmöglichkeiten für die Krisenregion auf.

Als im April 2012 ein offener **Krieg zwischen dem Sudan und Südsudan** droht, verstärken wir nochmals unsere Menschenrechtsarbeit zu der Region. Nachdrücklich fordern wir mehrfach den Weltsicherheitsrat auf, beiden Staaten mit Sanktionen zu drohen, sollten sie sich nicht zu einer friedlichen Konfliktlösung bereitfinden. Mit E-Mail –Protestaktionen engagieren wir uns für massiven Druck der Regierungen der USA und der Europäischen Union auf beide Konfliktparteien, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Das Verhältnis zwischen beiden Staaten ist zwar noch immer gespannt, aber zumindest ein offener Krieg konnte vermieden werden.

Asien

China

Die schwierige Lage der ethnischen und religiösen Minderheiten in der Volksrepublik war auch 2012 erneut ein Schwerpunkt unserer Menschenrechtsarbeit zu Asien. Die Menschenrechtslage von Tibetern und Uiguren verschlechterte sich deutlich. Das China-Kulturjahr 2012 in Deutschland, die Industriemesse in Hannover sowie die Leipziger und Londoner Buchmesse boten viele Gelegenheiten, um auf die Menschenrechtsverletzungen in China aufmerksam zu machen.

Zur offiziellen Eröffnung des China-Kulturjahrs im Konzerthaus Berlin im Beisein vieler hochrangiger chinesischer Gäste organisieren wir am 30. Januar 2012 eine Mahnwache mit Uiguren und Tibetern. Dutzende Demonstranten konfrontieren die Festbesucher mit Zensur, Willkür und Folter, unter der Chinas Schriftsteller und Blogger leiden. Wir stellen symbolisch leere Stühle auf für inhaftierte tibetische, uigurische, mongolische und chinesische Schriftsteller und machen bei dem Fackelprotest bei eisiger Kälte auf die Verfolgung der Autoren aufmerksam. Auch den chinesischen Botschafter und einen chinesischen Minister fordern wir persönlich auf, die Zensur zu stoppen und Meinungsfreiheit endlich zuzulassen. Nachdrücklich warnen wir vor einer einseitigen Propaganda-Tour, die nur die Schokoladenseiten Chinas zeigt.

Schon vor dem offiziellen Beginn des Kulturjahrs hatten wir in München gemeinsam mit Uiguren und Tibetern dafür geworben, dass deutsche Landeshauptstädte mit dem von der chinesischen Regierung angeregten China-Kulturjahr kritisch umgehen. Im Rahmen einer Menschenrechtsaktion auf dem Marienplatz versicherte uns der stellvertretende Oberbürgermeister Münchens, die Landeshauptstadt sei auch offen für kulturelle Darbietungen von Uiguren und Tibetern. Auch andere Landeshauptstädte reagieren positiv auf unsere Anregung, die Kultur und heutige Lebenssituation der unterdrückten Volksgruppen bei den geplanten Veranstaltungen nicht auszublenden. Wenn wie in Köln jedoch weitgehend unkritisch Chinas Kultur und die guten Beziehungen zu der Volksrepublik gefeiert werden, dann melden wir uns auch kritisch zu Wort. So quittieren wir das „Seidenstraßen“-Programm des durch Deutschland tingelnden Chinesischen Nationalzirkus, das die Zerstörung der uigurischen Kultur in keiner Weise berücksichtigt, mit der Verbreitung einer kritischen Presseerklärung an die Redaktionen der Medien in allen der mehr als 25 Tournee-Orten.

Viel beachtet wird auch unser Stand auf der Leipziger Buchmesse im März 2012. Er ist mit seinen Gitterstäben einem Gefängnis nachgebildet, an den Wänden hängen Namen inhaftierter Autoren oder Blogger. Auf der Buchmesse stellen wir unseren 110-seitigen Menschenrechtsreport vor, in dem die GfbV das Schicksal von 54 inhaftierten uigurischen, tibetischen, mongolischen und chinesischen Schriftstellern dokumentiert. Der Report erregt bei Medien große Aufmerksamkeit. Im April stellen wir den Report „Staatsfeind Schriftsteller“ auch in englischer Sprache auf der weltbekannten Londoner Buchmesse vor, auf der hunderte Aussteller aus China vertreten sind. Als der chinesische Literatur-Nobelpreisträger Mo Yan im Dezember die Zensur in China verharmlost, machen wir auf das Schicksal des seit 17 Jahren aus politischen Gründen inhaftierten mongolischen Schriftstellers und Verlegers Hada aufmerksam. Im Rahmen eines weltweiten Aktionstages für den inhaftierten Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo organisieren wir in Göttingen eine Lesung aus seinen Werken sowie aus den Schriften eines verhafteten uigurischen Autors.

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel und Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao am 22. April in Hannover die Industriemesse feierlich eröffnen, auf der sich die Volksrepublik als Gastland mit einer angeblich beispielhaften Politik der Nachhaltigkeit präsentiert, demonstrieren wir mit mehr als einhundert Uiguren und Tibetern für Menschenrechte. Der farbenfrohe Protest vor der Festzeremonie findet eine breite Berichterstattung in Fernsehen, Radio und Zeitungen. Immer wieder müssen irritiert wirkende chinesische Manager und Funktionäre sich den Weg bahnen vorbei an Fahnen schwenkenden Demonstranten, die Slogans für Demokratie und Menschenrechte rufen. Es

wird für sie zu einem Speißruten-Laufen. Am Tag nach der feierlichen Eröffnung bieten als „Kellner“ verkleidete GfbV-Aktivistinnen den Messegästen buntes, vermeintlich verseuchtes Wasser als Getränk an. Mit dieser Aktion erinnern wir an die katastrophale Verschmutzung der Gewässer in der Inneren Mongolei durch den Abbau von Seltenen Erden, die das Überleben von hunderttausenden Nomaden gefährdet. Wieder findet unsere Aktion breiten Widerhall in den Medien, auch das NDR-Fernsehen widmet unserem Protest einen Sendebeitrag. In Presseerklärungen werfen wir Chinas Regierung vor, systematisch alle Nachhaltigkeitsgrundsätze zu verletzen und kritisieren insbesondere die zwangsweise Ansiedlung von 2,1 Millionen Nomaden. Nachdrücklich appellieren wir an die deutsche Industrie, sich mehr für Menschenrechte in China einzusetzen.

Wie schwer sich die deutsche Industrie jedoch mit der Umsetzung dieses Anspruchs tut, wird uns deutlich, als wir mit der Führung des Volkswagen-Konzerns über eine gezielte Förderung von Uiguren in ihrem neuen Werk in Urumtschi, der Hauptstadt der Region Xinjiang (Ostturkestan), sprechen. Obwohl wir auf die langjährige Diskriminierung der uigurischen Minderheit hinweisen, ist der Konzern nicht bereit, Uiguren besonders zu fördern. Im Herbst 2013 muss Volkswagen einräumen, dass angesichts der Spannungen in der muslimischen Region der Aufbau des Werkes in Urumtschi schwieriger ist, als das Unternehmen zunächst vermutete.

Auf Konferenzen im In- und Ausland berichten wir über Menschenrechtsverletzungen an Uiguren. Darüber hinaus informieren wir auf Konferenzen in Europa Uiguren aus Zentralasien und vielen anderen Ländern über die Menschenrechts-Instrumente der Vereinten Nationen. Im Vordergrund steht dabei vor allem die Förderung der politischen Bildung muslimischer Frauen. Auf einer gemeinsam von den Grünen und der SPD getragenen Konferenz im Bayerischen Landtag zu den Perspektiven der Nationalitätenpolitik der neuen chinesischen Staatsführung warnt der GfbV-Asienreferent der GfbV, Ulrich Delius, vor zu viel Optimismus und verweist auf die enge Verzahnung des politischen Apparates der Kommunistischen Partei mit der chinesischen Armee. Mehrfach macht er auch in Interviews und Presseerklärungen auf neue willkürliche Verhaftungen und politisch motivierte Todesurteile von Uiguren aufmerksam. Auch beklagen wir die zunehmende Zahl von Hacker-Angriffen auf uigurische Menschenrechtsorganisationen wie den in München ansässigen Weltkongress der Uiguren. Zum Jahrestag der schweren Unruhen in Urumtschi, bei denen im Juli 2009 hunderte Uiguren und Han-Chinesen starben, beteiligen wir uns an einer Demonstration in München, um der vielen Opfer zu gedenken und eine Bestrafung der Verantwortlichen der Gewalt zu fordern.

In vielen Presseerklärungen warnen wir vor einer Zuspitzung der Menschenrechtslage in Tibet. Immer mehr Tibeter wählen aus Hoffnungslosigkeit und Protest gegen Chinas Besatzungspolitik den Freitod. In mehr als einem Dutzend Presseerklärungen weisen wir nicht nur auf die zunehmende Zahl von Selbstverbrennungen hin, sondern machen auch auf die Einschüchterung und Kriminalisierung der Angehörigen der Todesopfer aufmerksam. Fast jede Woche müssen wir neue Todesfälle melden. Nachdrücklich fordern wir eine neue Tibet-Politik Chinas. Deutsche und europäische Politiker bitten wir mehrfach, das Problem der Selbstverbrennungen in Tibet mit der chinesischen Regierung zu erörtern und öffentlich im UN-Menschenrechtsrat anzusprechen. Nach langer Zurückhaltung folgen sie dann auch dieser Empfehlung, so dass zahlreiche EU-Regierungen im Menschenrechtsrat und in bilateralen Gesprächen mit der chinesischen Staatsführung ihre große Besorgnis über die Lage in Tibet äußern. Unserer Bitte nach einer Dringlichkeitssitzung des UN-Menschenrechtsrates wird jedoch nicht entsprochen. Am 6. Februar beteiligen wir uns mit einer Menschenrechtsaktion an einem weltweiten Aktionstag für Tibet.

In Presserklärungen berichten wir über eine Zunahme religiöser Verfolgung in Tibet, beklagen massive Verstöße gegen die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen und eine zunehmende Zerstörung tibetischer Kultur und Identität durch den Zuzug zehntausender chinesischer Migranten. Vor einem Besuch des Dalai Lamas in Großbritannien überreicht die Menschenrechtsaktivistin Bianca

Jagger am 10. Mai der britischen Regierung einen 18-seitigen Bericht der GfbV zu aktuellen Menschenrechtsverletzungen in Tibet. Nachdrücklich fordern wir ein Plädoyer Europas für einen glaubwürdigen Dialog zwischen der chinesischen Regierung und der tibetischen Exilregierung. Auch die Bundeskanzlerin bitten wir, sich bei ihrer China-Reise für einen echten Dialog auszusprechen. Die Bundeskanzlerin tut dies auch, aber es steht nicht gut um die tibetisch-chinesischen Gespräche. Als Alarmzeichen werten wir den Rücktritt von erfahrenen Gesandten Tibets, die nach Jahren ergebnisloser Gespräche im Juni 2012 ihre Tätigkeit enttäuscht aufgeben. Zum Tag der Menschenrechte demonstrieren wir gemeinsam mit der Tibet Initiative Deutschland, Regionalgruppe Hamburg, und dem Verein der Tibeter in der Hansestadt für ein Ende der schweren Menschenrechtsverletzungen in Tibet.

Als China im September 2012 eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen die Volksrepublik fordert, appellieren wir an alle europäischen Regierungen, mit Rücksicht auf die schweren Menschenrechtsverletzungen die Sanktionen aufrechtzuerhalten. Vor allem Frankreich drängt mit Blick auf seine Rüstungsindustrie auf ein Ende des Embargos, kann sich jedoch erneut nicht durchsetzen. Die spürbare Verschlechterung der Menschenrechtslage in chinesischen Partnerstädten deutscher Kommunen sprechen wir in mehreren Presseerklärungen an.

Zudem machen wir auf die anhaltende religiöse Verfolgung der Falun-Gong-Meditationsbewegung in vielen Interviews aufmerksam. Dass es allein im Jahr 2011 mehr als 3800 Übergriffe auf Menschenrechtler in China gegeben hat, ist ein deutliches Zeichen, wie schlecht es um die Menschenrechte in China steht, erklären wir Ende April 2012. Nachdrücklich fordern wir daher ein Ende der Ausgrenzung von Menschenrechtsfragen aus den Beratungen des EU-China-Gipfels. Auch verlangen wir eine stärkere Erfolgskontrolle des Deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialogs, als dessen 10. Gesprächsrunde im Oktober in Wiesbaden tagt. Denn Dialog darf kein Selbstzweck sein, sondern sollte zu konkreten Ergebnissen führen, argumentieren wir.

Indonesien

Als Ende Mai 2012 erstmals indonesische Medien über den geplanten Verkauf von mindestens 100 gebrauchten Leopard-Kampfpanzern aus deutschen Bundeswehr-Beständen an Indonesien berichten, machen wir dies in Deutschland publik und fordern von der deutschen Bundesregierung eine Stellungnahme dazu ein. Doch sowohl Auswärtiges Amt, als auch Bundeskanzleramt und Verteidigungsministerium schweigen beharrlich zu dem umstrittenen **Rüstungsgeschäft** und wollen sich auch Journalisten gegenüber nicht äußern. Doch wir geben uns mit den halbherzigen Dementis nicht zufrieden und haken in Indonesien nach.

Denn Deutschland ist kein Neuling auf dem Rüstungsmarkt des von Bürgerkriegen und Völkermordverbrechen seit Jahrzehnten gezeichneten Landes. Unter Diktator Suharto hatte der in Deutschland ausgebildete Technologieminister Habibie systematisch die Rüstungskooperation zwischen beiden Ländern ausgebaut. Angesichts der Völkermordverbrechen in Westpapua und Osttimor warnten wir damals vor deutschen Rüstungsexporten. Doch Deutschland lieferte u.a. U-Boote, Schnellboote, Transportschiffe, Hubschrauber, Militär-Lastwagen und G3-Gewehre und wurde so mitverantwortlich für die Verbrechen. Insbesondere erinnerten wir daran, dass sich Indonesien auch nicht an völkerrechtlich verbindliche Vertragsklauseln gehalten hat, die den Einsatz von Schnellbooten und Transportschiffen aus Beständen der ehemaligen DDR-Volksmarine strikt beschränkten. Als das umstrittene Rüstungsgeschäft 1993 gegen den Widerstand der GfbV und anderer Nichtregierungsorganisationen beschlossen wurde, verpflichtete sich die Regierung in Jakarta, die Schiffe nur zur Bekämpfung von Piraten und zur Sicherung der Seewege einzusetzen. Wir konnten jedoch nachweisen, dass die Schiffe auch zum Transport von Soldaten und Rüstungsgütern nach Westpapua eingesetzt wurden. Das Fernsehmagazin „Monitor“ berichtete damals ausführlich über unsere Vorwürfe.

Die für ihre Menschenrechtsverletzungen gefürchtete indonesische Armee ist mitteilbarer als die deutsche Bundesregierung. Als ein Armee-Sprecher am 3. Juli 2012 in Jakarta das Rüstungsgeschäft offiziell bestätigt, machen wir dies in Deutschland mit Pressemitteilungen und auf unserer Homepage bekannt. An die Bundesregierung adressieren wir die nachdrückliche Forderung, nicht eine Armee hochzurüsten, der Massaker, Folter und die willkürliche Zerstörung von Dörfern der Papua-Ureinwohner vorgeworfen werden. Außerdem erinnern wir daran, dass das niederländische Parlament wegen dieser Menschenrechtsverletzungen die Lieferung ausgesonderter Leopard-Panzer abgelehnt hat. Sollten ehemalige Bundeswehr-Panzer an Indonesien geliefert werden, so wäre dies auch ein schwerer Rückschlag für die Bemühungen um eine Vereinheitlichung der europäischen Rüstungsexporte, warnen wir.

Vor dem Indonesien-Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juli 2012 machen wir das geplante Panzer-Geschäft erneut bundesweit zum Thema. Doch das Kanzleramt wiegelt ab und lässt erklären, Diskussionen über mögliche Leopard-Lieferungen stünden bei der Reise nicht auf dem Programm. Trotz des Dementis lassen wir nicht locker und konfrontieren das Kanzleramt mit der öffentlichen Ankündigung des indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, er werde natürlich mit Angela Merkel über das Panzer-Geschäft reden. Und so geschieht es auch. Der Panzer-Deal steht zum Missfallen der Bundeskanzlerin sogar im Zentrum ihres Staatsbesuches. Und ihre Glaubwürdigkeit wird weiter erschüttert, da die Zahl der zu liefernden Panzer immer weiter steigt. Schließlich kauft Indonesien 130 ausgemusterte ehemalige Bundeswehr-Panzer.

Das Rüstungsgeschäft konnten wir zwar nicht verhindern, wir forderten jedoch von den Politikern und Parteien unmissverständlich, mehr Transparenz bei Rüstungsexporten zu gewährleisten. Aufgrund unserer Proteste wurde 2012 in den Vertrag über die von der Firma Rheinmetall grundüberholten Panzer auch ausdrücklich ein Verbot aufgenommen, die Kettenfahrzeuge in Westpapua einzusetzen. Diese wichtige Information teilte uns schließlich der Vorstand des Rüstungsunternehmens Rheinmetall, den wir auf seiner Aktionärsversammlung mit den umstrittenen Rüstungsexporten konfrontierten, schließlich mit. In ihrer mündlichen Antwort auf schriftlich unterbreitete Fragen der GfbV wiesen sie auf diese Einschränkung bei dem Rüstungsexport hin.

Seit mehr als drei Jahrzehnten setzt sich die GfbV für die Menschenrechte der mehr als zwei Millionen **Papua-Ureinwohner im Westen der Insel Neuguinea** ein. Auch 2012 macht der GfbV-Asienreferent Ulrich Delius mehrfach in Presseerklärungen und Interviews auf willkürliche Verhaftungen, Folter, Landraub und auf langjährige Haftstrafen von Papua-Aktivisten aufmerksam. So berichtet er, dass 16 Menschen in Westpapua allein im Mai 2012 aufgrund politisch motivierter Gewalt sterben. Im August werden zehn Papua inhaftiert, weil sie die verbotene Papua-Flagge gehisst haben. Indonesiens Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono bitten wir in einer E-Mail- und Fax-Protestaktion, endlich ausländische Journalisten und Menschenrechtler nach Westpapua hineinzulassen und sich um einen politischen Ausgleich mit den um Selbstbestimmung ringenden Papua zu bemühen. Auch die Bundeskanzlerin bitten wir, sich bei ihrer Indonesien-Reise im Juli 2012 für eine politische Lösung des Papua-Konflikts einzusetzen. Tatsächlich kommt zum Jahresende 2012 Bewegung in die Westpapua-Politik. Denn Präsident Yudhoyono kündigt an, in Zukunft dort mehr auf Dialog als auf militärische Stärke setzen zu wollen. Wir werden aufmerksam verfolgen, ob er dieses Versprechen auch einhält.

Doch auch andere indigene Völker sind in Indonesien massivem Druck ausgesetzt. So weisen wir im Dezember 2012 mit einer Pressemitteilung darauf hin, dass während des Jahres bereits **339 Landrechtskonflikte** zwischen indigenen Völkern und Investoren registriert wurden. Vor allem der zunehmende Palmölexport und die Anlage immer neuer Ölpalm-Plantagen tragen zum Landverlust indigener Völker bei. In Briefen an die EU-Kommission und Europaparlamentarier appellieren wir daher, den Verbrauch von Palmöl in Europa stärker einzuschränken. Im Jahr 2013 ergreift Europa entsprechende Maßnahmen.

Mit großer Besorgnis verfolgen wir die **wachsende religiöse Intoleranz** in Indonesien. In Presseerklärungen und Interviews macht Ulrich Delius auf willkürliche Schließungen von christlichen Kirchen, Ahmadiyyah-Moscheen sowie auf die zunehmende Zahl von Übergriffen auf religiöse Minderheiten aufmerksam. Auch weist er darauf hin, dass mehr als 300 indigene Völker aus Indonesien die Anerkennung ihrer traditionellen Nicht-Buchreligionen fordern. Bundeskanzlerin Merkel bitten wir, sich in Indonesien für die Rechte religiöser Minderheiten einzusetzen. Sie greift den Appell auf und wirbt um religiöse Toleranz.

Papua-Neuguinea

In Papua-Neuguinea unterstützen wir den Protest indigener Fischer gegen ein erstes **Tiefseebergbauprojekt** vor der Küste. Das Vorhaben droht die Fischgründe der Urbevölkerung zu zerstören. Wir richten Appelle an die Regierung in Port Moresby und machen auf den Widerstand der melanesischen Fischer auf der Insel „New Ireland“ aufmerksam, die 24.000 Unterschriften gegen das Großprojekt sammelten. Angesichts der Proteste stoppt die Regierung Papua-Neuguineas im Dezember 2012 das umstrittene Projekt.

Malaysia

Malaysia ist neben Indonesien der bedeutendste Palmölproduzent der Welt. Für neue Plantagen werden vor allem Orang Asli-Ureinwohner von ihrem Land vertrieben. Als Malaysias Verband der Palmölproduzenten in Berlin im März 2012 um ein besseres der heftig kritisierten Branche öffentlich wirbt, machen wir mit einer Mahnwache vor dem Tagungshotel auf die Folgen des Raubbaues für die 200.000 indigenen Bewohner des Landes aufmerksam.

Philippinen

Die im Süden des Landes gelegene Insel Mindanao ist vor allem für den bewaffneten Kampf von Muslimen für mehr Rechte und Autonomie bekannt. Die Belange der indigenen Lumad werden jedoch sowohl von Christen als auch von Muslimen missachtet. Ihr Land gilt als rohstoffreich und ausländische Investoren strömen nach Mindanao, um sich Plantagen oder Bergbaukonzessionen zu sichern. In Zusammenarbeit mit Lumad-Organisationen dokumentieren wir den Widerstand der **indigenen Völker gegen den Landraub** und machen Menschenrechtsverletzungen öffentlich. In unseren schriftlichen oder mündlichen Stellungnahmen bei den Vereinten Nationen in Genf machen wir auf die zunehmende Zahl von Morden an indigenen Menschenrechtlern aufmerksam und fordern die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte auf, sich für ein Ende von Straflosigkeit und Gewalt einzusetzen. Navi Pillay handelt und fordert mehr Schutz für die Menschenrechtler. Die philippinische Regierung verspricht daraufhin, sich stärker für die Verteidiger der Rechte der indigenen Völker einzusetzen, doch vor Ort bessert sich die Lage nicht. Daraufhin wenden wir uns an diplomatische Vertretungen europäischer Staaten in Manila und bitten sie, sich ganz konkret in mehreren Fällen für eine Aufklärung von Morden an indigenen Menschenrechtlern zu engagieren. Die Botschaften greifen unseren Appell auf, so dass in einigen Fällen die Ermittlungen von den philippinischen Behörden beschleunigt werden. Doch trotz dieser Fürsprache bessert sich die Lage der Lumad nicht spürbar. Mindanao ist noch immer einer der gefährlichsten Orte für Menschenrechtler weltweit, stellen wir im Oktober 2012 fest.

Thailand

Auch im südthailändischen **Patani** hält der Bürgerkrieg zwischen muslimischen Bewegungen und der Armee weiter an. Mehrfach macht unser Asienreferent in Interviews und Presseerklärungen auf das dramatische Schicksal der Zivilbevölkerung aufmerksam. Selbst während des Fastenmonats Ramadan hört das Morden nicht auf, wie wir im August 2012 nach der Ermordung von 14 Menschen feststellen müssen. Allein zwischen Juni und August wurden mindestens 103 Menschen getötet. Mehrfach senden wir Appelle an die Europäische Union, die USA und die ASEAN-Staaten, Initiativen für eine politische Lösung dieses vergessenen Konflikts zu ergreifen.

Vietnam

Da Vietnam offizieller „strategischer Partner“ Deutschlands ist, sollte unsere Bundesregierung die Menschenrechtslage dort mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Doch ob auf Konferenzen politischer Stiftungen, beim Dialog mit Parteien, dem Auswärtigen Amt oder mit dem Bundeskanzleramt - überall stoßen wir 2012 auf Desinteresse und Tatenlosigkeit.

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler reagiert noch nicht einmal auf unseren Appell, sich bei seiner Vietnam-Reise im September für mehr Internetfreiheit und für die Freilassung von Bloggern einzusetzen. Einige der Festgenommenen hatten sich für mehr **Religionsfreiheit** eingesetzt. Nur der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung äußert sich kritisch zur Inhaftierung von Geistlichen, Bloggern und Menschenrechtlern. In zahlreichen Gesprächen mit deutschen Politikern – unter ihnen auch Außenminister Guido Westerwelle - weisen wir auf die anhaltende **Verfolgung von ethnischen Minderheiten**, wie den Montagnards, Hmong und den Khmer Krom sowie von Christen und Buddhisten hin.

Vietnam fällt auch bei den Vereinten Nationen negativ auf, weil es dort kritischen Menschenrechtlern den Mund verbieten lässt. So kritisieren wir im Juli 2012 in einer Presseerklärung, dass Vietnam beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen durchgesetzt hat, dass die Menschenrechtsorganisation „Khmers Kampuchea-Krom Federation“ keine Zulassung als Nichtregierungsorganisation in den Vereinten Nationen bekommt. Die NGO vertritt mehr als eine Million indigene Khmer im Mekong-Delta. In Eingaben bei den Vereinten Nationen und in Presseerklärungen dokumentieren wir mehrmals Menschenrechtsverletzungen an Minderheiten. Im Dezember 2012 weisen wir darauf hin, dass Vietnam mit einem neuen Dekret noch massiver die Religionsfreiheit einschränkt.

Indien

Auch 65 Jahre nach der Unabhängigkeit Indiens gilt die indigene Bevölkerung des Landes noch immer als Bürger zweiter Klasse. Die rund 95 Millionen **Adivasi** klagen über Landraub, Verarmung und die Folgen von Bergbau- und Staudammprojekten. Im Oktober fordern wir in einem E-Mail-Newsletter eine umfassende Landreform, damit die Adivasi und die Dalit nicht die Verlierer des Wirtschaftsbooms werden. Mehr als 50.000 Adivasi und Dalit, die früher auch als „Unberührbare“ bezeichnet wurden, hatten sich zuvor an einem hunderte Kilometer langen Protestmarsch in die Hauptstadt beteiligt. Mehrfach macht Ulrich Delius in Interviews auf die dramatische Lage der Ureinwohner aufmerksam und fordert in Faxen an die indische Staatsführung, die Gesetze des Landes endlich zu beachten und den Adivasi nicht länger ihre Rechte vorzuenthalten.

Außerdem setzen wir uns für die Ureinwohner auf den zu Indien gehörenden Andamanen-Inseln ein. Diese vier kleinen isoliert lebenden indigenen Völker gelten weltweit als besonders gefährdet. „Menschensafaris“ von skrupellosen Geschäftemachern, die Touristen trotz offizieller Verbote in die Nähe der Siedlungsgebiete der Ureinwohner bringen, bedrohen akut das Überleben der Jarawa, Sentinelesen, Onge und Groß-Andamaner. Wir starten eine E-Mail –Kampagne an die Regierung Indiens und fordern, diese „Safaris“ zu unterbinden und für eine konsequente Umsetzung der Schutzbestimmungen für die Ureinwohner zu sorgen.

Mehrfach machen wir auf die schwierige Lage indigener Völker im Nordosten Indiens aufmerksam. In keiner Region der Welt leben mehr indigene Völker, denen akut die Vernichtung droht. Gefährdet sind sie vor allem durch **Staudammprojekte**, die die Flutung ganzer Täler vorsehen. Aber immer wieder kommt es in Nordostindien auch zu massiven Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen. So müssen 400.000 Menschen im Juli 2012 nach schweren Spannungen zwischen Bodo und Muslimen fliehen. Wenige Tage vor Weihnachten machen wir darauf aufmerksam, wie sich christliche Organisationen erfolgreich um eine Vermittlung zwischen den verfeindeten Gruppen kümmern.

Afghanistan

Der bevorstehende Abzug der Bundeswehr und anderer westlicher Truppen wird von vielen afghanischen Menschenrechtlern mit Sorge verfolgt. Unsere Partner fürchten eine weitere Verschlechterung der Menschenrechtslage. Ethnische Gruppen wie die **Hazara** leiden schon heute massiv unter Menschenrechtsverletzungen. Im Oktober 2012 rufen wir zur Beteiligung an unserer E-mail-Kampagne auf. Darin fordern wir, dass endlich die Verantwortlichen für einen Mord an einem Hazara-Mädchen im Januar zur Rechenschaft gezogen werden.

Mehrmals wenden wir uns mit Schreiben an den Afghanistan-Koordinator der Bundesregierung, an Bundestagsabgeordnete und an das Verteidigungsministerium und fordern sie auf, sich mehr für Menschenrechte und Demokratie in Afghanistan einzusetzen. Insbesondere kritisieren wir die Kooperation der Bundeswehr mit Warlords, die mit ihrem Terror die Zivilbevölkerung rücksichtslos einschüchtern, um ihre eigene Macht zu sichern. Auch verlangen wir mehr Druck auf die Regierung Karsai, die von Kriegsfürsten getragen wird und Menschenrechte missachtet.

Pakistan

Christen und muslimischen Ahmadiyyah leiden am meisten unter der Willkür der **Blasphemie-Bestimmungen** im pakistanischen Strafgesetzbuch. Mehrfach machen wir in Presseerklärungen auf neue Unrechtsprozesse gegen Angehörige religiöser Minderheiten aufmerksam. Vergeblich fordern wir Regierungen in der Europäischen Union und in den USA auf, bei ihren zahllosen Gesprächen mit der pakistanischen Führung auf eine Abschaffung der Blasphemie-Bestimmungen zu dringen. Auch in schriftlichen Eingaben bei den Vereinten Nationen werfen wir Pakistan vor, die Religionsfreiheit zu verletzen. Mit Fax-Aktionen setzen wir uns für die Freilassung von inhaftierten Angehörigen religiöser Minderheiten ein. Zumindest im Fall der 14-jährigen Christin Rimsha Masih, die der Blasphemie beschuldigt wurde, bewirken die vielen Proteste aus dem In- und Ausland, dass das behinderte Mädchen freigelassen wird. Doch an den umstrittenen Blasphemie-Bestimmungen hält Pakistan trotz unzähliger Willkür-Urteile fest.

Burma (Myanmar)

Burma ist im Umbruch. Viele politische Reformen geben der Bevölkerung mehr Mitspracherechte. Doch während in den größeren Städten Künstler, Journalisten und Oppositionspolitiker die neu entstandenen Freiräume aktiv nutzen, ändert sich die Lage in vielen abgelegenen Minderheitenregionen nur wenig. Dort toben wie im Kachin-Gebiet im Jahr 2012 **Kämpfe zwischen Freiheitsbewegungen der Minderheiten und der regulären Armee** oder es herrscht wie bei den Karen und Shan gespannte Ruhe. Viele Regierungen und die Weltöffentlichkeit nehmen die katastrophale Lage der ethnischen Minderheiten in dem Vielvölkerstaat kaum wahr. So machen wir mit 18 Presseerklärungen, vielen Interviews, E-Mail-Protestaktionen und in Gesprächen mit Politikern auf diese Schattenseite der Demokratisierung Burmas aufmerksam. Vor allem warnen wir davor, dass die dynamische Entwicklung in den Städten die Kluft zwischen Stadtbevölkerung und abgelegenen Minderheiten-Regionen im Grenzgebiet zu den Nachbarstaaten wachsen lässt.

Als Mitglied eines Netzwerkes deutscher Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen, die zu und in Burmas Minderheiten-Regionen arbeiten, erstellen wir ein Faktenpapier mit Daten zur wirtschaftlichen, sozialen, humanitären und menschenrechtlichen Lage in den Minderheiten-Regionen. Der Vergleich wichtigster Grunddaten lenkte den Blick auf die Lage der ethnischen Minderheiten. Sie ist nochmals deutlich schlechter als die Situation der verarmten Mehrheitsbevölkerung. Das Faktenpapier erregt große Aufmerksamkeit in Ministerien und im Deutschen Bundestag. Nachdrücklich fordert die GfbV daher auch mehr deutsche Aufbauhilfe für die Minderheiten-Regionen, als Bundesentwicklungshilfeminister Dirk Niebel im Februar 2012 nach Burma reist. Auch bei Burma-Gesprächen in seinem Ministerium vertritt der GfbV-Asienreferent Ulrich Delius konsequent diese Position. Doch die Bundesregierung entscheidet sich dafür,

schwerpunktmäßig die berufliche Ausbildung von Industriearbeitern und den Aufbau funktionierender Banken zu fördern.

Als Außenminister Guido Westerwelle im April nach Burma reist, weisen wir auf die Bedeutung der ethnischen Minderheiten für Demokratie und einen langfristigen Frieden hin. Denn wir sind davon überzeugt, dass ohne einen dauerhaften Frieden in den Minderheiten-Regionen auch die Demokratisierung des so lange diktatorisch regierten Staates nicht gelingen wird. Immer wieder weisen wir auf den anhaltenden Krieg im Kachin-Staat hin, dessen friedliche Lösung in den folgenden Monaten auch vom Ausland immer nachdrücklicher gefordert wird. Erst im Jahr 2013 kommt es jedoch zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandes und zu ernsthaften Friedensverhandlungen zwischen Vertretern des Kachin-Volkes und der burmesischen Regierung. 2012 setzten wir uns mit E-Mail-Protestaktionen für den freien Zugang von humanitären Helfern zu der Not leidenden Zivilbevölkerung im Kriegsgebiet ein, der nach mehrmonatigen Protesten schließlich auch gewährt wird. In Interviews und Presseerklärungen weist Ulrich Delius darauf hin, dass vor allem in den Minderheiten-Regionen Zwangsarbeit trotz des offiziellen Verbots noch immer verbreitet ist.

Anfang Juni machen wir noch darauf aufmerksam, dass vor allem muslimische Rohingya im Rakhine Staat massiv unter Zwangsarbeit leiden, die sie für die Armee verrichten müssen. Wenige Tage später zieht die lange vergessene Region die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich, als schwere Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Rohingya und buddhistischen Rakhine ausbrechen. Statt schlichtend zwischen den Streitparteien zu intervenieren, ergreifen Burmas Sicherheitskräfte Partei für die Rakhine, versagen Rohingya den Schutz und beteiligen sich an ethnischen Säuberungen. In den folgenden Wochen informieren wir in zahlreichen Interviews, Meinungsartikeln und Hintergrundgesprächen mit Journalisten über die langjährige Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung der muslimischen Rohingya in Burma. Der Rassismus gegen diese muslimische Volksgruppe ist ein schwerer Rückschlag für die Demokratisierung Burmas, erklären wir in einer Presseerklärung am 12. Juli 2012. Tags zuvor hatte Burmas Präsident tatsächlich öffentlich erwogen, alle 800.000 Angehörigen der muslimischen Minderheit aus Burma auszuweisen.

Nach Tagen der Gewalt gegen Rohingya appellieren wir an die Organisation für Islamische Kooperation (OIC), einen Zusammenschluss von 57 muslimischen Staaten, sich für die Rechte der Minderheit aktiv einzusetzen. Im August 2012 beschließt die OIC, die schwierige Lage der Rohingya vor die UN-Vollversammlung zu bringen. Die GfbV schreibt an viele UN-Mitgliedstaaten und bittet sie, sich für Bürgerrechte und einen besseren Schutz der muslimischen Minderheit in Burma zu engagieren. Den muslimischen Staaten gelingt es, breitere Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft für mehr Rechte für Rohingya zu gewinnen. Schließlich verabschiedet die UN-Vollversammlung zwei Resolutionen, in denen Menschenrechte für die bedrängte Minderheit gefordert werden.

Auch in einem Gespräch mit dem Menschenrechtsbeauftragten der deutschen Bundesregierung, Markus Löning, erörtern wir im August 2012 die dramatische Lage der muslimischen Minderheit. Er verspricht sich bei der Regierung Myanmars dafür einzusetzen, dass der UN-Sonderbeauftragte für das Land, Tomas Quintana, ohne Einschränkungen auch Krisengebiete besuchen und sich länger in Burma aufhalten darf. Löning spricht sich für mehr Rechte und für eine offizielle Anerkennung der Rohingya als Staatsbürger Burmas aus. Dies wird bis heute von der Regierung Myanmars abgelehnt.

Trotz der Gewalt gegen die Minderheit verweigert das Nachbarland Bangladesch Rohingya-Flüchtlingen jeden Schutz. Auch im muslimischen Indonesien tut man sich schwer mit der Aufnahme von Flüchtlingen. Mehrfach appellieren wir an die Regierungen dieser beiden Staaten sowie an die anderen ASEAN-Länder, den Flüchtlingen Schutz zu gewähren und sich für eine politische Lösung der Rohingya-Frage in Burma einzusetzen. Wir warnen vor einer Flüchtlingstragödie, denn hunderte Boatpeople ertrinken bei der gefährlichen Flucht in seeuntüchtigen Booten. Auch Thailands Marine

werfen wir vor, hilfsbedürftige Rohingya-Flüchtlinge auf offenem Meer mit Nahrungsmitteln und Wasser auszusetzen, um eine Landung der Flüchtlinge in Thailand zu verhindern. Angesichts massiver Kritik aus dem Ausland ändert Thailand im Jahr 2013 seine Politik gegenüber Rohingya-Flüchtlingen und gewährt den Schutzsuchenden zunächst sechs Monate Asyl.

Kambodscha

Landkonflikte sind eines der größten Menschenrechtsprobleme in Kambodscha, unter den vor allem die indigenen Völker leiden. Unsere Koordinatorin für Kambodscha Judith Kunze stellte die dramatischen Folgen des Landraubs in einem Menschenrechtsreport der GfbV sowie in einem Artikel in der Zeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“ dar. In Gesprächen mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit machte sie immer wieder auf die besondere Bedrohung der indigenen Völker aufmerksam. Mit Briefen und Faxen unterstützte sie Protestaktionen gegen Landraub in der Provinz Ratanakiri und forderte, von indigenen Völkern angestrebte Gerichtsverfahren gegen Landraub nicht länger zu verschleppen. Nachdrücklich appellierte sie an Gabriela Knaul, die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit von Richtern und Staatsanwälten, Korruption und Straflosigkeit, die Justiz Kambodschas kritisch zu untersuchen.

Judith Kunze engagiert sich auch für die Anerkennung der in Kambodscha diskriminierten und unter Staatenlosigkeit leidenden Khmer Krom-Minderheit. In Kooperation mit dem kambodschanischen Menschenrechtsaktivisten Chanrith Ang unterstützt sie den Aufbau einer eigenständigen Menschenrechtsorganisation der bedrängten Minderheit, deren Angehörige während des Pol Pot-Regimes zwischen 1975 und 1979 gezielt verfolgt und ermordet wurden.

Indigene Völker

Freiwillig isoliert lebende Indianer in Brasilien und Peru

Die Einhaltung der Menschenrechte darf nicht davon abhängig sein, ob eine bedrohte Gruppe wenige Dutzend oder mehrere Tausend Angehörige umfasst. Daher setzen wir uns auch für die an Zahl meist kleinen indianischen Völkchen im Regenwald Amazoniens ein, die sich aufgrund schlechter Erfahrungen mit der Außenwelt seit dem Beginn des Kautschukbooms Ende des 19. Jahrhunderts in eine selbstgewählte Abgeschiedenheit zurückgezogen haben. Sie sollen vor ungewolltem Kontakt und unerwünschten Besuchern geschützt werden und selbst bestimmen können, wie sie ihr Leben gestalten wollen. In ganz Brasilien gibt es nach unterschiedlichen Schätzungen bis zu 90 dieser kleinen Völker, in Peru etwa 20.

Goldsucher, illegale Holzfäller, Drogenschmuggler und andere Glücksritter versuchen zunehmend, ohne Genehmigung der Indianerbehörden Brasiliens oder Perus in ihr Land vorzudringen. Diese Eindringlinge zerstören den Wald und vertreiben das Wild, sodass die Indianer hungern müssen. Sie schleppen Infektionskrankheiten ein, gegen die die Indianer keine Abwehrkräfte besitzen. Vor allem in Peru kommen Wegebau und Infrastruktur für Projekte zur Förderung von Erdöl und Erdgas hinzu. Goldgräberstimmung breitet sich zurzeit vor allem im Grenzgebiet zwischen Brasilien und Peru aus, wo Öl- und Gasförderung im großen Stil vorbereitet wird.

Ein grenzüberschreitendes Schutzgebiet soll den betroffenen Indianern die Möglichkeit geben, sich auf diesen Boom vorzubereiten und selbst zu entscheiden, wie sie leben wollen. Die Initiative zu diesem Projekt geht von sesshaften Indianern aus, zum Beispiel den Asháninka aus dem brasilianischen Acre, mit denen die GfbV seit langem zusammenarbeitet. José Carlos Meirelles, im Auftrag des brasilianischen Bundesstaats Acre für den Schutz der freiwillig isoliert lebenden Indianer am Rio Envira zuständig, kam auf Bitte der Asháninka im Dezember 2011 und im Mai 2012 nach Europa. Wir organisierten für ihn eine Rundreise durch Deutschland, Österreich und die Schweiz, wo er für die Schaffung des bi-nationalen Schutzgebietes warb. Die Ethnologin Dr. Eliane Fernandes Ferreira, ehrenamtliche Brasilienexpertin der GfbV aus Hamburg, kennt Meirelles durch ihre Arbeit im Bundesstaat Acre sehr gut und stellte Ende 2011 den Kontakt zwischen ihm und der GfbV her. Wir organisierten mehrere Vorträge und begleiteten ihn auch zu Lobbygesprächen in Berlin u.a. bei Thilo Hoppe (B90/Die Grünen) und Sascha Raabe (SPD), beide vom Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, sowie der Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ Gudrun Kopp (FDP), die großes Interesse an dem Projekt zeigte. In der Folge intervenierte sie mehrfach schriftlich für die Menschenrechte der indianischen Völker bei Dilma Rousseff, der Präsidentin Brasiliens, das das wichtigste Partnerland Deutschlands in Lateinamerika ist. Bei ihrer Versammlung im Februar 2012 hatte die GfbV-International das Projekt des binationalen Schutzgebietes zum gemeinsamen Anliegen aller unserer Sektionen erklärt.

Am UN-Klimagipfel in Rio de Janeiro war die GfbV mit einem so genannten side event beteiligt. Bei dieser Informationsveranstaltung diskutierten im Vorprogramm des Gipfels am 18. Juni **Alberto Pizango**, Präsident des Dachverbandes der indianischen Völker des Tieflands von Peru AIDSESP (Asociación Interétnica de Desarrolla de la Selva Peruana) - **Marcos Apurina**, Präsident des Dachverbandes der indianischen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebietes COIAB (Coordenação das Organizações Indígenas da Amazônia Brasileira) - **Edwin Vásquez**, Präsident des grenzübergreifenden Dachverbandes der indianischen Organisationen des Amazonasgebietes COICA (Coordinadora de las Organizaciones Indigenas de la Cuenca amazonica) über das Projekt des bi-nationalen Schutzgebietes. Eingeladen hatte die GfbV-International. Dr. Eliane Fernandes Ferreira vertrat dabei die deutsche Sektion.

Weitere Mahnwachen und Kampagnen für die Indianer in Brasilien

Im November 2012 organisierten wir für **Manoel Uilton dos Santos vom Volk der Tuxá**, Mitglied der Leitung des Dachverbandes der Indigenen Völker Brasiliens – APIB, **Lobbygespräche** bei Politikern in Berlin. Er war Gast mehrerer zu den Menschenrechten in Brasilien tätiger NGOs und suchte Unterstützung gegen ein Gesetzespaket, mit dem u.a. die früher verbotene Rohstoffförderung in Reservaten legalisiert werden soll. Das Entscheidungsverfahren für die Gründung neuer Reservate soll an die Exekutive übertragen werden, in der Landbesitzer und Gegner indianischer Landrechte großen Einfluss haben. Gemeinsam nahmen wir an einer Mahnwache am Brandenburger Tor für die verfolgten Guarani-Kiowa im Bundesstaat Mato Grosso do Sul und am nachfolgenden Treffen des Brasilien-Netzwerks teil. Die GfbV-Referentin für indigene Völker, Yvonne Bangert, vertritt die GfbV in diesem Bündnis. Die Guarani-Kaiowa wurden von ihrem Land fast vollständig vertrieben und werden häufig mit Waffengewalt konfrontiert, wenn sie versuchen, Teile ihres angestammten Landes zurück zu besetzen.

Vor der Botschaft Brasiliens gaben wir am 20. Juni in strömendem Regen gemeinsam mit anderen Menschenrechts- und Umweltorganisationen den indianischen Anrainern des Xingu-Flusses im Bundesstaat Para eine Stimme, deren Lebensgrundlage im **Belo-Monte-Stausee**, dem nach Fertigstellung drittgrößten Stausee der Welt, zu versinken droht. Anlass war der Beginn des Klimagipfels in Rio.

Als Brasiliens Präsidentin **Dilma Rousseff** am 5. März in Hannover zusammen mit **Kanzlerin Merkel** die **CeBit** eröffnete, protestierten wir gemeinsam mit unserer Partnerorganisation **Rettet den Regenwald** mit einer phantasievollen Menschenrechtsaktion gegen eine geplante **Novelle des Waldgesetzes**. Die **Novelle sollte** u.a. illegalen Holzeinschlag amnestieren und die Gebiete im Regenwald, in denen Holzeinschlag verboten bleiben soll, deutlich verkleinern. Entlang von Flussläufen, wo sich oft indianische Dörfer befinden, ist derzeit ein breiter Waldstreifen vor Abholzung geschützt (d.h. auch Gewässerschutz, Erosionsschutz). Die Präsidentin legte - auch aufgrund unserer Proteste - gegen Teile der Gesetzesnovelle ihr Veto ein.

Im **Victor-Gollancz-Haus** berichteten im Mai der ehemalige FUNAI-Mitarbeiter Meirelles und im September die beiden **Ashaninka-Jugendlichen** Chico und Leo über ihre Arbeit in ihren Projekten. Chico und Leo sind Mitarbeiter im Bildungsprojekt Yoreka Atame von Benki Piyäko, der indianischen und nichtindianischen Jugendlichen nachhaltiges, naturnahes Leben mit und im Wald beibringt.

Einsatz für bedrohte indianische Völker im Tiefland von Peru

Edwin Chota aus der Asháninka-Gemeinschaft **Saweto** kämpft um einen Landtitel für seine Gemeinschaft im **peruanischen Grenzstaat zu Brasilien Ucayali** und wird deshalb von Holzfällern und Drogenschmugglern an Leib und Leben bedroht. Er musste sich 2012 durch Flucht zu den Asháninka im Nachbarstaat Acre in Brasilien in Sicherheit bringen. Wir machten seinen Fall zu einem Thema in unserem Mailing für bedrohte Menschenrechtsverteidiger und appellierten an die Ombudsfrau für die Rechte der Indianer in Peru Alicia Abanto, ihm und seiner Gemeinschaft den Rücken zu stärken. Seitdem unterstützen wir Edwin Chota in Zusammenarbeit mit Chris Fagan von der US-amerikanischen NGO „Upper Amazon Conservancy“ und David Salisbury von der Univ. Richmond/Virginia (USA).

Über weite Teile des peruanischen Tieflandes (Amazonasgebiet) sind mittlerweile Lizenzen an Unternehmen für Erdöl- und Erdgasexploration vergeben, auch innerhalb von anerkannten indianischen Schutzgebieten und von Naturschutzgebieten. Indianische Organisationen aus Peru, die im Dachverband AIDESEP zusammengeschlossen sind, baten um Hilfe gegen eine geplante Straße von Inapari nach Purus, die die Region noch leichter zugänglich machen würde und unmittelbar an einem Gebiet vorbeiführen soll, in dem Indianer in freiwilliger Isolation leben. Die GfbV-Indigenenreferentin Yvonne Bangert übergab im Mai in der Botschaft Perus in Berlin einen **Appellbrief der GfbV-**

International an Perus Präsidenten Humala. Der Botschafter sicherte zu, das Schreiben dem Präsidenten bei dessen unmittelbar bevorstehenden Staatsbesuch persönlich zu übergeben.

Zusammenarbeit mit Mapuche aus Chile verstärkt

2012 haben wir unsere gute Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der Exil-Mapuche, die in der Stiftung FOLIL in den Niederlanden organisiert sind, und deren Sprecher Rafael Railaf weiter verstärkt. Rafael war unser Ehrengast bei der Eröffnung der **Mapuche-Fotoausstellung** „Menschen der Erde“ in der Universitätsbibliothek in Göttingen und hielt den Eröffnungsvortrag. Die Ausstellung, die von der GfbV-Südtirol erstellt wurde, wurde in Göttingen in Zusammenarbeit der Regionalgruppe, des Referates indigene Völker und des Aktionsreferates der GfbV sowie der Universitätsbibliothek und des Instituts für Romanistik der Hochschule organisiert und betreut. Durch ihre **ehrenamtliche Koordinatorin Alina Rodenkirchen** war die GfbV im Februar beim europäischen Koordinierungstreffen der Exilorganisationen der Mapuche vertreten. Unsere Mitarbeiterin **Iris Castro**, die sich ebenfalls ehrenamtlich für die Mapuche einsetzt, wurde als Repräsentantin der GfbV zum Neujahrfest (22.-24. 6.) der Mapucheorganisationen in die Niederlande eingeladen.

USA: Unterstützung für den indianischen Bürgerrechtler und politischen Gefangenen Leonard Peltier wird fortgesetzt

Vom 18. Dezember 2011 bis zum 18. Mai 2012 marschierten indianische Aktivisten beim *Leonard Peltier Walk for Human Rights* von San Francisco nach Washington DC. Aus diesem Anlass starteten wir eine neue Unterschriftenkampagne für die Begnadigung Peltiers durch Präsident Obama in Facebook, dem GfbV-Blog, der Homepage und dem E-Mail-gestützten Peltier-Aktionsverteiler. Zum Abschluss des Walks organisierten wir Infostände in Berlin (12. Mai) und Göttingen (18. Mai). Das Leonard Peltier Defense Offense Committee hat uns in einem sehr netten Brief bestätigt, wie wichtig unser Einsatz für ihre Arbeit ist.

Zu Peltiers 68. Geburtstag am 12. September baten wir an einem bunten und fantasievollen Stand in Sichtweite der US-Botschaft vor dem Brandenburger Tor die Passanten um selbst gemalte Glückwunschkarten für den Bürgerrechtler. Mehr als 200 teils sehr originelle Grüße konnten wir dem politischen Gefangenen anschließend über seinen Anwalt Michael Kuzma zukommen lassen.

Und sonst:

Nach wie vor unterstützen wir mit Appellen und unser Förderverein für bedrohte Völker mit Spenden die **Kichwa-Indianer in Ecuador**, die ihr Land in Sarayacu bislang erfolgreich vor dem Zugriff durch Ölkonzerne bewahren konnten. Das Baumgrenze-Projekt, bei dem man gegen Spende eine Patenschaft für Setzlinge für eine lebende Grenze des Territoriums aus Büschen und Bäumen übernehmen kann, ist sehr erfolgreich. Die GfbV-Referentin Yvonne Bangert hat im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit 2012 auch Informationsveranstaltungen durchgeführt. So hat sie ein Seminar über die Arbeit der GfbV zu **Indigenen in Südamerika** für Ethnologie-Studenten der Universität Göttingen gestaltet, einen Vortrag für Schüler der Abschlussklasse des Abendgymnasiums Göttingen zum gleichen Thema gehalten, einen Workshop zu den Folgen des **Belo-Monte-Staudammprojekts** in Brasilien für die indianischen Flussanrainer bei der Sommerakademie von Attac in Mainz durchgeführt sowie mit einem Vortrag über die **Situation der Lakota in dem US-Reservat Pine Ridge** und den von der GfbV bzw. unserem Förderverein unterstützten Lakota-Projekten anlässlich der Amerikawochen der Gemeinde Walldorf bei Frankfurt informiert.

Vereinte Nationen

Einsatz für Minderheiten- und Menschenrechte bei den Vereinten Nationen

Der Tibeter Rinchen Sangpo berichtet Unerhörtes, als er bei einer Veranstaltung der Gesellschaft für bedrohte Völker in Genf von der Folter und den Misshandlungen erzählt, die er bei Verhören durch chinesische Polizisten erdulden musste. Zahlreiche Diplomaten sind in Genf in einen Saal des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen im März 2012 gekommen, um dem ehemaligen buddhistischen Mönch zuzuhören. Denn Tibet brennt, fast jede Woche übergießen sich dort Menschen mit Benzin und zünden sich an, um gegen Chinas Tibet-Politik zu protestieren. Die Diplomaten wollen wissen, was die Tibeter so hoffnungslos macht und in den Freitod treibt. Rinchen Sangpo kann viele Antworten auf diese Fragen geben, denn er hat staatliche Willkür und Gewalt am eigenen Leib erfahren. Der ehemalige Mönch studierte zuletzt buddhistische Philosophie und schrieb Aufsätze und ein Tagebuch über das Leben im von China besetzten Tibet. Als ihm Ärzte 2006 empfehlen, sich in einer anderen Stadt behandeln zu lassen, wird er auf der Fahrt dorthin von Sicherheitsbeamten festgenommen und in einen unterirdischen Kerker verschleppt. Dort wird er zwei Monate lang verhört und immer wieder misshandelt. Dabei ist Folter offiziell in China verboten und die Volksrepublik hat auch die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen ratifiziert.

Es sind solche Begegnungen mit Opfern staatlicher Willkür, die für Diplomaten oft ganz neue und wichtige Erfahrungen sind. Statt über Resolutionstexte zu streiten, erfahren sie, wie Angehörige ethnischer Minderheiten systematisch verfolgt werden. Die GfbV hatte zu der Informationsveranstaltung mit Rinchen Sangpo eingeladen. Neben solchen Veranstaltungen bringen wir uns natürlich auch mit vielen schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen in die Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen ein. Im Jahr 2012 waren es wieder 28 schriftliche und vier mündliche Stellungnahmen, mit denen wir auf vergessene Konflikte und das Schicksal von ethnischen und religiösen Minderheiten aufmerksam machen. Das Themen-Spektrum ist enorm, die GfbV legte kritische Stellungnahmen über die Lage von Minderheiten in Ländern von **Argentinien bis Vietnam, von Gabun bis Tschechien (Guatemala, Botswana, Rumänien, Serbien, Kolumbien, Russland, Frankreich, Israel, Mali, Kongo, Montenegro, Pakistan, Myanmar, China, Mauretanien, Äthiopien, Philippinen)** ein.

Doch wir bringen nicht nur Texte ein, sondern leisten auch viel Lobby-Arbeit bei den Mitgliedstaaten und bei Sonderberichterstatern des Menschenrechtsrates, um den Text geplanter Resolutionen oder öffentlicher Erklärungen der Mitgliedstaaten des Rates zu beeinflussen. So trafen unsere Mitarbeiter mehr als 30 offizielle Delegationen von Staaten und führten viele Gespräche mit UN-Menschenrechtsexperten. Dies trug auch mit dazu bei, dass zum Beispiel viele europäische Staaten sich im Rat kritisch zur Lage in China oder Russland äußerten. Dies hatte aber auch zur Folge, dass die am meisten kritisierten Staaten besonders unsere Menschenrechtsarbeit in den Vereinten Nationen hinterfragten. So wollte kürzlich China im UN-Komitee zur Überprüfung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen nochmals wissen, wer denn vor elf Jahren an einer Veranstaltung der GfbV in Genf zum Menschenrechtsdialog mit China teilgenommen habe. Wir gaben ihnen gern Auskunft und berichteten, dass neben einem Dutzend europäischer Staaten auch die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright an dem „Runden Tisch“ zum Meinungsaustausch über den Stand des Menschenrechtsdialogs mit China mitgewirkt hatte. Dies zeigt, dass unsere Kritik von Verfolgerstaaten durchaus wahrgenommen wird und somit sehr wirksam ist.

Auch an den Weltsicherheitsrat oder an die Vollversammlung der Vereinten Nationen wenden wir uns oft mit Bitten um Sondersitzungen zu Krisenregionen oder mit ganz konkreten Anliegen hinsichtlich des Einsatzes von UN-Friedenstruppen oder der Einschaltung des Internationalen Strafgerichtshofes. So bitten wir zum Beispiel seit Jahren alle Mitgliedstaaten des Weltsicherheitsrates vor der erneuten Verlängerung des Mandats für die UN-Friedenstruppen in der von Marokko besetzten Westsahara um eine Erweiterung des Mandats für den Schutz der

Menschenrechte. Inzwischen wird diese Position auch von vielen Staaten unterstützt. Auch erreichen wir im Jahr 2012, dass sich die UN-Vollversammlung in zwei Resolutionen für den Schutz der verfolgten Rohingya in Burma (Myanmar) einsetzt.

Aktionen

Auf die Straße für die Menschenrechte!

Im Jahr 2012 organisierte unser Aktionsreferent Daniel Matt wieder zahlreiche Mahnwachen, Demonstrationen, Info-Stände, Messeauftritte und Vorträge. Hier seien einige Höhepunkte kurz angesprochen. Die ganze Fülle unserer Initiativen hier aufzulisten, würde den Rahmen sprengen. Zudem sind in den Berichten über unsere Menschenrechtsarbeit in den jeweiligen Regionen oft auch Veranstaltungen erwähnt.

Gerade in den Wintermonaten waren unsere Aktivisten hart im Nehmen. Auch widrige Wetterverhältnisse hinderten sie nicht daran, im Freien schwere Menschenrechtsverletzungen an Angehörigen von Minderheiten anzuprangern. So machten wir im Januar bei der **Eröffnung des China-Kulturjahres in Berlin**, bei minus 15 Grad und starkem Wind, auf inhaftierte und verschwundene Künstler in der Volksrepublik aufmerksam.

Im März schützten uns zum Glück die Messehallen **der Leipziger Buchmesse** vor Temperaturen um den Gefrierpunkt. Auch hier griffen wir das Thema verfolgter Schriftsteller in China wieder auf und installierten eine Gefängniszelle, samt Insassen, in unserem Messestand.

Ebenfalls im März war Brasilien Partnerland der **Computermesse Cebit** in Hannover. Dort forderten wir die angereiste brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff lautstark auf, nicht zuzulassen, dass der Schutz des Regenwaldes in ihrem Land gelockert wird.

Als sich kurze Zeit später der chinesische Ministerpräsident kurzfristig zur Eröffnung der **Hannover-Messe** ankündigte, boten wir ihm zusammen mit hier lebenden Tibetern und Uiguren die Stirn.

Im April holten wir mit großem Erfolg eine beeindruckende **Fotoausstellung über die Mapuche** nach Göttingen, die unsere Sektion in Südtirol erarbeitet hat. Sechs Wochen lang hatten Interessierte Zeit, sich in der Göttinger Universität ein Bild von Lebenssituation und Problemen der südamerikanischen Volksgruppe zu machen.

Im Mai besuchte uns José Carlos Mereilles für einen **Vortrag** in Göttingen. Er lieferte vor vollem Saal in unserem Victor-Gollancz-Haus einen eindrucksvollen Bericht über seine Arbeit für den Schutz von den in freiwilliger Abgeschiedenheit lebenden Völkern Brasiliens.

Im Juni protestierten wir vor einer **deutsch-äthiopischen Wirtschaftskonferenz** in Köln gegen drohenden Landraub. Um auf die Verramschung von Land und die damit zusammenhängende Vertreibung der Ureinwohner aufmerksam zu machen, verteilten wir Kuchenstücke mit kleinen Eurofähnchen an die Teilnehmer der Konferenz.

Im selben Monat demonstrierten wir mit einer bunten Aktivisten-Gruppe vor der brasilianischen Botschaft gegen das Belo-Monte Staudammprojekt. Als Bauarbeiter und Bäume verkleidet boten wir dabei Passanten eine **Straßentheater**-Aufführung.

Im Juli organisierten wir zusammen mit der bosnischen Diaspora eine bewegende Mahnwache anlässlich des **Jahrestages des Massakers von Srebrenica**. In der Neuen Wache in Berlin legten wir gemeinsam mit Angehörigen der bosnischen Gemeinschaft in Berlin einen Kranz und 100 weiße Rosen zum Gedenken an die Opfer nieder, um der 8.372 Ermordeten zu gedenken.

Im September positionierten wir uns am **Geburtstag des inhaftierten indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier** vor der US-Botschaft in Berlin. An unserem Stand baten wir darum, Peltier Geburtstagsgrüße zu schreiben oder zu malen, die wir ihm im Anschluss gesammelt schickten.

Ebenfalls im September informierten wir mit einem Stand bei der **Bremer Afrikamesse** viele interessierte Besucher über das Sklaverei-Problem in Mauretanien. Außerdem luden wir zwei Ashaninka-Indianer aus Brasilien nach Göttingen ein, damit sie über ihre Projekte berichten konnten.

Zu unserer **Jahreshauptversammlung** im November holten wir den Cap-Anamur-Gründer Rupert Neudeck für einen Vortrag nach Göttingen, der uns und viele interessierte Göttinger dazu anspornte, unseren Einsatz für Menschen- und Minderheitenrechte mit allem Enthusiasmus fortzusetzen.

Der Dezember stand für uns unter dem Motto „Für Religionsfreiheit. Weltweit.“ Im Rahmen unserer **bundesweiten Weihnachtsaktion**, warben Ehrenamtliche in zahlreichen Städten für religiöse Toleranz und Dialog zwischen den Glaubensgemeinschaften.

Regionalgruppen

Ehrenamtliches Engagement in den Regionen

Unsere **15 Regionalgruppen** trugen mit Radiobeiträgen, Infoständen, Unterschriftenaktionen, Tagungen, Mahnwachen, Theateraufführungen, Konzerten oder Auftritten bei Messen und Filmabenden erheblich zur Öffentlichkeitsarbeit der GfbV bei. In vielen Städten konnte das Bundesbüro bei Aktionen auf ihre Unterstützung bauen. Die Schwerpunkte unserer Ehrenamtlichen sind breit gefächert, wie die folgenden Aktivitäten einiger RG beispielhaft zeigen:

Im März konnte die **RG München** zu ihrer Podiumsdiskussion „Erdgas und Erdöl – Segen oder Fluch für die Indigenen Völker Sibiriens?“ zahlreiche interessierte Besucher begrüßen.

Im Mai 2012 fand in Berlin-Kreuzberg erneut der Karneval der Kulturen statt. Dort informierte die **RG Berlin** an ihren Stand über die dramatische Lage des in den USA inhaftierten indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier.

Besonders erfreulich war, dass wir 2012 den Kreis unserer RG erweitern konnten. Unser engagiertes Mitglied Sara Auth gründete im Oktober eine Gruppe in **Fulda**.

Im November schloss sich die **RG Hamburg** mit Amnesty International und Oxfam zusammen, um den Film „Lord of War“ im Hamburger Metropolis Kino zu zeigen. Der Streifen thematisiert die Geschäfte internationaler Waffenhändler. Im Anschluss gab es eine spannende Diskussion zum Thema Rüstungsexporte.

Die **RG Karlsruhe** erinnerte am 9. November 2012 mit einer Gedenkveranstaltung im Tollhaus in Karlsruhe an die 64 Jahre zurück liegende Reichskristallnacht.

Bei der Weihnachtsaktion „Für Religionsfreiheit. Weltweit.“ der GfbV beteiligten sich mit großem Engagement die **RG Düsseldorf, Fulda, Karlsruhe, Münster, Nürnberg und Göttingen**.

Die **RG Münster** widmete sich einer Vielfalt von Themen. Politische Lobbyarbeit oder die Information und Aufklärung zu menschenrechtspolitischen Themen – mehr als 20 Veranstaltungen wurden von der RG durchgeführt.

Vielleicht möchten Sie auch in ihrer Region aktiv werden? Unter www.gfbv.de finden Sie eine Liste unserer 15 bestehenden Regionalgruppen. Wir freuen uns auch immer über engagierte Menschen, die eine Regionalgruppe in ihrer Stadt gründen möchten. Die Arbeitsschwerpunkte einer Gruppe können sehr unterschiedlich sein und umfassen neben oben genannten Aktivitäten auch Lobbyarbeit und Recherchearbeit zu bedrohten Minderheiten. Sehr gern steht Ihnen Daniel Matt aus unserem Aktionsreferat mit Rat und Tat zur Seite. Sie erreichen ihn unter Tel. 0551/4990617 oder senden Sie eine E-Mail an d.matt@gfbv.de.

Homepage und Neue Medien

Als Alltagsphänomen, das einen festen Platz im Leben vieler Menschen hat, stellt das Internet für die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen zugleich Herausforderung und Chance dar. Die Neuen Medien ermöglichen einem breiter gestreuten Publikum Zugang zur Menschenrechtsarbeit, laden zum Dialog und zu Interaktivität ein und unterstützen unsere "Offline"-Arbeit. Mit den Mitteln der Online-Kommunikation erschließen sich so immer wieder neue Wege.

Über die Webseite www.gfbv.de und den **Facebook**-Auftritt ist die Gesellschaft für bedrohte Völker auch 2012 weiterhin in einen Dialog mit Mitgliedern, Förderern, ehemaligen Praktikanten und vielen anderen Interessierten getreten. Durch die Verknüpfung verschiedener Dienste (**Webseite, Blog, Facebook, Youtube, Soundcloud, Newsletter**) konnten wir eine breite Zielgruppe erreichen. Die GfbV nutzt die zahlreichen Möglichkeiten der digitalen Welt für politische Partizipation und Intervention, Bereitstellung, Weitergabe und Archivierung von Informationen für Privatpersonen und Presse, Selbstdarstellung, Meinungsaustausch und Vernetzung sowie das Erzählen von Geschichte und Geschichten wie die der inhaftierten kurdischen Politikerin und Menschenrechtlerin Leyla Zana.

Das Interesse an Hintergrundartikeln über ethnische und religiöse Minderheiten ist groß: Die meistgelesenen Texte auf unserer **Webseite** informieren über die Inuit oder die indigene Bevölkerung Brasiliens. Im Fokus standen 2012 zudem die Rohingya in Burma. Mit einem unserer E-Mail-Appelle baten wir Frau Navi Pillay, die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, sich für die Rechte dieser muslimischen Minderheit stark zu machen.

Beinahe täglich hat unsere Mitarbeiterin im Pressereferat, Juliane Luttmann, eine neue Pressemitteilung auf unsere Startseite gesetzt. In Artikeln auf unserem Blog haben wir das aktuelle Geschehen kommentiert, auf weltweite Menschenrechtsverletzungen aufmerksam gemacht und über die Situation von Minderheiten informiert. Kurz vor den Parlamentswahlen in Russland begingen wir den Jahreswechsel so mit einem Nordkaukasus-Tagebuch, mit dem wir die Gesichter des russischen Protests vorstellten und die Chronologie der Gewalt nachzeichneten.

Durch den Webauftritt hat die GfbV zudem die Möglichkeit, Menschen dazu zu bewegen, auf unterschiedliche Arten aktiv zu werden und sich sowohl für Minderheiten und Menschenrechte zu engagieren als auch an der Arbeit unserer Organisation teilzuhaben: 2012 konnten Besucher unserer Webseite erstmals unsere Memoranden und Menschenrechtsreporte direkt online durchblättern – oder wie gehabt als pdf-Dokumente herunterladen bzw. im Online-Shop bestellen. Auch beliebt war die Fotostrecke zu unserem Bildkalender „Lebenszeichen 2013“.

2012 haben wir verstärkt auf das Format des **Newsletters** gesetzt. In acht Ausgaben haben wir unsere mehr als 9.000 Abonnenten nicht nur auf die aktuelle Menschenrechtsarbeit der GfbV aufmerksam gemacht, sondern mit jeweils drei bis vier Appellen auch zur Partizipation in Form von E-Mail-Protesten aufrufen. Mit einer Kampagne machten wir uns gemeinsam mit ihnen für verfolgte Menschenrechtler stark. 1.390 Besuche hat unser E-Mail-Protest für Edwin Chota erzielt, 604 Menschen haben sich mit ihrer Unterschrift für den verfolgten Asháninka-Führer eingesetzt.

Mit einem mehrsprachigen Weihnachtsgruß unserer Mitarbeiter und Praktikanten haben wir das Jahr 2012 schließlich auf Facebook ausklingen lassen – um unsere Aktivitäten in den sozialen Medien 2013 weiter auszubauen.

Presse

Insgesamt 210 Pressemitteilungen, Einladungen zu Menschenrechtsaktionen und Pressekonferenzen sowie Hinweise auf Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen hat unsere Pressereferentin Inse Geismar im Jahr 2012 an die politischen Redaktionen der Tages-, Wochen- und Sonntagszeitungen, des öffentlichen, privaten und Bürgerrundfunks, an Fernsehredaktionen und – ganz wichtig – an die Nachrichtenagenturen versandt. Viele unserer Mitteilungen schickten wir per Fax und E-Mail nicht nur bundesweit und die politischen Redaktionen in Berlin aus, sondern adressierten sie auch an thematisch spezialisierte Verteiler. So sind beispielsweise Meldungen über die Verletzung der Glaubensfreiheit oder die Verfolgung von religiösen Minderheiten besonders für kirchliche Medien interessant, während schonungsloser Ressourcenabbau und die damit einhergehende Umweltzerstörung sowie Vertreibung von Ureinwohnergemeinschaften eher von umweltpolitisch ausgerichteten Blättern aufgegriffen werden.

Einbezogen wurden selbstverständlich auch die meist in Berlin ansässigen Journalisten der ausländischen Presse sowie die deutschen Korrespondenten in dem Staat, in dem wir auf Menschenrechtsverletzungen an Minderheiten oder indigenen Völkern hinweisen.

Gepflegt und kontinuierlich ausgebaut wurden neben unserem bundesweiten und unseren Fachverteilern auch unsere Listen mit den Redaktionen regionaler Medien. Denn wenn wir zum Beispiel Kritik an Landespolitikern üben oder in einer Stadt eine besondere Veranstaltung ankündigen, informieren wir die Redaktionen und Korrespondenten in dem jeweiligen Bundesland bzw. der betreffenden Stadt und Gemeinde.

Alle unsere überregional bedeutenden Pressemitteilungen wurden ins Englische übersetzt, auf unserer englischsprachigen Internetseite veröffentlicht und an Journalisten versandt.

Anlass für Pressemitteilungen boten uns tagesaktuelle Entwicklungen in den jeweiligen Krisenregionen, die unsere Referenten zeitnah wahrnehmen und bekannt machen wollen, genauso wie zum Beispiel internationale Gedenktage oder Staatsbesuche. So appellierten wir an die deutschen Gastgeber, bei ihren Gesprächen mit den Vertretern ausländischer Regierungen auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation von Minderheiten zu dringen oder sich für die Freilassung politischer Gefangener einzusetzen. Mit begleitenden Aktionen oder Mahnwachen – etwa vor dem Brandenburger Tor -, zu denen wir die Journalisten einluden, machten wir dabei nicht selten auf Missstände aufmerksam und informierten über Unterdrückung oder blutige Verfolgung. Reisten deutsche Politiker - manchmal auch begleitet von Wirtschaftsdelegationen - selbst in fremde Länder, appellierten wir an sie, sich vor Ort für diskriminierte und drangsalierte Gruppen einzusetzen und so deutlich zu signalisieren, dass Menschenrechtsverletzungen nicht unter den Teppich gekehrt werden können.

Als besondere Aufgabe haben wir es auch 2012 angesehen, über „vergessene Konflikte“ zu berichten. Auch wenn die Medien auf solche Nischenthemen nicht immer unmittelbar reagierten, können wir doch kaum eine Pressemitteilung verzeichnen, die spätestens nach ihrer Veröffentlichung auf unserer Homepage nicht doch zu Nachfragen, Bitten um Interviews oder langfristiger Berichterstattung führte. Oft stießen Journalisten bei ihrer Recherche auf uns im Internet, ließen sich von unseren Referenten beraten oder suchten Kontakt zu Betroffenen, den wir selbstverständlich auch gern vermitteln.

Wir überprüfen systematisch, welches Echo unsere Presseaussendungen, Veranstaltungen und Aktionen in den Medien erfahren. Ein Ausschnittsdienst sichtet für uns regelmäßig die bundesweit und regional erscheinenden, zum großen Teil sehr auflagenstarken Tages- und Wochenzeitungen sowie politischen Zeitschriften und schickt unserer Mitarbeiterin Iris Castro einmal wöchentlich die

Artikel zu, in denen die GfbV genannt wird. Diese Artikel füllen 2012 insgesamt 15 dicke Aktenordner. Besonders wenn Nachrichtenagenturen wie die Deutsche Presse-Agentur dpa oder der Evangelische Pressedienst epd unsere Presseverlautbarungen aufgreifen, finden Beiträge eine große Verbreitung und werden manchmal sogar bundesweit in jeder Tageszeitung abgedruckt. Die Online-Medien beobachten wir selbst. Außerdem erfassen wir alle Interviews, die unsere Referentinnen und Referenten geben. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht einer von ihnen in einem Rundfunksender zu Wort kommt oder von einer Zeitung um einen Kommentar gebeten wird. Mehrfach wurden wir auch von Korrespondenten aus dem Ausland um kritische Einschätzung der Lage vor Ort gebeten. Öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender, aber auch nichtkommerzielle Bürgerradios, der deutsch-, englisch-, französisch-, arabisch- oder russischsprachige Dienst der Deutschen Welle oder Sender im Ausland wie Voice of America oder BBC ließen die GfbV zu Wort kommen. So konnten wir bedrohten und verfolgten ethnischen und religiösen Minderheiten eine Stimme geben.

Auch im Fernsehen war die GfbV nicht nur „in Aktion“ zu sehen, sondern auch im Expertengespräch. So schickte der NDR im Juli ein Fernseheteam nach Göttingen, um den GfbV-Nahostreferenten zu den beunruhigenden Entwicklungen in seinem Heimatland Syrien zu interviewen. Das Team begleitete Kamal Sido auch in privatem Rahmen mehrere Stunden und fing die bedrückte Stimmung in seiner Familie, aber auch Skype-Telefonate mit seinen Angehörigen und Freunden im Kriegsgebiet ein. Mitte September veröffentlichten wir am Vortag zum EU-China-Gipfel in Brüssel eine Presseerklärung. Tags darauf kündigte sich spontan an ZDF-Team an und befragte den GfbV-Asien-Referenten Ulrich Delius. Das Interview war u.a. in der kritischen Berichterstattung des zdf-heute Journals zu sehen.

Auf unserer Homepage veröffentlichen wir Monat für Monat einen Pressespiegel. Hier können wir nur die Namen der Zeitungen auflisten, in denen auf unsere Menschenrechtsorganisation im vergangenen Jahr Bezug genommen wurde. Vielleicht ist auch Ihre Tageszeitung dabei!

MEDIENECHO

20 Minuten online
 Aachener Nachrichten
 Aachener Zeitung
 Aalener Nachrichten
 aargauerzeitung.ch
 abendblatt.de
 Acher- und Bühler Bote
 Achimer Kreisblatt
 AFP
 africa-live.de
 Afrika Travel
 Ahlener Tageblatt
 Ahlener Zeitung
 Aichacher Nachrichten
 Aichacher Zeitung
 aktuell.evangelisch.de
 Alb Bote
 Alfelder Zeitung
 Aller-Zeitung
 Aller-Zeitung Gifhorn
 Allgäuer Anzeigebblatt
 Allgäuer Zeitung
 Allgäuer Zeitung Kempten
 Allgemeine Laber-Zeitung
 Allgemeine Zeitung
 Allgemeine Zeitung der
 Lüneburger Heide
 Allgemeine Zeitung für Coesfeld

Allgemeine Zeitung Mainz
 Allgemeine Zeitung Rhein Main
 Presse
 Allgemeiner Anzeiger
 Alsfelder Allgemeine
 Altenaer Kreisblatt
 Altländer Tageblatt
 Altmark Zeitung Salzwedeler
 Nachrichten
 Altmühl-Bote
 Altmühl-Botem Bote für
 Nürnberg-Land
 Alt-Neuöttinger Anzeiger
 Amberger Zeitung
 Ammerländer Nachrichten
 Antenne Unna
 Anzeiger für Burgdorf & Uetze
 Anzeiger für Harlingerland
 Anzeiger für Lehrte und Sehnde
 arcor.de
 ARTE/Straßburg
 Asphalt
 assauer Neue Presse
 Augsburg(er) Land
 augsburg2day.de
 Augsburger Allgemeine
 B. Z.
 Backnanger Kreiszeitung
 Bad Lauterberger Zeitung
 Bad Oeynhausener Kurier
 Bad Sachsaer Nachrichten

Bad Vilbeler Neue Presse
 Badezeitung
 Badische Neueste Nachrichten
 Badische Zeitung
 Badisches Tagblatt
 Barmstedter Zeitung
 Basler Zeitung
 Bayerische Rundschau
 Bayerischer Rundfunk 2
 Bayernkurier
 Bayerwald Echo
 Bayerwald-Bote
 Bayrischer Rundfunk
 BBC Radio Four
 bb-live.de
 bbv-net.de
 Beckumer Zeitung
 Beobachter
 Beobachter Seesen
 Bergische Landeszeitung
 Bergische Morgenpost
 Bergischer Volksbote
 Bergsträßer Anzeiger
 Berliner Morgenpost
 Berliner Umschau
 Berliner Zeitung
 Berner Zeitung
 Bersenbrücker Kreisblatt
 Bielefelder Zeitung
 Bieler Tagblatt
 Bietigheimer Zeitung

Bild der Frau	Darmstädter Echo	Dorstener Zeitung
Bild online	Dattelter Morgenpost	dpa
Bingeh.org	ddp	dpa-AFX
Blick aktuell Meckenheim	Deggendorfer Zeitung	DRadio Wissen
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Deister Anzeiger	dradio.de
blick.ch	Deister- und Weserzeitung	Dresdner Morgenpost
Bocholt-Borkener Volksblatt	Deister-Leine-Zeitung	Dresdner Neueste Nachrichten
boerse.de	Delmenhorster Kreisblatt	drs.ch
boersennews.de	Demminer Zeitung	Dülmener Zeitung
Bogener Zeitung	Der Bote für Nürnberg-Land	Donaukurier
Böhme-Zeitung	Der Bund	Ebersberger Zeitung
Bonifatiusbote	Der Gemeinnützige	Echaz-Bote
Bonner Generalanzeiger	Der Havelländer	echo-online.de
Bonner Rundschau	Der Insel-Bote	Eckernförder Zeitung
Borkener Zeitung	Der Münsterländer	Eichsfelder Tageblatt
Borkumer Zeitung	Der Murgtäler	Eichstätter Kurier
Bote	Der Neue Tag	Einbecker Morgenpost
Bote für Nürnberg-Land	Der Neue Tag Weiden	Eisenacher Presse
Bote vom Haßgau	Der Nordschleswiger	Elbe-Jeetzel-Zeitung
bote.ch	Der Patriot	Elektronik Praxis
Bramscher Nachrichten	der pilger	Elmshorner Nachrichten
Bramstedter Nachrichten	Der Saargau	Eltern family
Brandenburger Kurier	Der Sonntag – Kirchenzeitung	Emdener Zeitung
Braunschweiger Zeitung	Bistum Limburg	Emsdettener Volkszeitung
Bremer Nachrichten	Der Standard (derstandard.at)	Emsdettener Zeitung
Bremer Nachrichten/Die Norddeutsche	Der Teckbote	Ems-Zeitung
Bremer Tageszeitung	Der Volksfreund	Entwicklungspolitik Online (epo.de)
Bremervörder Zeitung	Der Westallgäuer	epd
Brenztal-Bote	Der Westen (derwesten.de)	Erdinger Anzeiger
Brettener Nachrichten	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.	ERF
Bruchsaler Rundschau	Deutsche Welle (dw.de)/ Deutsche Welle (englischer Dienst)	ERF-Medien Wetzlar
Brunsbütteler Rundschau	Deutschland-Iran Radio	ERF-Radio
Buchloer Zeitung	Deutschlandradio	Erlanger Nachrichten
Bühlot-Acher-Kurier	Deutschlandradio-Wissen	Esslinger Zeitung
Burger Volksstimme	DEWEZET	euronews.net
Burghauser Anzeiger	Die Glocke	eupeonline-magazine.eu
Burstädter Zeitung	Die Glocke Beckumer Zeitung	Evangelischen Zeitung
Butzbacher Zeitung	Die Harke	Fairplanet Blog
Butzbacher Zeitung Wetterauer Bote	Die Kirche	Fehmarnsches Tageblatt
Buxtehuder Tageblatt	Die Kitzinger	Fellbacher Zeitung
BZ am Sonntag	Die Neckarquelle	Filder-Zeitung
BZ Berlin	Die Norddeutsche	Financial Times Deutschland
Calenberger Zeitung	Die Oberbadische	financial-informer.de
Cannstatter Zeitung	Die Rheinpfalz am Sonntag	finanzen.ch
cash.ch	Die Schwäbische	finanzen.net
Cellesche Zeitung	Die Tagespost	finanznachrichten.de
Chamer Zeitung	die tageszeitung (TAZ)	finanztreff.de
Chemnitzer Morgenpost	Die Welt	Flensburg Avis
Chemnitzer Zeitung	Die Westfälischen Nachrichten	Flensburger Tageblatt
chiemgauonline.de	Die Zeit	Focus Money
china-observer.de	Diepholzer Kreisblatt	Focus/focus.de
Chrismon Online	DIGITALfernsehen	folk Magazin
Coburger Tageblatt	Dingolfinger Anzeiger	forexpros.de
Cuxhavener Nachrichten	Dithmarscher Landeszeitung	Frankenberger Allgemeine
Dachauer Nachrichten	DN-Woche Düren	Frankenpost
Dahme Kurier	Döbelner Allgemeine Zeitung	Frankenpost Hofer Anzeiger
dapd	domradio.de	Frankfurter Allgemeine
dapd nrd	Donau Zeitung	Sonntagszeitung
dapd SWR2	Donaukurier	Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
	Donau-Post	Frankfurter Neue Presse
	Donauwörther Zeitung	Frankfurter Rundschau
	Dorfener Anzeiger	

Frankfurter Stadtbote
frankfurt-live.com
Fränkische Landeszeitung
Fränkische Nachrichten
Fränkischer Anzeiger
Fränkischer Tag
Freie Presse
Freisinger Tagblatt
Friedberger Allgemeine
Fritzlar-Homberger Allgemeine
Fuldaer Zeitung
fundresearch.de
Fürstenfeldbrucker Tagblatt
Fürther Nachrichten
Gandersheimer Kreisblatt
Gardelegener Volksstimme
Garmisch-Partenkirchener
Tagblatt
Gäubote
Geislinger Zeitung
Gelnhäuser Neue Zeitung
Gelnhäuser Tageblatt
General-Anzeiger
General-Anzeiger Beueler
Nachrichten
General-Anzeiger Bonner
Stadtanzeiger
General-Anzeiger Rhein-Ahr-
Zeitung
General-Anzeiger Rhein-Sieg-
Zeitung
Genthiner Volksstimme
Geretsrieder Merkur
Geseker Zeitung
Gießener Allgemeine
Gießener Anzeiger
Glaube und Leben –
Kirchenzeitung Bistum Mainz
Gmünder Tagespost
Goslarsche Zeitung
Gothaer Tagespost
Göttinger Tageblatt
Grafenauer Anzeiger
Grafschafter Nachrichten
Grafschafter Zeitung
Gränz-Bote
greenpeace-magazin.de
Greisenfelder Zeitung
Grenz-Warte
Grevener Anzeiger
Grevener Zeitung
Gronauer Nachrichten
Groß-Gerauer Echo
Günzberger Zeitung
Gütersloher Volkszeitung
Gütersloher Zeitung
Haff-Zeitung
Halberstädter Volksstimme
Haller Kreisblatt
Haller Tageblatt
Hallertauer Zeitung
Haltener Zeitung
Hamburger Abendblatt
Hamburger Rundschau

hamburg-magazin.de
Hanauer Anzeiger
Hanau-Post
handelszeitung.ch
Hannoversche Allgemeine
Harburger Rundschau
Harke
Harzer Volksstimme
Harz-Kurier
Haßfurter Tagblatt
Havelberger Volksstimme
HAZ Anzeiger für Burgdorf und
Sehnde
HAZ Anzeiger für Burgdorf und
Uetze
HAZ Anzeiger für Lehrte und
Sehnde
HAZ Calenberger Zeitung
HAZ Leine-Nachrichten
HAZ Leine-Nachrichten
HAZ Nordhannoversche Zeitung
Heidenheimer Neue Presse
Heidenheimer Zeitung
Heilbronner Stimme
Heiligenhafener Post
Heiligenhauser Zeitung
Hellweger Anzeiger
Herforder Kreisanzeiger
Herforder Kreisblatt
Hersbrucker Zeitung
Hersfelder Zeitung
Hertener Allgemeine
Hessen Tageblatt
Hessische Allgemeine (HNA)
Hessischer Rundfunk
Heuberger Bote
Hildersheimer Allgemeine Zeitung
Hilpoltsteiner Kurier
Hilpoltsteiner Zeitung
HNA Frankenberger Allgemeine
HNA Fritzlar-Homberger
Allgemeine
HNA Hofgeismarer Allgemeine
HNA Kassel online
HNA Melsungen
HNA Mündener Allgemeine
HNA Northeimer Neueste
Nachrichten
HNA Rotenburg-Bebra
HNA Schwälmer Allgemeine
HNA Sollinger Allgemeine
HNA Waldeckische Allgemeine
HNA Werra-Rundschau
HNA Witzenhäuser Allgemeine
HNA Wolfhagen
Hockenheimer Zeitung
Hoechster Kreisblatt
Hofer Anzeiger
Hofgeismarer Allgemeine
Hohenloher Tagblatt
Hohenzollerische Zeitung
Holsteiner Zeitung
Holsteinischer Courier
Holzkirchner Merkur

Homburger Nachrichten
HS-Woche Erkelenz
Hünfelder Zeitung
Husumer Nachrichten
Ibbenbürener Volkszeitung
Ibbenbürener
Volkszeitung/Tecklenburger
Kreisblatt

idea e.V.
idea spektrum
Illertisser Zeitung
insuedthueringen.de
Ipf- und Jagst-Zeitung
IRIB – Das deutsche Programm
Isar-Loisachbote
Isenhagener Kreisblatt Allgemeine
Zeitung Wittingen
Iserlohner Kreisanzeiger Online
Isernhagener Kreisblatt
islamische-zeitung.de
ivz.aktuell
jesus.de
Jeverland-Bote
Jeverland-Bote Kreiszeitung
Friesland
Jeversches Wochenblatt
Junge Freiheit
Jungle World
Kaltenkirchener Nachrichten
ka-news.de
Kathnet
katholisch.de
katholisch.net
Katholische Sonntagszeitung für
Deutschland
Katholisches Sonntagsblatt
kathweb.at
Kieler Nachrichten
Kieler Nachrichten Eckernförde
Kinderspiegel
Kinzigtal Nachrichten
kipa-apic.de
Kirche + Leben
Kirchenbote Wochenzeitung für
das Bistum Osnabrück
Kirchenzeitung für das Bistum
Eichstätt
Kirchenzeitung für das Erzbistum
Köln
Kirner Zeitung
Klappe auf
kleinezeitung.at
klenkes.de
Klötzer Volksstimme
koeln.de
Kölner Stadt-Anzeiger
Kölnische Rundschau
Königsbrunner Zeitung
Königsbrunner Zeitung HNA
Witzenhäuser Allgemeine
Konrad-Adenauer-Stiftung
Konradsblatt
Kornwestheimer Zeitung

Kötzinger Zeitung
 Kötzinger Umschau
 Kreis-Anzeiger
 Kreis-Anzeiger Wetterau und Vogelsberg
 Kreiszeitung Syker Zeitung
 Kreiszeitung Böblinger Bote
 Kreiszeitung Syker Zeitung
 Kreiszeitung Wesermarsch
 Kurier am Sonntag
 La Quotidiana (Schweiz)
 Lahrer Zeitung
 Lampertheimer Zeitung
 Landauer Neue Presse
 Landauer Zeitung
 Landbote
 Landeszeitung für die Lüneburger Heide
 Landsberger Tagblatt
 Landshuter Zeitung
 Langener Zeitung
 Langensfelder Zeitung
 Lausitzer Rundschau
 Lauterbacher Anzeiger
 Leine Nachrichten
 Leine Zeitung
 Leine Zeitung Garbsen
 Leine-Deister-Zeitung
 Leine-Nachrichten
 Leine-Zeitung
 Leine-Zeitung Neustadt
 Leipziger Volkszeitung
 Leonberger Kreiszeitung
 Leverkusener Anzeiger
 Liechtensteiner Vaterland
 limmattalzeitung.ch
 Lindauer Zeitung
 Lingener Tagespost
 linkezeitung.de

 Lippische Landeszeitung
 Löhner Nachrichten
 Löhner Zeitung
 lr-online.de
 Lübbecke Kreiszeitung
 Lübecker Nachrichten
 Lübecker/Lauenburgischen Nachrichten.
 Luckenwalder Rundschau
 Lüdenscheider Nachrichten
 Lüdinghauser Zeitung
 Ludwigsburger Kreiszeitung
 lvz-online.de
 Magazin RegJo Südniedersachsen
 Magdeburger Volksstimme
 Magdeburger Volksstimme
 Magdeburgische Zeitung
 MAI
 Main Spitze
 main-netz.de
 Mainpost
 Main-Post
 Mainpost Bote vom Haßgau

Mainpost Gemünden
 Mainpost Lohr
 Mainpost Rhön-Grabfeld
 Mainpost Zeitung im Grabfeld
 Main-Spitze
 Maintal Tagesanzeiger
 Main-Taunus-Kurier
 Mainzer Rhein Zeitung
 Manager Magazin online
 Mannheimer Morgen
 Marbacher Zeitung
 Markgräfler Tagblatt
 Märkische Allgemeine
 Märkische Oderzeitung
 Märkische Oderzeitung
 Frankfurter Stadtbote
 Markt für die Inselstadt Ratzeburg und Umgebung
 Marktredwitzer Tagblatt
 Marler Zeitung
 Mein Saarland.de
 Meinerzhagener Zeitung
 Meller Kreisblatt
 Memminger Zeitung
 Mendener Zeitung
 Meppener Tagespost
 Metzinger-Uracher General-Anzeiger
 Metzinger-Uracher Volksblatt
 Miesbacher Merkur
 Mindelheimer Zeitung
 Mindener Tagblatt
 Mittelbayerische Zeitung
 Mitteldeutsche Zeitung
 Mitteldeutsche Zeitung Jessen
 Mittelschwäbische Nachrichten
 Monsters of Göttingen
 Moosburger Zeitung
 Morgenweb
 muenchener-kirchenradio.de
 Münchberg-Helmbrechtser Zeitung
 Münchner Merkur
 Münchner Neueste Nachrichten
 Mündener Allgemeine
 Münsterischer Anzeiger
 Münsterland Zeitung
 Münsterländische Tageszeitung
 Münsterländische Volkszeitung
 Münsterländische Zeitung
 Münstersche Zeitung
 Münstersche Zeitung Gievenbeck
 Müritz-Zeitung
 Murnauer Tagblatt
 mv-online.de
 n24.de
 nachrichten.ch
 nachrichten.t-online.de
 Nahe-Zeitung
 Nassauische Neue Presse
 Natur + Kosmos
 naturschutz.ch
 Nawa
 NBC

NDR (ndr.de)
 Neckar- und Enzbote
 Neckarquelle
 Neuburger Rundschau
 neue bildpost
 Neue Deister-Zeitung
 Neue Kirchenzeitung Die Woche im Erzbistum Hamburg
 Neue Luzerner Zeitung
 Neue Oranienburger Zeitung
 Neue Osnabrücker Zeitung
 Neue Osnabrücker Zeitung
 Neue Osnabrücker Zeitung Mitte
 Neue Osnabrücker Zeitung Nord
 Neue Osnabrücker Zeitung Stadt
 Neue Osnabrücker Zeitung Süd
 Neue Osnabrücker Zeitung West
 Neue OZ online
 Neue Presse
 Neue Presse Mainpost
 Neue Presse Coburg
 Neue Presse Hannover

 Neue Rhein Zeitung
 Neue Ruhr Zeitung (NRZ)
 Neue Westfälische
 Neue Westfälische
 Neue Westfälische Bielefelder Tageblatt
 Neue Westfälische Bünde
 Tageblatt
 Neue Westfälische Kreisausgabe
 Höxter/Warburg
 Neues Deutschland
 Neues Deutschland
 Neu-Isenburger Neue Presse
 Neumarkter Nachrichten
 Neumarkter Tagblatt
 Neu-Ulmer Zeitung
 news.de
 News.search.ch
 newsclick.de
 newsecho.com
 Nibelungen-Kurier
 Niederbayerische Zeitung
 Nidwaldner Zeitung
 Niederelbe-Zeitung
 noows.de
 Nordbayerische Nachrichten
 Nordbayerische Nachrichten
 Pegnitz
 Nordbayerische Zeitung
 Nordbayerischer Kurier
 Norddeutsche Rundschau
 Norderneyer Badezeitung
 Nordfriesland Tageblatt
 Nordhannoversche Zeitung
 Nordkurier
 Nordkurier Mecklenburger
 Schweiz
 Nordkurier Neubrandenburger
 Zeitung
 Nordkurier Vorpommern Kurier
 Nordsee Zeitung

Nordwest Zeitung
Northeimer Neueste Nachrichten
nq-regio.de
Nürnberger Nachrichten
Nürnberger Zeitung
Nürtinger Zeitung
NWZ Göppinger Kreisnachrichten
nwzonline.de
NZZ.ch
Oberbergische Volkszeitung
Oberbergischer Anzeiger
Oberhessische Zeitung
Obermainbote
Obwaldner Zeitung
Odenwälder Echo
oekonews.at
Offenbach-Post
Ohrekreis Volksstimme
Oldenburger Kreiszeitung
Oldenburgische Volkszeitung
onlinereports.ch
Oranienburger Generalanzeiger
os-community.de
Osnabrücker Zeitung
Osterburger Volksstimme
Osterhofener Zeitung
Osterholzer Kreisblatt
Osterländer Volkszeitung
Osteroder Rundschau
Ostfriesen Zeitung
Ostfriesische Nachrichten
Ostfriesischer Kurier
Ostholsteiner Anzeiger
Ostholsteiner Zeitung
Ostsee Zeitung
Ostsee Zeitung
Osthüringer Zeitung
oya
Paderborner Kreiszeitung
PAGE
Pasewalker Zeitung
Passauer Bistumsblatt
Passauer Neue Presse
Pegnitz-Zeitung
Peiner Allgemeine Zeitung
Peiner Nachrichten
PenzaNews
Penzberger Merkur
persische Ausgabe der Deutschen
Welle (www.dw-world.de)
Pfaffenhofener Kurier
Pfälzischer Merkur
Pforzheimer Kurier
Pforzheimer Zeitung
Pharmazeutische Zeitung
Pinneberger Tageblatt
Pirmasenser Zeitung am Sonntag
Plattlinger Anzeiger
potsblits.de
Potsdamer Neueste Nachrichten
pro-medienmagazin.de
proplanta
Publik-Forum
Pyrmonter Nachrichten

Quickborner Tageblatt
Radio 912.de
Radio Corax (Halle)
Radio Eins
Radio Free Asia
Radio Herford
Radio Lora (München)
Radio Lotte
Radio UPF
Radio Vatikan
Radio Z
RAL 6010
rbbonline
Recklinghäuser Zeitung
ReformhausKurier
Rehauer Tagblatt
Remscheider General-Anzeiger
Rems-Zeitung
Reuters
Reutlinger General-Anzeiger
Reutlinger Nachrichten
Rheda-Wiedenbrücker Zeitung
Rhein-Erft Rundschau
Rheinfelder Zeitung
Rheingau-Kurier
Rhein-Hunsrück-Zeitung
Rheinische Post
Rheinische Post Düsseldorf
Rheinische Post Hilden
Rhein-Lahn-Zeitung
Rhein-Neckar-Zeitung
Rhein-Sieg Anzeiger
Rhein-Sieg-Rundschau
Rhein-Zeitung
Rhön- und Saalepost
Ried Echo
Rieser Nachrichten
Rotenburger Kreiszeitung
Roth-Hilpoltsteiner Volkszeitung
Rottaler Anzeiger
Rottenburger Anzeiger
RP Online
Ruhr Nachrichten
Ruhr Wort
Ruhr Zeitung
Ruhr-Anzeiger
Rundschau für den schwäbischen
Wald
Ruppiner Tageblatt
Rüsselsheimer Echo
Saale Zeitung
Saarbrücker Zeitung
Salzgitter Zeitung
Salzwedeler Volksstimme
sat1.de
Schaumburger Nachrichten
Schaumburger Zeitung
Schaumburg-Lippische
Landeszeitung
Schenefelder Tageblatt
Schlei-Bote
Schleswiger Nachrichten
Schleswig-Holsteinische
Landeszeitung

Schlitzer Bote
Schönebecker Volksstimme
Schongauer Nachrichten
Schorndorfer Nachrichten
Schrobenhausener Zeitung
Schwabacher Tagblatt
Schwäbische Post
Schwäbische Zeitung
Schwäbische Zeitung Leutkirch
Schwäbisches Tagblatt
Schwabmünchner Allgemeine
Schwäbische Allgemeine
Schwandorfer Rundschau
Schwarzwälder Bote
Schweinfurter Tagblatt
Schwetzinger Zeitung
Schwyzer Zeitung
Sechsamter Neueste Nachrichten
Sechsamterbote Wunsiedel
Segeberger Zeitung
Selber Tagblatt
Siegener Zeitung
Sindelfinger Zeitung
Sindelfinger Zeitung/Böblinger
Zeitung online
soaktuell.ch
Soester Anzeiger
Soester Anzeiger Warsteiner
Anzeiger
Soester Anzeiger Westfälischer
Anzeiger
Solinger Tageblatt
Sollinger Allgemeine
Sonntagsjournal der Nordsee-
Zeitung
SonntagsZeitung
Spenger Nachrichten
Speyerer Morgenpost
Spiegel Online
SRFsearch.ch
Stader Tageblatt
Stadtradio Göttingen
Stadtradio-goettingen
Starkenburger Echo
Starnberger Merkur
Staßfurter Volksstimme
Stendaler Volksstimme
Stern/stern.de
Stimberg Zeitung
stimme.de
Stormaner Tageblatt
Straubinger Tagblatt
Strelitzer Zeitung (Süd)
Stuttgarter Anzeiger
Stuttgarter Nachrichten
Stuttgarter Zeitung
Süddeutsche Zeitung
Südhessen Morgen
Südkurier
Südkurier Alb Bote
Südkurier Konstanz
Südostbyerische Rundschau
Südwest Presse
suedostschweiz.ch

Sulinger Kreiszeitung
Sulzbach-Rosenberger Zeitung
swissinfo.ch
SWR
SWR 3
Syker Kurier
Sylter Rundschau
Tag des Herrn
Tageblatt für Enger und Spenge
Tageblatt für Schloß Holte-
Stukenbrock
tageblatt.lu
Tages Woche
Tagesanzeiger
Tagespost
Tagesschau
tagesschau.sf.tv
Tagespiegel
tageswoche.ch
Tageszeitung für Rhön und Saale
Tageszeitung neues deutschland
Tageszeitung taz
(überregional)/taz.de
Täglicher Anzeiger
Täglicher Anzeiger Holzminden
Tauber-Zeitung
Taunus Zeitung
taz Berlin
taz Bremen Südkurier
taz Hamburg
Tecklenburger Kreisblatt
Tecklenburger Landbote
Tegernseer Zeitung
Templiner Zeitung
The Epoch Times
Thedinghäuser Zeitung
thetibetpost.com
Thüringer Allgemeine
Thüringer Landeszeitung
Thüringische Landeszeitung
Thüringische Landeszeitung
Weimar
Tibetcustom.com.
Tiroler Tageszeitung
TLZ Unstrut-Hainich
Tölzer Kurier
T-Online
Top Magazin Karlsruhe

Treptower Tageblatt
Treuchtlinger Kurier
Trierischer Volksfreund
Trossinger Zeitung
Trostberger Tagblatt
tt.com
turkishpress.de
TV Geli Kurdistan
Überlinger Zeitung
Uckermark Kurier
UNI-Radio Freiburg
Unser Vest
Untertaunus-Kurier
Untertürkheimer Zeitung
Urner Zeitung

Usedom Kurier/Insel-Zeitung
Usinger Anzeiger
Usinger Neue Presse
Vaihinger Kreiszeitung
vaterland.li
Vatican Radio
Velberter Zeitung
Verdener Aller-Zeitung
Verdener Nachrichten
Versmolder Anzeiger
Viechtacher Bayerwald-Bote
Villinger Nachrichten
Vilsbiburger Zeitung
Vilshofener Anzeiger
Vlothoer Anzeiger
Vogtland-Anzeiger
Voice of America/Voice of America
(kurdische Ausgabe)/Voice of
America Diyarbakir Haber
Volksblatt
Volksblatt Liechtenstein
(volksblatt.li)
volksfreund.de
Volksstimme
Volksstimme Bördekreis
Volksstimme Magdeburg
Volkszeitung
Waiblinger Kreiszeitung
Waldeckische Allgemeine
Waldeckische Landeszeitung
Waldshut-Land Tageszeitung
wallstreet-online.de
Walsroder Zeitung
Waltroper Zeitung
Warendorfer Tageblatt
WDR
WDR 3
WDR 5
Wedel-Schulauer Tageblatt
Weiler Zeitung
Weilheimer Tagblatt
weimar.tlz.de
Weinheimer Nachrichten
Weißenburger Tagblatt
Welt online
welt-sichten
Werra-Rundschau
Wertinger Zeitung
Weser Kurier
Weser Kurier Bremer Tageszeitung
Weser Kurier/Wümme Zeitung
Wesermarsch-Zeitung
Westallgäuer Zeitung
Westdeutsche Allgemeine Essen
Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Westdeutsche Zeitung (WZ)
Westdeutsche Zeitung Düsseldorf
Westdeutsche Zeitung
Generalanzeiger
Westdeutsche Zeitung Hilden
Westdeutsche Zeitung Krefeld
Westdeutsche Zeitung Langenfeld
Westdeutsche Zeitung Mettmann

Westdeutsche Zeitung
Mönchengladbach
Westdeutsche Zeitung Neuss
Westdeutsche Zeitung Ratingen
Westerwälder Zeitung
Westf. Volksblatt
Westfalen-Blatt
Westfalen-Blatt Bielefelder
Zeitung
Westfalen-Blatt Engerscher
Anzeiger
Westfalen-Blatt Espelkamper
Zeitung
Westfalen-Blatt Rahdener Zeitung
Westfalen-Blatt Schlänger Zeitung
Westfalen-Blatt Zeitung für Halle
und Rhön
Westfalen-Blatt Zeitung für
Steinhagen
Westfalenpost
Westfälische Nachrichten
Westfälische Nachrichten Münster
Westfälische Nachrichten
Münster-Hiltrup
Westfälische Nachrichten
Münsterischer Anzeiger
Westfälische Nachrichten Nottuln
Westfälische Nachrichten
Sendenhorst
Westfälische Nachrichten
Westerkappeln
Westfälische Nachrichten Zeitung
für Warendorf
Westfälische
Nachrichten/Münsterischer
Anzeiger
Westfälische Rundschau
Westfälische Zeitung Steinfurt-
Borghorst
Westfälischer Anzeiger
Westfälischer Anzeiger – Hammer
Zeitung
Westfälisches Volksblatt
Wetterauer Zeitung
Wiener Zeitung
Wiesbadener Kurier
Wiesbadener Tagblatt
Wildeshauser Zeitung
Wilhelmshavener Zeitung
Wilstersche Zeitung
Windsheimer Zeitung
Winsener Anzeiger
Wittlager Kreisblatt
Witzenhäuser Allgemeine
Wochenblatt Region Singen
Wolfsburger Allgemeine
Wolfsburger Nachrichten
Wormser Zeitung
Wörnitzbote
Wörther Anzeiger
Wümme Zeitung
Würzburger katholisches
Sonntagsblatt
www.20min.ch

www.berliname.com
www.bim.ba
www.deutsch-russische-
nachrichten.de
www.katholisches.info
www.krautundrueben.de
www.m-media.or.at

www.waldportal.org
www.wittenberger.de
www.wochenspiegel-web.de
Zeitung für den Altkreis Lübbecke
Zeitung für Ganderkesee
Zerbster Volksstimme
Zevener Zeitung

Zollern-Alb-Kurier
Zuger Zeitung
zuonline.ch

GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom

Minderheiten im Fokus

Bis Mai 2012 blieb die Redaktionsstelle bei unserer Menschenrechtszeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“ unbesetzt. In der Zeit übernahm Inse Geismar, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, zusätzlich die Redaktionsarbeit und koordinierte die Produktion und Publikation von zwei Ausgaben unserer Zeitschrift – eine der beiden war eine umfangreichere Doppelnummer.

Aufgrund des Personalengpasses erschien das letzte Heft des Jahrgangs 2011 mit dem Schwerpunktthema „**China-Kulturjahr 2012 – Kultur der Tibeter, Uiguren und Mongolen bewahren!**“ erst im Frühjahr 2012. Für die Verspätung möchten wir uns an dieser Stelle noch einmal entschuldigen.

Im Juni stieß Sandy Naake als neue Redakteurin zu unserem Team.

In unserem ersten Heft 2012 kamen Menschenrechtler zu Wort, die bedrohte Minderheiten vor Ort besucht haben, in Flüchtlingslagern der Sahauris aus der von Marokko besetzten Westsahara, bei den Ureinwohnern Kambodschas oder auf der philippinischen Insel Mindanao.

Der Sommer 2012 stand ganz im Zeichen der Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine, die viele Menschen gebannt mitverfolgt haben. Im Abseits des sportlichen Großereignisses sind die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine, besonders im Fall Julia Timoschenko, zum Thema der Berichterstattung geworden. Unbeachtet blieben jedoch wichtige Themenschwerpunkte, die diesen Teil Europas in der Vergangenheit geprägt haben oder heute noch prägen. Deshalb beleuchteten wir in unserem zweiten Heft neben Hintergrundberichten über Kaschuben, Lemken, Krimtataren und Huzulen auch jüdisches Leben in Polen, der Ukraine und Weißrussland und die Lage der Roma, Europas meist verfolgter Minderheit.

Der Arabische Frühling, der 2011 in Syrien so hoffnungsvoll begann, mündete in einen verheerenden Bürgerkrieg. Die Ereignisse überschlugen sich: Assads Truppen schossen auf die Zivilbevölkerung, die Opposition war gespalten und Islamisten versuchten zunehmend, den Konflikt für sich zu nutzen und Einfluss zu gewinnen. Die Verschärfung des Konflikts war der Anlass, uns den Minderheiten im Vielvölkerstaat zu widmen.

1-2/2012 (Nr. 269-270)

Menschenrechtler vor Ort

Authentische Berichte zur Lage bedrohter Minderheiten

3/2012 (Nr. 271)

Wir erheben unsere Stimme!

Minderheiten in Polen, der Ukraine und Weißrussland

4/2012 (Nr. 272)

Blutvergießen in Syrien

Haben Minderheiten eine Zukunft im Vielvölkerstaat

Die GfbV in Berlin

Viele Veranstaltung organisiert

Das Berliner Büro der GfbV arbeitet eng mit dem Bundesbüro in Göttingen und der Regionalgruppe Berlin zusammen. Wir organisierten eine Vielzahl an Menschenrechtsaktionen mit, zum Beispiel zum Schutz des ecuadorianischen Nationalparks Yasuní und der dort lebenden Indianer vor zerstörerischer Erdölförderung, zur Unterstützung der Protestbewegung gegen den Belo-Monte-Staudamm im brasilianischen Amazonasbecken, für die Durchsetzung der Bitte tscherkessischer Flüchtlinge aus Syrien um Aufnahme in der Heimat ihrer Vorfahren im Kaukasus und zur Unterstützung der russischen Opposition in Berlin. Das Büro war gemeinsam mit der Berliner Regionalgruppe und Praktikantinnen und Praktikanten aus Göttingen vier Tage auf dem Karneval der Kulturen präsent. Dann betreuten wir einen Stand beim diesjährigen Tag der Offenen Tür der Ministerien, wo wir unseren Report zu Fragen des Landraubs präsentierten. Wir unterstützten eine Aktion der Tibeter genauso wie Aktionen für den Erhalt eines heiligen Ortes der Aboriginal Völker in Australien. Wir nehmen regelmäßig an Veranstaltungen in Berlin teil, die GfbV-Themen berühren, und bemühen uns, unsere Standpunkte einzubringen, so zum Beispiel bei Veranstaltungen der politischen Stiftungen bzw. der Akademien und Parteien.

Lobbyarbeit für indianische Delegation aus Brasilien

Im November 2012 besuchte eine Delegation der Dachorganisation der indigenen Völker APIB aus Brasilien Berlin. Wichtigster Termin war ein Gespräch mit der Staatssekretärin Gudrun Kopp vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den unser Berliner Büro vereinbarte und begleitete. Der Staatssekretärin konnten die APIB-Repräsentanten eine Reihe von geplanten Gesetzesveränderungen vorstellen, die ihre Rechte massiv beschnitten. Frau Kopp versprach, diese Punkte bei einer bevorstehenden Brasilienreise anzusprechen.

Öffentlichkeitsarbeit für australische Aboriginal People

Unsere Büroleiterin Sarah Reinke hielt im Rahmen des Filmfestivals „Down Under Berlin“ 2012 einen Vortrag über die Menschenrechtslage der Aboriginal People, der Ureinwohner Australiens, und konnte dort Kontakte zu anderen Aktiven und Interessierten knüpfen. Einen weiteren Vortrag hielt sie über die Sinti und Roma bei der Künstlergruppe Little Black Fish. Bei mehreren Besuche in Schulen machte sie auf die wichtige Menschenrechtsarbeit der GfbV aufmerksam und lud zu ehrenamtlichem Engagement ein.

Anlaufstelle für Flüchtlinge und Nachwuchspolitiker

Unser Hauptstadt-Büro war Anlaufstelle für Flüchtlinge, aber auch für interessierte Hospitanten aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Entwicklung, die sich hier über die Arbeit der GfbV informieren ließen. Eine Delegation von Menschenrechtsverteidigern aus Staaten Afrikas und Asiens diskutierte mit uns über Möglichkeiten des Menschenrechtsengagements. Teilnehmer von internationalen Austauschprojekten nahmen die Möglichkeit wahr, sich über unsere Arbeitsweise zu informieren und mit uns zu vernetzen.

Geschäftsführung und Finanzen

So funktioniert die GfbV

Als internationale Menschenrechtsorganisation setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und Ureinwohnergemeinschaften ein. Wir ergreifen Partei für die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nennen die Täter und ihre Helfershelfer schonungslos beim Namen. Auch wenn aus Opfern später Täter werden, schweigen wir nicht. Denn wir stehen zu unserer Leitlinie "Auf keinem Auge blind". Mit Presseerklärungen und in Interviews in Presse, Funk und Fernsehen, mit unserer Zeitschrift pogrom-bedrohte Völker, über das Internet, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung, Unterdrückung, Vertreibung oder drohende Vernichtung von Minderheiten. Wir üben so Druck auf politisch Verantwortliche aus. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, vermitteln Experten, gewinnen Fürsprecher und erbitten Hilfe für Notleidende und Verfolgte. Wir verschaffen den Betroffenen selbst Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien, leisten politische Lobbyarbeit. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen haben es schwerer als Hilfswerke, ihre Arbeit zu vermitteln und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren. Die Rechte bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und indigener Völker durchzusetzen, dazu beizutragen, Völkermord oder Vertreibung zu verhindern oder zu beenden, erfordert zähes Ringen mit Parteien, Regierungen, internationalen Institutionen, aber auch Wirtschaftskonzernen. Einsatz für Minderheiten heißt auch, sich für den Schutz ihrer Flüchtlinge einzusetzen, ihre Auslieferung oder Abschiebung zu verhindern und politische Gefangene frei zu bekommen.

Anders als bei Hilfswerken verursacht Menschenrechtsarbeit vor allen Dingen Personalkosten: Dazu gehören unsere Referentinnen und Referenten für Asien, Afrika, Südosteuropa, die GUS-Staaten, den Nahen Osten, für Flüchtlinge und indigene Völker sowie für Pressearbeit und Aktionen, die Redakteurin unserer Zeitschrift bedrohte Völker-pogrom, unsere für Homepage und soziale Medien zuständige Mitarbeiterin sowie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, im Archiv und Versand. Dazu kommt unsere Mitarbeiterin in unserem Berliner Büro. Die deutsche GfbV-Sektion 2012 beschäftigte im Jahresdurchschnitt 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit.

Unsere Referenten recherchieren permanent die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu deren Sprechern, knüpfen Netzwerke, damit Nachrichten über Bedrohungs- oder Verfolgungssituationen nicht unterdrückt werden können. Sie veröffentlichen diese Informationen in Pressemitteilungen, Menschenrechtsreporten und Memoranden, Stellungnahmen für Gremien der Vereinten Nationen, aber auch für Ausschüsse und Arbeitsgruppen unserer Parlamente, Gutachten für Gerichte und Rechtsanwälte. Wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenden uns mit Briefen, Faxen, in E-Mails und Telefongesprächen an Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschaften, um sie zum Handeln für bedrohte Volksgruppen zu bewegen. Von Fall zu Fall finden auch persönliche Begegnungen statt.

Unsere Referenten müssen flexibel sein. Häufig reisen sie mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentariern des Bundestages, aber auch einzelner Landtage, mit Kirchenvertretern, zu Kongressen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen in viele Städte Deutschlands oder die angrenzenden Nachbarländer. Oft begleiten wir auch Sprecher bedrohter Völker zu zuvor von uns organisierten Terminen bei Politikern, Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Oder wir

vertreten ihre Anliegen dank unseres beratenden UN-Status bei den Vereinten Nationen in Genf oder sind vor Ort in Straßburg und nutzen dort unseren „mitwirkenden“ Status beim Europarat. Wenn wir eine Menschenrechtsaktion mit mehreren Mitarbeitern und meist auch ehrenamtlichen Praktikanten durchführen oder über unsere Themen mit einem Stand auf einer Messe oder während eines Konzertes informieren wollen, sind wir meist – mit unseren jeweils vielen Praktikanten und Angehörigen unserer Regionalgruppen – unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Informationsblätter, die wir mehrmals im Jahr zehntausendfach verbreiten, aber auch für Menschenrechtsreporte, Dokumentationen oder Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere kreativen, oft Aufsehen erregenden Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen in jeder Woche mehrere erscheinen, jeweils an hunderte von Redaktionen im In- und Ausland, an Politiker und oft auch an Verbände von Opfergruppen per Fax und per E-Mail verursacht Kosten.

Die GfbV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Sie gewährleisten so unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Vergütungsstruktur

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie beispielsweise Fahrtkosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2012 wurden an zwei Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 1.000 EUR gezahlt.

Die GfbV hat eine Betriebsvereinbarung, die fünf verschiedene Gehaltsstufen vorsieht - Angestellte im Vertrieb, Verwaltung, Aktionsreferat, Buchhaltung und Referenten, Angestellte mit besonderer Verantwortung. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils drei Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der ausgeübten Tätigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten und fünften Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht.

Die Summe der drei höchsten Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2012 betrug 137.149,29 Euro bei mind. vollzeitiger Beschäftigung. Von einer Nennung der diesen Jahresvergütung zugeordneten Funktionen haben wir Abstand genommen, da aufgrund der Größe unserer Organisation Rückschlüsse auf die Personen, welche die Funktionen innehaben, möglich wären. Die entsprechenden Funktionsinhaber haben zudem einer namentlichen Nennung widersprochen, da bei Nennung der Funktion gleichwohl eine mittelbare Identifikation möglich wäre.

Die gesetzlich festgelegten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sind in dem obigen Betrag nicht enthalten.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre den Vorstand. Außerdem wählt die Mitgliederversammlung die Rechnungsprüfer, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, welches seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Vorstand

Der ehrenamtliche Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er leitet die Bundesgeschäftsstelle in Göttingen und das Berliner Büro. Der Vorstand ist für die Ausgestaltung der politischen Arbeit zuständig.

Beirat

Der Beirat besteht aus mind. fünf Mitgliedern. Er hat gegenüber der Mitgliederversammlung und dem Vorstand beratende und unterstützende Funktion. In den Beirat werden Personen berufen, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße die Ziele des Vereins unterstützen. Über die Aufnahme in den Beirat entscheidet der Vorstand. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Mitglieder des Beirats zu nutzen.

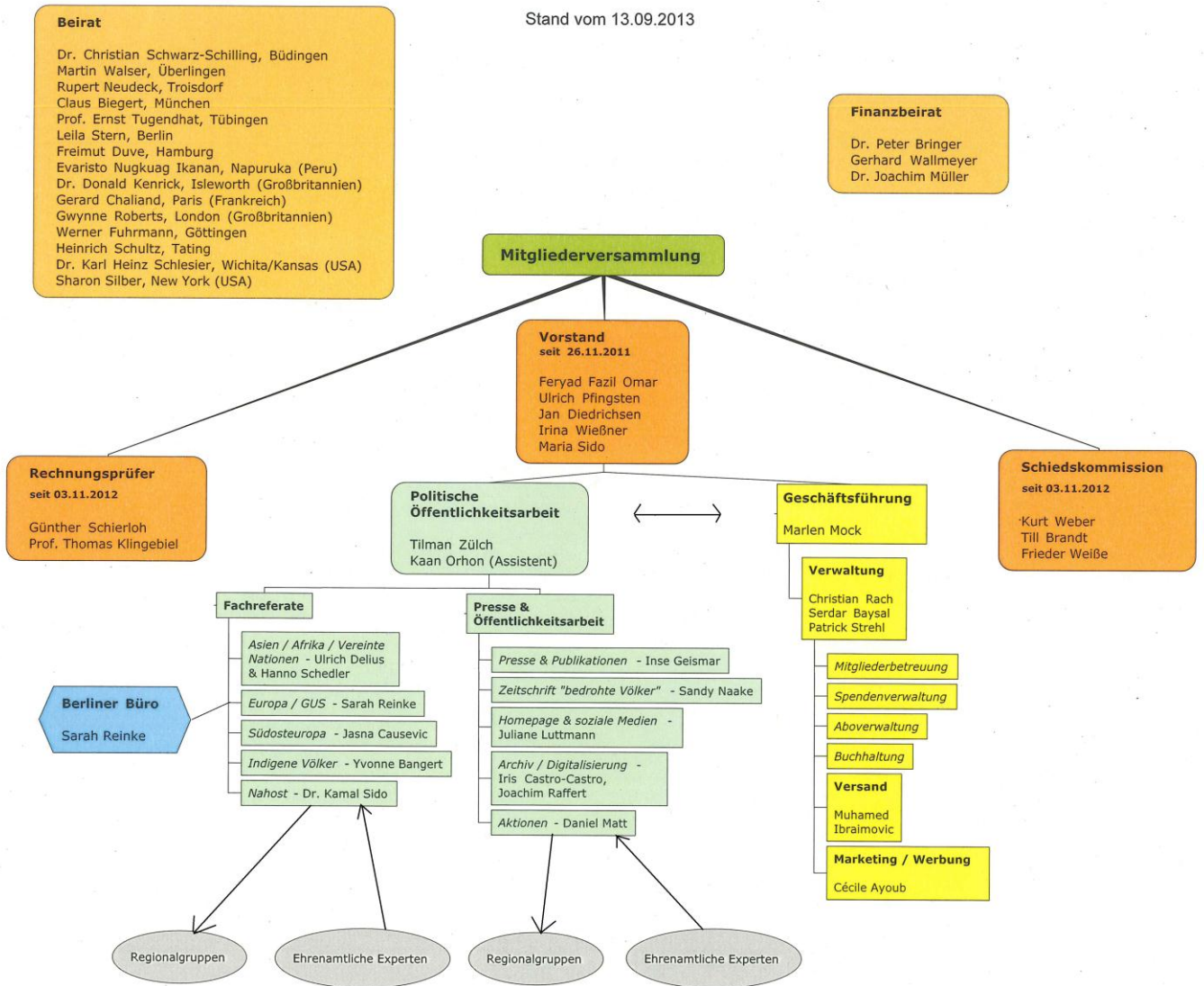
Experten

Mindestens 40 Expertinnen und Experten arbeiteten 2012 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Experten beraten die GfbV-Referenten, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tief gehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere Regionalgruppen sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. In 15 Orten Deutschlands engagieren sich ehrenamtliche Regionalgruppen der GfbV. Die Regionalgruppen sind wesentliche Trägerinnen der Arbeit der GfbV. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert und organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen. Sie führen kreative Aktivitäten zur Mobilisierung von Spenden für Projekte und Kampagnen durch. Ihre Stellung und Tätigkeit sind im Regionalgruppenstatut geregelt, welches für die Gruppen verbindlich ist. Alljährlich sind alle Mitstreiter der Regionalgruppen zum Regionalgruppentreffen eingeladen.

Organigramm der GfbV-Deutschland



Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.

Finanzen

Transparenz und Kontrolle

Die weiter unten dargestellte Übersicht über die Finanzen für das Geschäftsjahr 2012 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) aufgestellt. Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien. Die Zahlen des Vorjahres sind so geordnet, dass ein unmittelbarer Vergleich mit den Zahlen 2012 möglich ist.

Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfBV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellt. Die Prüfung erfolgte mit Unterbrechung in der Zeit von August bis September 2013 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann & Partner (Göttingen), und es wurde mit Datum vom 20.09.2013 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung durch das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) mit Sitz in Berlin.

Rechnungsprüfer

Einmal jährlich findet in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen eine Kassenprüfung statt. Die beiden Kassenprüfer werden von der Mitgliederversammlung gewählt und arbeiten ehrenamtlich. Für 2012 fand die Prüfung im September 2013 statt.

Controlling

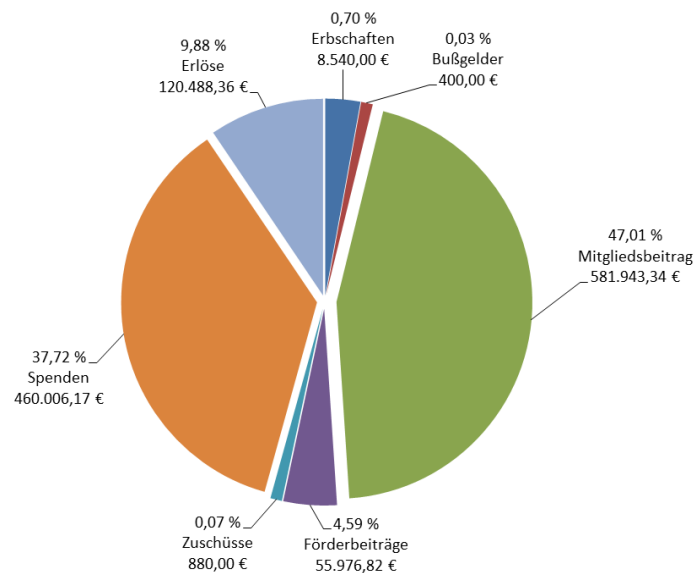
Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält zweiwöchentlich Finanzberichte.

Einnahmen

Wer der GfbV spendet, hilft unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten zu unterstützen. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender, Mitglieder und Förderer unterstützen uns regelmäßig, einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. Einige wenige Richter und Staatsanwälte weisen uns Bußgelder zu.

Im Geschäftsjahr 2012 lagen die Gesamteinnahmen 198.487,71 Euro unter denen des Vorjahres. Den größten Anteil der Einnahmen stellen mit 47,01 Prozent die Mitgliedsbeiträge dar. Leider hatten wir im Geschäftsjahr 2012 einen Mitgliederrückgang von 3,27 Prozent zu verzeichnen. Neben den Mitgliedsbeiträgen sind die Spendeneinnahmen eine wichtige finanzielle Säule.

Einnahmen 2012



	2012 €	%	2011 €	%
Erbschaften	8.540,00	0,70	57.675,45	4,07
Bußgelder	400,00	0,03	50.400,00	3,55
Mitgliedsbeiträge	573.290,10	47,01	581.943,34	41,04
Förderbeiträge	55.976,82	4,59	56.512,38	3,99
Zuschüsse	880,00	0,07	8.883,84	0,63
Spenden	460.006,17	37,72	542.368,27	38,25
Erlöse	120.488,36	9,88	120.285,88	8,48
Gesamt	1.219.581,45	100,00	1.418.069,16	100,00

**Ertrag und Aufwand für die Zeit
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012**

	2012 €	2011 €
Ertrag aus dem Spendenverbrauch	495.058,77*	467.640,50
Ertrag aus weiterzuleitenden Spenden	0,00	170,30
Ertrag aus Zuschüssen	880,00	2.215,00
Ertrag aus Mitglieds- und Förderbeiträgen	629.266,92	638.455,72
Ertrag aus Bußgeldern	400,00	50.400,00
Ertrag aus Erbschaften	8.540,00	57.675,45
	1.134.145,69	1.216.556,97
Umsatzerlöse	120.488,36	120.285,88
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	29.212,56
	1.254.634,05	1.366.055,41
Aufwand aus Spendenweiterleitung	0,00	-170,30
Materialaufwand		
Aufwand für bezogene Ware	-92.791,02	-91.119,15
	1.161.843,03	1.274.765,96
Personalkosten		
Löhne und Gehälter	-513.562,75	-534.932,86
Soziale Abgaben	-125.279,81	-131.056,35
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-24.185,75	-23.351,78
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-470.600,22	-558.878,88
	28.214,50	26.546,09
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.540,26	2.921,05
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-112,14	-1.005,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-517,16	-213,72
Jahresüberschuss vor Veränderung noch nicht satzungsgemäß verwendeter Spenden	29.125,46	28.247,65
Verbrauch von längerfristig gebundenen Spenden	10.022,00	20.208,00
Einstellung in noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden	-39.147,46	-48.455,65
Jahresüberschuss	0,00	0,00

*Setzt sich aus Spendeneingängen 2012 über 460.006,17 Euro und den aus Vorjahren verwendeten Spenden zusammen.

Bilanz

Die Bilanzsumme ist mit 722.405,23 Euro erneut höher als im Vorjahr, in dem sie bei 721.025,89 Euro lag. Im Geschäftsjahr 2012 wurden Anschaffungen in Höhe von 13.841,75 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 24.185,75 Euro. Die Wertpapiere von ENBW, RWE und EoN wurden veräußert. Die GfBV hatte einige Aktien erstanden, um auf den Aktionärsversammlungen dieser Energiekonzerne kritische Fragen zur Herkunft von radioaktivem Uran stellen zu können. Unsere Menschenrechtsorganisation wollte so herausfinden, ob Ureinwohner vom Uranabbau betroffen sind. Die flüssigen Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) haben sich um 18.660,13 Euro erhöht. Die Erhöhung der sonstigen Rückstellungen erklärt sich aus den etwas geringeren Personalkosten. Die Verbindlichkeiten haben sich um 15.693,52 Euro reduziert.

	2012 €	%	2011 €	%
Anlagevermögen	89.380,00	12,38	99.724,00	13,83
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.292,00	0,32	322,00	0,04
Sachanlagen	87.088,00	12,06	99.402,00	13,79
Umlaufvermögen	631.839,23	87,46	620.451,89	86,05
Sonstige Vermögensgegenstände	1.320,94	0,18	6.433,03	0,89
Wertpapiere	0,00	0,00	2.160,70	0,30
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	630.518,29	87,28	611.858,16	84,86
Rechnungsabgrenzungsposten	1.186,00	0,16	850,00	0,12
Aktiva	722.405,23	100,00	721.025,89	100,00

Noch nicht verbrauchte Spendenmittel	584.497,10	80,91	590.424,24	81,89
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden davon Betriebsmittelrücklage € 263.000,00 (Vorjahr 263.000,00)	495.117,10	68,54	491.022,24	68,10
Längerfristig gebundene Spenden	89.380,00	12,37	99.402,00	13,79
Sonstige Rückstellungen	94.300,00	13,05	71.300,00	9,89
Verbindlichkeiten	43.608,13	6,04	59.301,65	8,22
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	37.539,60	5,20	41.302,38	5,73
Sonstige Verbindlichkeiten	6.068,53	0,84	17.999,27	2,50
Passiva	722.405,23	100,00	721.025,89	100,00

Das GfbV-Team

Vorstand 2012

Jan Diedrichsen (Flensburg/Kopenhagen), stellv. Bundesvorsitzender
Feryad Omar (Berlin), Bundesvorsitzender
Ulrich Pfingsten (Wittenberg)
Maria Sido (Bonn)
Irina Wießner (Hermannrode)

Kassenprüfer 2012

Prof. Dr. Thomas Klingebiel (Göttingen)
Günther Schierloh (Göttingen)

Schiedskommission 2012

Ulrike Kuhlmann (bis 3.11.2012)
Wolfgang Rest (bis 3.11.2012)
Dr. Kajo Schukalla (bis 3.11.2012)

Till Brandt (seit 3.11.2012)
Kurt Weber (seit 3.11.2012)
Frieder Weiße (seit 3.11.2012)

Mitarbeiter

Tilman Zülch – Generalsekretär - politik@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-24

Kaan Orhon – Assistent des Generalsekretärs – k.orhon@gfbv.de

Inse Geismar - Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen - presse@gfbv.de –
Tel.: 0551-49906-25

Ulrich Delius - Referent für Afrika, Asien - asien@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-27

Hanno Schedler - Mitarbeiter Afrika / Asien, Annahme von Praktikumsanfragen- h.schedler@gfbv.de
- Tel.: 0551-49906-15

Sarah Reinke - Referentin für GUS, Leiterin des Berliner Büros der GfbV – berlin@gfbv.de-
Tel.: 030-42804891

Jasna Causevic - Referentin für Südosteuropa / Flüchtlinge - j.causevic@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-16

Yvonne Bangert - Referentin für Indigene Völker- indigene@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-14

Kamal Sido - Referent für Nahost- nahost@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-18

Daniel Matt - Aktionen, Betreuung Ehrenamtlicher, Öffentlichkeitsarbeit - d.matt@gfbv.de –
Tel.: 0551-49906-17

Sandy Naake - pogrom-Redaktion - redaktion@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-28

Juliane Luttmann - Mitarbeiterin Pressereferat, Online-Redaktion - j.luttmann@gfbv.de –

Tel.: 0551-49906-10

Marlen Mock – Geschäftsführung - m.mock@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-11

Christian Rach - Ansprechpartner für Abonnenten und Bestellannahme - c.rach@gfbv.de –
Tel.: 0551-49906-26

Serdar Baysal - Ansprechpartner für Mitglieder, Förderer und Spender - s.baysal@gfbv.de
Tel.: 0551-49906-29

Patrick Strehl – Verwaltung - p.strehl@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-20

Cecile Ayoub – Vertriebsbeauftragte - c.ayoub@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-42

Iris Castro – Archiv - i.castro@gfbv.de- Tel.: 0551-49906-13

Joachim Raffert - Digitalisierung von Publikationen – araffert@gfbv.de

Muhamed Ibraimovic – Versand - m.ibraimovic@gfbv.de Tel.: 0551-49906-12

Praktikanten

Wir danken unseren vielen Praktikantinnen und Praktikanten aus dem In- und Ausland, die uns 2012 jeweils mindestens acht Wochen oder sogar länger ehrenamtlich in unserem Göttinger Bundesbüro oder in unserem Berliner Büro unterstützt haben. Ohne ihre wertvolle Hilfe wäre unsere Menschenrechtsarbeit in all ihrer Intensität und Vielfalt nicht möglich gewesen:

Hendrikje Alpermann, Franziska Auernhammer, Anna Betsch, Martina Blindert, Rebecca Bode, Mascha Brammer, Andreas Brückmann, Dzenana Comor, Ann-Kathrin Dreber, Janine Dummer, Stefan Eikenbusch, Stefanie Falk, Maria Felske, Jana Hallenberger, Nele Kirsten Hansen, Winnie Hillmann, Sascha Horst, Beate Hunold, Marion Imiela, Manarsha Isaeva, Carolina Jochheim, Nicole Jullian, Laura Salla Maria Kemppi, Svenja Koch, Daniel Koßmann, Alexander Kusnezow, Johanna Lal, Eckhard Lieske, Tim Linka, Annika Malinowski, Beatrice Malova, Tim Maseizik, Amel Ouassa, Sergej Prokopkin, Irina Ramba, Hanya Riedel, Marie Sauß, Melanie Scheuenstuhl, Lennard Schlöffel, Maleen Schlüter, Anke Schwarzkopf, Jessica Seyler, Avanti Shirali, Nadya Slonskaya, Carolin Staab, Niklas Strobl, Elisabeth Struck, Florence Vattriano, Martina Weber, Sarah Wimmer, Violetta Wolanska-Schmiedel, Antonyos Toprak, Deborah Zocher

Am 31.12.2012 hatte die GfbV-Deutschland **5.643 Mitglieder**, **665 Förderer** und **3.359 Abonnenten** ihrer Zeitschrift bedrohte Völker – pogrom.

SEKTIONEN

GfbV-Bosnien-Herzegowina

Trampina 4 / IV,

71000 Sarajevo

Bosnien-Herzegowina

tel.: ++387 33 213 707

fax: ++387 33 213 709

e-mail: gfbv_sa@bih.net.ba, www.gfbv.ba

Zusammenarbeit mit dem Holocaust Memorial Museum

Für das Holocaust-Museum in Washington haben wir Opfer und Zeugen von Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs in Bosnien und Herzegowina gesucht, um ihre Berichte aufzuzeichnen. Dabei ging es um Verbrechen an Angehörigen aller Volksgruppen – an den bosnischen Muslimen, Serben und Kroaten wie auch an Minderheiten. Besonderer Fokus sollte auf die Leiden der bosnischen Muslime gelegt werden, da Verbrechen von damals an dieser Volksgruppe bis heute kaum aufgeklärt sind. Alle Aussagen der inzwischen hochbetagten Zeitzeugen wurden nach unserer Recherche und Vorbereitung aufgezeichnet. Im Holocaust-Museum in Washington sollen sie in einer Dauerausstellung von 2013 an zugänglich sein.

Holocaustgedenktag

In Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde Sarajevo organisierten wir anlässlich des Holocaustgedenktales in mehreren Schulen der bosnischen Hauptstadt Veranstaltungen. Wir wiesen dabei besonders darauf hin, wie wichtig es ist, die Erinnerung an den Holocaust an den Juden und an den Genozid an den Bosniaken wachzuhalten, und richteten einen Appell an das Parlament von Bosnien und Herzegowina (BiH), endlich das Gesetz gegen die Leugnung von Genozid und Holocaust zu verabschieden.

Das Projekt „Memorialisation“

Über ein Jahr lang arbeiteten wir am Projekt „Memorialisation“ mit Impunity Watch und der niederländischen Anne-Frank-Stiftung als Partnerorganisation vor Ort zusammen. Das Projekt diente dazu, eine Übersicht über die Lage von bereits eingerichteten, geplanten oder notwendigen Gedenkort und Denkmälern in BiH zu erlangen – wie beispielsweise über das Gedenkzentrum Potocari bei Srebrenica, das von Opferverbänden geforderte Mahnmal in Omarska bei Prijedor und die wiederaufgebaute Alte Brücke in Mostar. Die Direktorin der GfbV-Bosnien-Herzegowina, Fadila Memisevic, und ihre Mitarbeiterin Belma Zulcic organisierten Treffen und Gespräche, zeichneten Informationen vor Ort auf, so dass sie dem Abschlussbericht über die Situation der Gedenkort und Denkmäler in BiH wie auch ihrem Einfluss auf das Zusammenleben und die Versöhnung im Lande eine starke Prägung gaben.

Nach Abschluss des Berichts wurde in der Hauptstadt von Kambodscha, Phnom Penh, ein internationales Forum über Vergangenheitsbewältigung organisiert, an dem auch Fadila Memisevic teilnahm. Das Projekt wurde in fünf Ländern umgesetzt: Bosnien und Herzegowina, Burundi/Ruanda, Südafrika, Kambodscha und Guatemala. Einer der Beschlüsse des Forums war die Organisation eines regionalen Forums zum Austausch für die Balkanregion in baldiger Zukunft, an der die bosnische GfbV-Sektion wieder zusammen mit Impunity Watch arbeiten wird.

Gedenken an die Verbrechen in Visegrad

Zusammen mit den Vereinen der Familien der Opfer aus Visegrad organisierten wir am 14. und am 28.06.2012 Gedenkfeiern an die Massaker in der Straße „Pionirska“ und in der Siedlung „Bikavac“.

Am 14. bzw. 28. Juni 1992 wurden in Visegrad zwei große Massaker verübt, bei denen jeweils etwa 70 wehrlose Frauen, Kinder und Greise in Häuser eingesperrt und anschließend bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Ihre sterblichen Überreste wurden weggeschafft. Die Angehörigen der Opfer konnten sie bis heute nicht finden und beerdigen. Noch immer wird es den Überlebenden verwehrt, die Verbrechen in Visegrad als Genozid zu bezeichnen.

Kennzeichnung des 17. Jahrestags des Genozids in Srebrenica

Wie in den bisherigen Jahren nahmen wir auch an diesem 11. Juli an der Kennzeichnung des Jahrestags vom Genozid in Srebrenica teil. Dieses Mal wurden 520 exhumierte und identifizierte Opfer aus Srebrenica beerdigt, so dass nun auf dem Friedhof des Gedenkzentrums bereits 5.657 Opfer liegen. Da wir zusammen mit Hatidza Mehmedovic, unserer Koordinatorin für Srebrenica, Mitglieder des Organisationsausschusses für die Kennzeichnung des 17. Jahrestags vom Genozid waren, haben wir aktiv an den Vorbereitungen für die Feierlichkeiten, die Bestattungen, zahlreichen Ausstellungen, Runden Tische und andere Veranstaltungen teilgenommen.

Zusammen mit Hatidza Mehmedovic organisierten wir am 13. und 14. Juli einen Besuch der Orte im Drina-Tal, an denen im Juli 1995 nach dem Fall von Srebrenica die Massenerschießung der Srebrenica-Männer organisiert wurde. So fuhren wir zusammen mit Angehörigen der Opfer an Tatorte wie zum Fußballstadion in Nova Kasaba, dem Gebäude des Agrarheimes Pilice bei Zvornik u.a.. Wie in den vorhergehenden Jahren wurde uns das Betreten des Geländes der Agrargemeinde in Kravice, auf dem im Juli 1995 mehr als 1.000 Srebrenica-Männern erschossen wurden, verwehrt. Die Überlebenden und Mütter, Schwestern und Kinder der Opfer konnten nur Blumen auf den Zaun legen, um so ihrer getöteten Söhne, Brüder und Angehörigen zu gedenken.

Teilnahme an Aktivitäten im Rahmen der Kennzeichnung der Verbrechen in Prijedor

Wir halfen den Vereinen der Angehörigen der Opfer aus Prijedor bei der Vorbereitung der Aktivitäten im Rahmen der Kennzeichnung des 20. Jahrestags der Verbrechen in Prijedor, darunter auch die Gedenkfeier für Opfer des Konzentrationslagers Omarska. Erst nach unseren scharfen Protesten wurde den überlebenden Angehörigen der Zutritt zum Bergwerk Omarska, das jetzt im Besitz des britisch-indischen Konzerns Arcelor Mittal ist, gewährt. ArcelorMittal verweigerte jedoch den Zutritt zum Verwaltungsgebäude, in dem Frauen gefangen gehalten und vergewaltigt worden waren. Die über 1.000 aus der ganzen Welt angereisten Menschen konnten nur den Mensaraum betreten, in dem die Gefangenen 1992 ihre spärlichen Mahlzeiten – einige Löffel dünne Brühe - laufend einnehmen mussten. Unter den Teilnehmern an der Gedenkfeier waren auch einige ehemalige Gefangene, die nach der Freilassung aus dem Lager Zuflucht in Deutschland und bei der GfbV gefunden hatten. In Zusammenarbeit mit dem Verein der Angehörigen der Opfer aus Prijedor „Izvor“ organisierten wir den „Tag der Weißen Bänder“ am 31. Mai 2012. An diesem Tag wurde 1992 von der Karadzic-Regierung in Prijedor allen bosniakischen und kroatischen Bürgern befohlen, beim Verlassen ihrer Häuser und Wohnungen weiße Bänder am Arm zu tragen und weiße Tücher an ihren Häusern und Wohnungen zu befestigen und sich so erkennbar zu machen. 20 Jahre später riefen wir dazu auf, sich weltweit an diesem Tag mit den Opfern von Prijedor zu solidarisieren und ebenfalls ein weißes Band zu tragen oder aus dem Fenster zu hängen. Wir riefen mittels Medien und Internetnetzwerken dazu auf. Aus der ganzen Welt erhielten wir Unterstützung – sowohl überlebende Opfern aus Prijedor selbst wie zahlreiche andere Menschen beteiligten sich, darunter auch viele Bürger der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Kroatiens, Serbiens usw.

Aktion der Srebrenica-Frauen in Straßburg

Wir halfen einer Gruppe der Srebrenica-Mütter, am 11. Oktober 2012 nach Straßburg in Frankreich zu fahren. Dort reichten sie eine Beschwerde beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gegen die Entscheidung des höchsten niederländischen Zivilgerichtes ein und hielten eine Mahnwache vor dem Gerichtsgebäude ab. Die Beschwerde war gerichtet gegen den Richterspruch, die UNO genieße im Falle von Srebrenica volle Immunität und könne deshalb nicht wegen Mitverantwortung am

Genozid in Srebrenica angeklagt werden. An der Mahnwache nahmen auch Vertreter der deutschen GfbV-Sektion teil. Sie führten mit Plakaten und Transparenten die Namen der Opfer von Srebrenica vor Augen. Wir haben den Müttern über Kontakte geholfen, die Reise zu finanzieren und zu organisieren. Aus Srebrenica und Tuzla fuhren jeweils etwa 20 Frauen nach Straßburg. Mit dem Protest wurde erfolgreich das Interesse vieler Medien geweckt.

Koalition „1.März“ der Vereine der Rückkehrer im Drina-Tal bzw. ganz Republika Srpska

Nach der Registrierung der Srebrenica-Überlebenden in Srebrenica für die Lokalwahlen im Oktober 2012 und der erfolgreichen Wahl von Camil Durakovic konnte aus der Kampagne „Ich werde für Srebrenica stimmen“ eine neue, größere Bewegung erwachsen: Die Koalition „1.März“, der wir wieder unsere volle Unterstützung gaben und zu ihrer Gründung verhalfen. Bei der Initiative handelt es sich um eine Bewegung der Vereine aus der Region Drina-Tal wie auch der ganzen Republika Srpska für die Registrierung von vertriebenen Bosniaken und Kroaten bei den nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014 in ihren Wohnorten in der Republika Srpska vor dem Krieg. Damit wird sichergestellt, dass alle überlebenden Opfer aus der Region ein Anrecht auf Wahlen und Teilnahme an der Gestaltung der Politik und Regierung in der Republika Srpska haben. Der Verein „Srebrenica-Mütter“, den unsere Srebrenica-Koordinatorin Hatidza Mehmedovic leitet, gehört zu den Gründungsorganisationen der Koalition „1.März“.

Frauennetzwerk FOKUS

Wir setzten unsere Unterstützung für Frauenvereine aus ganz Bosnien und Herzegowina im Rahmen des von uns gegründeten Netzwerkes FOKUS fort. Insbesondere förderten wir die Zusammenarbeit der kleinen Vereine aus Konjevic Polje und Kravica, die mit landwirtschaftlichen Projekten zahlreichen Rückkehrern das Überleben ermöglichen. Dank unserer Lobby-Arbeit erhielten diese Vereine Projektgelder von Botschaften der EU-Länder in Bosnien und Herzegowina.

GfbV-Schweiz

Schermenweg 154
CH-3072 Ostermundigen
Tel. +41 (0)31 939 00 00
Fax + 41 (0)31 939 00 19
E-Mail info@gfbv.ch

Die GfbV-Schweiz konzentrierte ihre Menschenrechtsarbeit 2012 auf die Verbesserung der Menschenrechtslage der Tamilen auf Sri Lanka und die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Verfolgung mutmaßlicher ausländischer Kriegsverbrecher in der Schweiz, den Protest gegen die militärische Zusammenarbeit der Schweiz mit Russland, die Unterstützung indigener Gemeinschaften bei ihren Protesten gegen die hemmungslose Ausbeutung von Ressourcen im brasilianischen Amazonasgebiet, die Durchsetzung von klaren Menschenrechtsklauseln im Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China, den Kampf gegen die Diskriminierung der Roma im Kosovo sowie die Aufstellung rechtsverbindlicher Regeln für Schweizer Konzerne, Menschenrechte weltweit zu achten und die Umwelt nicht zu schädigen. Viel beachtet in den Medien startete die GfbV-Schweiz außerdem ihre Kampagne „No dirty Gold!“. Dabei fordert sie mit einer Petition, dass nur noch Gold in die Schweiz importiert und verarbeitet werden darf, welches unter Einhaltung der Menschenrechte und von Umweltstandards gewonnen wurde.

Sri Lanka

Schon im Frühjahr organisierte die GfbV-Schweiz gemeinsam mit anderen Organisationen während der Tagung des UN-Menschenrechtsrates in Genf einen „side event“ über die bedrückende Menschenrechtslage der Tamilen auf Sri Lanka und die anhaltende Straflosigkeit der mutmaßlichen

Kriegsverbrecher. Die letzte Phase des Bürgerkrieges hat gemäss Schätzungen der UNO 70.000 Menschenleben gefordert. Die mutmaßlichen Kriegsverbrecher wurden bisher weder vor Gericht gestellt noch bestraft. Da tamilische Rückkehrer auf Sri Lanka Gefahr laufen, willkürlich inhaftiert und gefoltert zu werden, wandte sich die GfbV an das Bundesamt für Migration und forderte, auf Abschiebungen zu verzichten.

Petition für die Verfolgung ausländischer Kriegsverbrechern in der Schweiz

10.000 Menschen unterschrieben die Petition eines breiten NGO-Bündnisses an den Bundesrat, in der Schweiz eine Spezialeinheit zur Verfolgung von Personen zu schaffen, die Genozid, Folter oder Kriegsverbrechen begangen haben. Auch die GfbV gehört dem Bündnis an.

Protest gegen militärische Ausbildung russischer Soldaten

Als russische Gebirgsbrigaden zur Ausbildung in die Schweiz kamen, protestierte die GfbV. Die russischen Soldaten sind im Nordkaukasus stationiert und gehen dort äußerst brutal vor, schwere Menschenrechtsverletzungen sind unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Terror“ an der Tagesordnung.

Side Event auf Rio+20-Gipfel für Indianer in Brasilien

Auf dem Rio+20-Gipfel forderten Delegierte der GfbV-Schweiz, GfbV-Deutschland und GfbV-Österreich auf einem Side-Event gemeinsam mit Vertreter indigener Gemeinschaften aus dem Amazonasbecken ein Schutzgebiet im brasilianisch-peruanischen Grenzgebiet. Zuvor hatte die GfbV ihren Menschenrechtsreport „Gebrochene Versprechen – düstere Zukunft“ über die Bedrohung der Menschen in dieser Region durch die Ausbeutung der Ressourcen veröffentlicht. Gemeinsam mit der französischen NGO „Planète Amazone“ lud die Schweizer Sektion den Kayapó-Häutling Raoni nach Europa ein. Hier bat er zusammen mit zwei anderen indigenen Oberhäuptern um Unterstützung in ihrem Kampf für den Schutz ihrer Lebensgrundlagen im Amazonasgebiet.

Informationen über Situation in chinesischen Arbeitslagern

Der chinesische Dissident Harry Wu kam unter anderem auf Einladung der GfbV in die Schweiz, um über die Lage in den mehr als tausend chinesischen Arbeitslagern zu informieren. Dort sind drei bis fünf Millionen Menschen eingesperrt, viele von ihnen sind politische Häftlinge. Mit großer Sorge verfolgte die GfbV-Schweiz auch die Welle von Selbstverbrennungen in Tibet und verstärkte ihre Anstrengungen zu Durchsetzungen konsequenter Menschenrechtsklauseln im geplanten Freihandelsabkommen der Schweiz mit China.

Bleiverseuchtes Flüchtlingslager im Kosovo geschlossen

Einen Erfolg konnte die GfbV-Schweiz kurz vor Weihnachten verkünden: Das bleiverseuchte Flüchtlingslager „Osterode“ im Norden der Stadt Mitrovica im Kosovo wurde geschlossen. Die letzten Roma- und Aschkali-Familien konnten in neu errichtete Wohnungen umziehen. Wachsam reagiert die GfbV-Schweiz sofort, wenn sie Anzeichen von Diskriminierung von Roma bemerkt wie 2012 in einem Beitrag der Schweizer „Weltwoche“.

Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich

Untere Viaduktgasse 53/7a

A-1030 Wien

Tel: + 43 (0) 1-503 13361

E-Mail: office@gfbv.at – www.gfbv.at

Initiativen zum Schutz unkontaktierter indianischer Gemeinschaften

Die alarmierende Situation der „Unsichtbaren“, der unkontaktierten indigenen Gemeinschaften im Amazonasgebiet von Brasilien und Peru, bewog die GfbV-Sektion in Österreich, ihnen 2012

besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Gier nach Bodenschätzen treibt die Abholzung des Regenwaldes voran und durch die rücksichtslose Gewinnung von Gold und Erdöl bedrohen multinationale Konzerne die „Isolados“ massiv in ihrer Existenz!

Die GfbV-Österreich informierte mit Hilfe des Brasilianers José Carlos Meirelles, der sich seit mehr als 40 Jahren für den Schutz unkontakter Völker einsetzt, landesweit über ihre Bedrohung. Denn seit sich der Goldpreis verdreifacht hat, dringen Goldsucher auf peruanischem Gebiet bis in die entlegensten Siedlungsgebiete der Isolados vor. Gefordert wird daher eine binationale Schutzzone auf brasilianischem wie peruanischem Gebiet für in freiwilliger Isolation lebende Völker. Diese zentrale Forderung wurde auf dem Side-Event, einer von den GfbV-Sektionen Schweiz, Österreich und Deutschland organisierten Informationsveranstaltung während der UN-Konferenz „RIO+20“ im Juni in Rio de Janeiro, gemeinsam mit den indigenen Dachorganisationen AIDASEP, COICA und COIAB erhoben. Auf Initiative der Vorsitzenden des Entwicklungspolitischen Unterausschusses im österreichischen Nationalrat, Petra Bayr, kam es bei dieser Konferenz erstmals zu einem Treffen von brasilianischen Kongressabgeordneten mit indigenen Vertretern. Inzwischen wird diese Forderung auch von EU-Parlamentariern unterstützt.

Regenwald abgeholzt - Sanktionen gegen Malaysia gefordert

Anfang Juni 2012 beteiligte sich die GfbV-Österreich an einer Kundgebung des Bruno Manser Fonds vor der UNO City in Wien und forderte Sanktionen gegen Malaysia. Der Regierungschef des malaysischen Bundesstaates Sarawak, Taib Mahmud, lässt seit 30 Jahren den Regenwald in Borneo abholzen. Dank Amtsmissbrauch und Korruption wurde er zum Milliardär. Beschwerden und Forderungen verschiedener Nichtregierungsorganisationen blieben bislang von Malaysias Behörden unkommentiert.

Protest gegen Umweltverschmutzung in Malaysia

Seltene Erden werden zur Herstellung zahlreicher Elektronikprodukte verwendet. In Malaysia entstehen dabei jährlich 64.000 Tonnen radioaktiver Müll. Als die Siemens AG mit dem australischen Unternehmen Lynas, das in Malaysia aktiv ist, ein Joint Venture eingehen wollte, protestierte die GfbV-Österreich gemeinsam mit anderen NGOs gegen diesen Plan.

Situation von Roma und Kurden in Österreich verbessern

Laut einer von der Arbeitskammer (AK) Wien veröffentlichten Studie gehören Roma und Kurden zu den am Arbeitsmarkt am stärksten benachteiligten Gruppen. Zur Verbesserung der Situation schlug die Geschäftsführerin der österreichischen GfbV, Nadine Papai, bei der Podiumsdiskussion in der AK Wien die Einbindung von MultiplikatorInnen der jeweiligen Gemeinschaften vor.

Unabhängige Beobachter für Tibet gefordert

Am 23. Oktober machte der internationale Staffellauf des tibetischen Exilparlaments vor dem Parlament in Wien Station. Auch die GfbV-Österreich setzte sich dafür ein, dass Parlament und Bundesregierung Menschenrechtsverletzungen an Tibetern thematisieren und unabhängige Beobachter nach Tibet entsenden.

Landkonflikt in Brasilien mit GfbV-Unterstützung beendet

Am 3. Mai 2012 beendete der Oberste Gerichtshof in Brasília einen drei Jahrzehnte dauernden Landkonflikt. 1983 wurden 172 Indianer der Gruppe Pataxó Hã-Hã-Hãe zwangsumgesiedelt. In der Folge finanzierte die GfbV-Ö mit Unterstützung ihrer Mitglieder, Förderer und Freunde die Rechtsberatung für eine Klage. 2012 sprach das höchste Gericht den Indigenen 56.000 Hektar Land zu.

Freispruch für Oberhaupt der Awajún-Indianer

Erfolg hatte auch die Protestbriefkampagne unserer österreichischen Sektion für das Stammesoberhaupt der Awajún, Zébelio Kayap, in Peru. Der Bergbaukonzern Afrodita hatte einen Strafprozess gegen ihn initiiert, weil er die indigenen Territorien in der Cordillera del Cóndor gegen die zerstörerischen Aktivitäten des Unternehmens verteidigte. Zebélio Kayap wurde 2012 vom Strafgericht Bagua freigesprochen.

GfbV-Südtirol/Italien

Via Narconi 5 – CP/PF 233

I-39100 Bozen/Bolzano

Tel./Fax +39 0471 972240

E-Mail: info@gfbv.it

2012 war für unsere Sektion ein gutes Jahr, in dem wir viele neue Kontakte knüpfen und eine gute Medienaufmerksamkeit erreichen konnten. Nicht alle Kontakte haben zu konkreten Initiativen geführt, aber sie zeugen doch von einem wachsenden Interesse für unsere Menschenrechtsarbeit.

Für Roma aktiv

Anfang des Jahres wurden wir von der nationalen Tageszeitung La Stampa in Bezug auf die Ereignisse im Roma-Lager Continassa in Turin interviewt. Im April haben wir dank der Initiative der Südosteuropa-Referentin der GfbV-D, Jasna Causevic, Gespräche mit Vertretern der Gemeinde Mailand in Zusammenhang mit dem Brand im Roma-Lager von via Sacile.

Interviews und Pressearbeit

Wir haben im Laufe des Jahres Interviews zu den Themen Tuareg in Mali (Radio Beckwith, Turin), Londoner Konferenz über Somalia (Ecoradio, Rom), Tag der Indigenen Völker (Ecoradio), isoliert lebende indigene Völker des Amazonas (RadioRai) u.a. gegeben.

Insgesamt haben wir im italienischen Sprachraum 73 Pressemitteilungen verbreitet, den größten Teil dieser Mitteilungen übernahmen wir von der GfbV-Sektion Deutschland, aber auch von anderen Sektionen und übersetzten sie ins Italienische oder verfassten sie selbst. Viele dieser Presseerklärungen wurden von anderen Informationsplattformen im Internet aufgenommen, u.a. stellten www.peacelink.it, www.pressenza.com und www.unimondo.it ein.

Info-Veranstaltung über unkontaktierte Völker in Brasilien

Große Aufmerksamkeit erhielt im Mai unsere Info-Veranstaltung über unkontaktierte Völker im brasilianischen Regenwald, die in Zusammenarbeit mit der österreichischen GfbV-Sektion und im Rahmen der gleichnamigen Kampagne der GfbV-International organisiert wurde. In Bozen wurde der Event in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie veranstaltet. Zu Gast waren Franz Fluch von der GfbV-Österreich und natürlich José Carlos Meirelles, ehemaliger Mitarbeiter der brasilianischen Indigenenbehörde Funai. Die Initiative wurde von den Medien sehr gut aufgenommen, Interviews gab es für RadioRai, die lokale Tageszeitung Alto Adige, Minet-das Minderheitenmagazin, außerdem wurden wir dazu vom wissenschaftlichen Magazin der nationalen Tageszeitung La Stampa kontaktiert.

Auszeichnung und Veröffentlichungen

Nachdem wir 2011 den Menschenrechtspreis Ethnoi verliehen bekommen hatten, sind wir im Sommer 2012 eingeladen worden, Mitglied in der Jury zu werden. Mauro di Vieste hat diese Einladung im Namen der GfbV-Südtirol gerne angenommen.

Die gute Zusammenarbeit mit dem Verlagshaus Infinito Edizioni haben wir auch 2012 fortgesetzt. Die GfbV-Südtirol hat zusammen mit anderen Organisationen die Schirmherrschaft für das Buch "Adisa o la storia dei mille anni", eine sehr schöne Recherche des Journalisten Luca Leone über Roma in Bosnien-Herzegowina, übernommen. In dem Buch, das in ganz Italien vertrieben wird, wurde dafür das GfbV-Logo und einige Basisinformationen über die GfbV abgedruckt.

2012 haben wir eine Spezialausgabe der Zeitschrift "bedrohte Völker –pogrom" in italienischer Sprache herausgebracht. Ihr Thema war "Unbegrenzt Gewinnstreben oder Gemeinwohlökonomie?". Die Beiträge dafür haben wir teilweise aus Veröffentlichungen der GfbV-Deutschland übernommen und übersetzt, aber auch selbst recherchiert und verfasst. Außerdem konnten wir Autoren vor Ort gewinnen. Eine teilweise deutsche Fassung des Hefts kann unter www.gfbv.it/3dossier/ind-voelker/crescita2012-de.html gelesen werden.

Einsatz für diskriminierte Flüchtlingsfamilie

Wir haben 2012 einer aus Irak stammenden Flüchtlingsfamilie geholfen, sich im Dickicht der Bürokratie zurechtzufinden und zu ihrem Recht zu kommen. Die Familie (Mutter, Vater und drei Kinder) hatte eine gültige Aufenthaltserlaubnis und durch regelmäßige Arbeit ein eigenes Auskommen. Trotzdem wurde sie Opfer von äußerst schlechter Arbeit der zuständigen Behörden: Sie war infolgedessen gezwungen, in einem öffentlichen Park zu campen. Wir haben der Familie vier Monate lang geholfen, bis der Fall gänzlich gelöst wurde.

Im Sommer konnten wir wieder auf einige Praktikanten zählen, wobei sich Moritz Pitscheider mit seinem Artikel "Afrikas letzte Kolonie" (www.gfbv.it/3dossier/sahrawi/sahr-mp.html) sicher hervorgehoben hat.

2012 wurde unsere Mapuche-Fotoausstellung hauptsächlich von der GfbV-D genutzt und in Deutschland gezeigt.

GfbV-Kurdistan/Irak

Dr. Yousif Dzayi
Tel. 00964 750 445 1836
yousifdzayi@hotmail.com

Die GfbV-Sektion Kurdistan/Irak arbeitete auch im 2012 eng mit dem Nahostreferat der GfbV-Deutschland in Göttingen zusammen. Außerdem wurden nahezu alle Pressemitteilungen und Stellungnahmen der GfbV-Deutschland ins Kurdische und Arabische übersetzt und an die Medien im gesamten Irak weitergeleitet.

Flüchtlinge aus Syrien im Irak

Schwerpunkt des Engagements der GfbV-Kurdistan/Irak war 2012 die **Unterstützung syrischer Flüchtlinge in Irakisch-Kurdistan**. Mit eigenen Pressemitteilungen und Appellen wandte sich unsere Sektion an die Regionalregierung in Kurdistan und die Zentralregierung in Bagdad mit der Forderung, Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Vor allem der kurdischen und christlichen Minderheit in Syrien müsse geholfen werden. GfbV-Mitarbeiter besuchten mehrmals Camps, in denen Flüchtlinge aus Syrien untergebracht waren. Auf Grund von Sicherheitsbedenken sowie politischen und wirtschaftlichen Problemen, die den Irak seit 2003 vor große Schwierigkeiten stellen, kommen nur wenige Flüchtlinge in den arabischen Teil des Irak.

Mitte Oktober 2012 waren insgesamt 42.661 Flüchtlinge im Irak registriert. Die meisten von ihnen leben im kurdischen Gebiet im Norden des Landes und bei Gastfamilien in und um Bagdad. Am 18. September wurde der Al-Qa'im-Grenzübergang mit diversen Auflagen wiedereröffnet. Nur ältere Menschen, Familien mit Kindern jünger als 15 Jahre und Verletzte dürfen einreisen. Doch pro Tag werden nur 120 Menschen eingelassen. Im Al-Qa'im-Lager hat die Registrierung der Flüchtlinge erst im Herbst begonnen. Mittlerweile wurde ein weiteres Zentrum in den kurdischen Gebieten eröffnet, um die Registrierung zu beschleunigen.

Unterstützung für Flüchtlinge in Irakisch-Kurdistan

Bis Ende 2012 waren in das vergleichsweise sichere Irakisch-Kurdistan 34.446 Syrer geflohen, fast ausschließlich Kurden. Etwa 30 Prozent der Flüchtlinge sind Frauen. In der Woche vom 20. bis zum 26. September kamen 331 Familien (1.443 Einzelpersonen) und 1.223 weitere Einzelpersonen in der Provinz Dohuk an. Im Oktober waren hier insgesamt mehr als 27.000 Flüchtlinge aus Syrien erfasst. Auch in den Provinzen Erbil und Sulaymaniyah wurden syrische Flüchtlinge vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR registriert (5.852 bzw. 1.683 Menschen).

Die GfbV-Sektion Kurdistan/Irak setzte sich dafür ein, die Unterbringung, Lebensmittelversorgung, und Bildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu verbessern. Insbesondere im Flüchtlingscamp Domiz in der Provinz Dohuk, das Mitarbeiter der GfbV-Sektion Kurdistan/Irak im Jahr 2012 besuchten. Sie trafen zwei Mal mit Vertretern des UNHCR und anderer Nichtregierungsorganisationen zusammen, die sich mit der Lage der Flüchtlinge beschäftigen. Auch mit den Vertretern des Amtes für Flüchtlinge und Migration Kurdistans sprachen Vertreter der GfbV-Sektion. Sie konnten durchsetzen, dass irakisch-kurdische Behörden in Dohuk den Flüchtlingen im Domiz-Camp zügiger Aufenthaltsgenehmigungen erteilten. Ehemalige syrische Soldaten werden an anderer Stelle untergebracht und versorgt.

Die Regierung Irakisch-Kurdistans kooperiert eng mit den Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Freunde der GfbV-Sektion unterstützen den UNHCR beim Training für irakisch-kurdische Grenz- und Sicherheitsbeamte, um diese im Umgang mit Flüchtlingen und Opfern von Gewalt zu schulen.

